

Die politische Partizipation der palästinensischen Minderheit im jüdischen ethnischen Staat

Zwischen Resignation und nationalem Erwachen

1. Gegenstandsbereich und Problemstellung
 - 1.1 Zielsetzung
 - 1.2 Stand der Forschung
 - 1.3 Vorgehensweise
 - 1.4 Begriffsbestimmungen

2. Von einer Mehrheit zur Minderheit im eigenen Land
 - 2.1 Die traumatische Konfrontation mit dem Zionismus und der britischen Kolonialpolitik
 - 2.2 Die Transfer – Ideologien im Zionismus und ihre Durchsetzung bis 1956
 - 2.3 Der UNO-Teilungsplan Palästinas von 1947
 - 2.4 Die palästinensische Nationalbewegung bis 1948

3. Die Entwicklung der politischen Orientierung und das politische Bewußtsein der palästinensischen Minderheit
 - 3.1 Resignation und Militäradministration bis 1966
 - 3.2 Das Erwachen aus dem Schock bis 1982
 - 3.2.1 Der „Wiedervereinigungseffekt“
 - 3.2.2 Tag des Bodens März 1976, Wendepunkt im politischen Bewußtsein
 - 3.3 Zurück zu den Wurzeln, Palästinensierung Kontra Israelisierung
 - 3.3.1 Die Intifada ein Meilenstein in der Palästinensierung des politischen Bewußtsein

4. Die palästinensische Minderheit im jüdischen ethnischen Staat
 - 4.1 Der rechtliche Status der Palästinenser in Israel
 - 4.2 Wirtschaftliche Desintegration, von einer Agrargesellschaft zu einer Arbeiter-Reservearmee
 - 4.3 Das Bildungssystem und sein Einfluß auf das politische Bewußtsein

5. Das politische Leben und die politische Teilnahme der palästinensischen Minderheit in Israel
 - 5.1 Die politischen Parteien und ihren politischen Programme
 - 5.2 Massen- und Berufsorganisationen
 - 5.3 Nicht Regierungsorganisationen (NRO) als eine Substitution
 - 5.4 Das Kommunalverwaltungssystem

6. Die palästinensische Minderheit in Israel und der Friedensprozeß
 - 6.1 Das Oslo-Abkommen und das Gefühl der Einsamkeit
 - 6.2 Die Wahlen von 1996
 - 6.3 Ausbruch der zweiten Intifada „Unabhängigkeitsintifada“ der politische Kreuzung für die palästinensischen Minderheit
 - 6.4 Die Ministerpräsidentenwahlen von Februar 2001 und ihre Folgen

1. Gegenstandsbereich und Problemstellung

1.1 Zielsetzung

Der Staat Israel steht seit der Gründung am 14. Mai 1948 vor einem schweren Widerspruch, der sich auch in seiner Unabhängigkeitserklärung deutlich an zwei markanten Stellen zeigt:

„...Demzufolge haben wir, die Mitglieder des Nationalrates, als Vertreter der jüdischen Bevölkerung und der zionistischen Organisation, heute, am letzten Tag des britischen Mandats über Palästina, uns hier eingefunden und verkünden hiermit Kraft unseres natürlichen und historischen Rechtes und aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel“. An anderer Stelle steht „... Der Staat Israel wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten.... wir wenden uns – selbst inmitten mörderischer Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind – an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.“¹

Der Widerspruch liegt in der Kennzeichnung des Staates Israel als die nationale Heimat für alle Juden auf dieser Welt und dem Recht jedes Menschen jüdischen Glaubens dorthin zu immigrieren und zudem in der Tatsache, dass eine palästinensische Minderheit mittendrin lebt. Israel nach der Definition ihrer Gründer ist ein national-ethnischer Staat und die einzige Heimat aller Juden auf der Welt. Eine plausible Erklärung für den

¹ Die Unabhängigkeit des Staates Israel, <http://www.israel.de/botschaft/unabhaengigkeit.html>

Verbleib einer palästinensischen Minderheit innerhalb seiner Grenzen blieb der Staat Israel der Welt bis heute schuldig!

Die Gründer der Zionistischen Bewegung haben sich kaum Mühe gemacht eine Antwort auf die Frage zu finden, was mit den Palästinensern in einem jüdischen Staat geschehen wird? In der Regel begnügten sie sich mit der Zusicherung, eine Gleichberechtigung für Alle zu schaffen, so z.B. Theodor Herzl. „Im Falle dass eine Minderheit aus einem anderen Volk bei uns bleibt, werden wir ihr einen Schutz und eine Gleichberechtigung vor dem Gesetz gewährleisten.“² Andere waren deutlicher, so z.B. Israel Zangwill. „Die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt“³

Im letzten halben Jahrhundert ist die Zahl der Palästinenser in Israel von ca. 170.000 im Jahre 1948 auf heute etwa eine Million gestiegen, das sind etwa 19,1% der israelischen Gesamtbevölkerung.⁴ Ihre politische Emanzipation hat sich auch in den Jahren weiter entwickelt. Bis 1988 waren arabische Parteien in Israel „Satellitenparteien“, d.h., Organisationen, die von zionistischen Parteien gebildet wurden, um sich über abhängige arabische Kandidaten, die nach ihrer Wahl immer zusammen mit ihren „Mutter“- Parteien stimmen, der Unterstützung der palästinensischen Israelis zu versichern.⁵ In den letzten Wahlen im Mai 1999 traten palästinensische Parteien zur Wahl, die den Staat Israel, der nach seinem politisch-ideologisch Selbstverständnis ein jüdischer Staat ist, ablehnen und für einen binationalen Staat werben, in dem der palästinensi-

² Herzl, Der Judenstaat, in „Yidiot Ahronot“ Schriften, 1978, S. 63

³ Israel Zangwill, The Voice of Jerusalem. London 1920, S.88

⁴ Vgl. Avishai Ehrlich, Israel: die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozeß, in Margret Johansen, Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost, Baden Baden 1997

⁵ I. Lustick, Arabs in A Jewish State – Israel Control Of a National Minority, Austin, Texas 1988. Auch Avishai Ehrlich a.a.O S. 14

schen Minderheit eine kulturelle Autonomie zugestanden wird.⁶ Seit dem Beginn des Friedensprozess und genauer gesagt seit der Unterzeichnung des Interim-Abkommens von Oslo im September 1993 erlebt die palästinensische Minderheit in Israel ein regelrechtes nationales Aufwachen. Ihre Solidarität und Zugehörigkeit zum palästinensischen Volk kommt immer mehr zum Ausdruck. Im Jahr 2000 weigerte sich die Mehrheit der Palästinenser am Unabhängigkeitstag des Staates Israel die israelische Flagge zu hissen, statt dessen haben sie Alnakba, der Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948 aus ihrer Heimat, gedacht.⁷

Politik- und Sozialwissenschaftler in Israel sind sich uneins über die Bedeutung dieser Veränderungen unter der palästinensischen Minderheit. Einige betrachten sie mit Sorge als einen Prozess der „Palästinensierung“, andere als ein positives Anzeichen der Integration oder „Israelisierung“. Eins steht aber fest: Die arabischen Bürger Israels seien politisch gereift, sie sähen sich als Teil der israelischen Gesellschaft und seien nicht länger willens, sich mit einer zweitklassigen Staatsangehörigkeit zufriedenzugeben.“⁸

Ein beträchtlicher Teil der palästinensischen Minderheit in Israel sieht der Ausweg aus seiner politischen Situation nicht mehr in dem schwammigen und nicht genau definierbaren Begriff der Gleichberichtigung. Ein Begriff der die politischen Programme aller arabischen und arabisch-jüdischen Parteien in den letzten 50 Jahren gekennzeichnete. Laut werden die Stimmen, die nach einem umfassenden politisch-kulturellen Programm rufen, das die palästinensische Minderheit hilft aus der politischen Identitätskrise, die sie umhüllt, heraus zu kommen. Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern spitzte sich die politische Krise der palästinensischen Parteien in Israel. Ihre Programme sind die gleiche wie die, der linken zionistischen Parteien. Der

⁶ vgl. die israelischen Wahlen vom Mai 1999 in Dirasat Falastinia, Beirut 1999 (arabisch)

⁷ Azmi Bishara, Ein neues Kapitel in der Geschichte der arabischen Minderheit in Israel, S.8, Im Dirasat Falastinia, Beirut, Herbst 2000 (arabisch)

⁸ Vgl. Avishai Ehrlich a.a.O S. 116

einfache Palästinenser in Israel bewertete die Teilnahme der Arbeiterpartei an den Verhandlungen mit der PLO und die Unterzeichnung von Interimabkommen als eine Zusage für einen palästinensischen Staat. Und betrachtete die neue israelische Haltung zu der palästinensischen Minderheit als Beginn der Gleichberichtigung⁹. Dieser politischen Wirrwarr in dem ein undurchschaubarer Gemisch aus den politischen Programmen und Prognosen der palästinensischen Parteien und linke israelische Haltungen, entstand eine Krise des politischen Bewußtseins. Diese Einschätzung hat sich nicht bewahrheitet. Die Ereignisse in den palästinensischen Dörfern und Städte nach Ausbruch der neuen Intifada im Oktober 2000, und die heftige Blutige Reaktion der israelischen Sicherheitskräften auf die Proteste der palästinensischen Minderheit zeigten genau das Gegenteil.

In Israel selbst, im politischen und wissenschaftlichen Kreisen, hat sich die Diskussion nach der Zukunft des jüdischen Staates längst entfacht.

Einige sprechen von einer Identitätskrise, Israel zwischen Judaismus, Zionismus und Israelismus. Hinzu kommt die neue politische offensive einige palästinensischen Politikern in Israel. Sie forderten die offizielle Anerkennung der palästinensischen Minderheit in Israel als eine nationale Minderheit. Der Staat Israel sollte nach ihrem Auffassung „Staat seiner Bürger“ werden. Ein gewaltiger Vorstoß und eine politische Revolution bewerteten die Einen, die Anderen sprechen von einer Auslöschung des jüdischen Staates. Dieser Vorstoß hat vor zwei Jahren den palästinensischen Politiker und Knesset Abgeordneter, Dr. Azmi Bishara, sich für die Wahl des Ministerpräsidenten zu stellen. Einen Schritt der sowohl in Israel als auch im arabischen und internationalen Kreisen zu einem reichlichen Diskussionsstoff sorgte.

Das politische Bewußtsein und die politische Orientierung der palästinensischen Minderheit in Israel hat sich in den letzten Jahren radikal verändert. Ihre Forderungen nach Anerkennung als nationale Minderheit und

⁹ Azmi, Bishara, Arab in Israel. (arabisch), Centre for Arab Unity Studies, Beirut 2000, S. 87

eine neue Bürgerschaft in Israel werden immer Salonfähiger zwischen den Palästinensern. Dies könnte aber, den Anzeichen nach, einen Nährboden für radikalere Haltung einige zionistischen Parteien gegenüber der palästinensischen Minderheit zu fördern. Eine politische Konfrontation die auch nach einem umfassenden Frieden zwischen Israel und den Palästinensern nicht enden wird. Sie bürgt in sich ein Zündstoff für mehr Unruhen und Ungerechtigkeit.

In dieser Arbeit werde ich die Geschichte der palästinensischen Minderheit in Israel reflektieren und deren politischen Entwicklung und politisches Bewußtsein von dem Schock, Resignation bis zum Erwachen aufzeigen.

Diese Arbeit ist aus dem Bestreben entstanden, in der gegenwärtigen politischen Situation in Israel sowie im gesamten Nahen Osten Wege aufzuzeigen, die zu einem schöpferischen Frieden führen können. Zu einem Frieden, der nicht auf Angst vor Untergang und gegenseitiger Vernichtung gegründet ist. Der gute Wille und Appelle der Friedensbewegungen allein genügen nicht. Dieser gute Wille muss zu einer Handlungsfähigkeit werden.

Auch die wachsenden radikalen Strömungen unter den Israelis und Palästinensern veranlassten mich, diese Arbeit zu schreiben.

1.2 *Stand der Forschung*

Auf den ersten Blick könnte man alles was über Minderheiten geschrieben worden ist, auch auf die palästinensischen Minderheit in Israel anwenden. Man muss jedoch bestimmte spezifische Bedingungen im Auge behalten, die auf diese Minderheit und ihre politische Orientierung und politisches Bewusstsein einwirken und ihre Besonderheit ausmachen.

Erstens war die palästinensische Minderheit in Israel als ethnisch-nationale Gruppe mit ihrem besonderen historischen und kulturellen Bin-

dungen an Palästina nicht immer eine Minderheit. Sie ist zu einer Minorität im eigenen Land fast über Nacht und unter Zwang gemacht worden. Zweitens blieb mit der Vertreibung und Flucht 1948 die palästinensische Minderheit im neu entstandenen jüdischen Staat ohne den Großteil ihrer politischen Führer.¹⁰ Drittens bürdet das Verhältnis dieser Minderheit zum Staat Israel und nicht zuletzt zum politischen und ideologischen Zionismus ihr eine gewaltige Last auf. Viertens es ist nicht weniger signifikant, dass die palästinensische Minderheit in Israel eine ethnisch, kulturell, sprachlich und zum großen Teil eine religiös starke Verbindung zur arabischen Nation hat. Diese Nation, die zum Teil den Staat Israel als Feind sieht. Fünftens hat der Staat Israel die Palästinenser nicht daran gehindert ihre Sprache zu erlernen und zu benutzen, und ihre Religionen auszuüben: Lediglich ihre nationalen Symbole blieben ihnen zum Teil vorenthalten und die politischen Kontakte zum restlichen palästinensischen Volk waren ihnen bis 1992 streng untersagt. Ein letzter wichtiger Punkt, ist die Tatsache, dass die palästinensische Minderheit in dem politischen System Israels schon seit 1949 voll integriert ist, sie darf seitdem ohne Einschränkung an den Wahlen teilnehmen. Dass die Palästinenser aber das Wahlrecht besitzen, bedeutet jedoch nicht generell, dass sie viel Einfluss ausüben. "Arabische nationale Parteien in Israel, die offen gegen den zionistisch-jüdischen Charakter des Staates waren, wurden verboten".¹¹

Da ein voll ausgearbeitetes politisches Modell zur Untersuchung dieses spezifischen Falls nicht vorliegt, werde ich mich während meiner Untersuchung auf die bis jetzt recht umfangreiche Literatur zur Palästinafrage, zur Nahostproblematik und zur palästinensischen Minderheit in Israel beschränken, auch wenn ein erheblicher Teil dieser Literatur nur Teilbereiche der politischen Orientierung und des politischen Bewusstseins behandelt.

¹⁰ siehe Jacob M. Landau, *The Arab Minority in Israel 1967 – 1991*, Oxford 1993, S.1

¹¹ Vgl. Avishai Ehrlich , a.a.O., S.114

Darüber hinaus es ist unumgänglich, auf die zeitgenössische wissenschaftlichen Untersuchungen zurückzugreifen, in denen die Identitätsproblematik der Palästinenser in Israel reich beschrieben wird, im Wesentlichen auf Veröffentlichungen, die in arabischer, englischer, deutscher und hebräischer Sprache erschienen sind.

Für die Analyse der Ereignisse Ende September Anfang Oktober 2000, werde ich ausschließlich Pressemeldungen und Kommentare benutzen, da bis jetzt keine wissenschaftlichen Studien zu den o.g. Ereignissen und ihrem Einfluss auf die Zukunft der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen des Staates Israel zu seinen palästinensischen Bürgern vorliegen.

1.3 Vorgehensweise

Die Arbeit ist der besseren Übersichtlichkeit wegen in mehrere Abschnitte gegliedert.

Im zweiten Teil dieser Arbeit werde ich mich mit einem kurzen historischen Überblick über die gesellschaftspolitischen, kulturellen und ideologischen Rahmenbedingungen befassen, welche die Entstehung und Entwicklung des besonderen palästinensischen politischen Bewusstseins bis 1948 beeinflussten. Im einzelnen werde ich auf die Auswirkung der britischen Mandats Herrschaft sowie die Konfrontation mit dem Zionismus und seine ideologische Transfergedanken eingehen. Weiterhin werde ich die Bedeutung des UNO Teilungsplans auf ihre Einflussnahme bei dem sich herauskristallisierenden palästinensischen politischen Bewusstseins vor 1948 durchleuchten.

Die politische Orientierung der palästinensischen Minderheit in Israel war schon immer als Ergebnis von mehreren externen und internen Einflußfaktoren, die maßgebend das politische Bewußtsein formierten. Im dritten Abschnitt dieser Arbeit werde ich auf einzelnen Faktoren zurückgreifen um die Entwicklung des politischen Bewußtseins der palästinensischen

Minderheit zu skizzieren. Ohne diese historische Aufarbeitung der politischen Emanzipation der Palästinenser in Israel würde man die jetzige politische Debatte nicht nachvollziehen können.

Im vierten Kapitel werde ich auf drei Eckpfeiler der palästinensischen Dasein in Israel, rechtlichen Status und wirtschaftliche Situation, kurz erläutern und ihre Bedeutung bei der Entwicklung des politischen Bewußtseins und die politische Orientierung zu zeigen.

Die politische Landschaft im palästinensischen Sektor ist kompliziert und bedarf etwas mehr Erläuterung, deshalb werde ich mich im vierten Abschnitt dieser Arbeit etwas ausführlicher mit dem Thema beschäftigen.

1991 begann für die palästinensischen Minderheit in Israel eine neue Ära des politischen Lebens. Die Karten würden in den Wahlen von 1992 neu gemischt. Neue politische Strömungen haben sich formiert, der Kontakt zur PLO wurde seitens der israelischen Regierung für die palästinensische politische Elite gelockert, die Haltung mehrere zionistische Parteien hat sich geändert. Tabus im Bezug auf die Konfrontation mit den arabischen Ländern wurden gebrochen. Das Abkommen von Oslo und die folgende Ereignisse von der Einzug der palästinensischen Autorität in Gaza und Westbank bis hin zu den innen palästinensischen Streitereien über den Friedensprozeß, alle haben ihre Spuren in der politischen Orientierung der palästinensischen Minderheit in Israel hinterlassen. Im letzten Kapitel dieser Arbeit werde ich ausführlich dieser Faktoren und ihren Einfluß auf die politische Orientierung der Palästinenser in Israel untersuchen.

1.4 Begriffsbestimmungen und Erläuterungen

Für die arabischstämmigen Bürger des Staates Israel, die 1948 in ihrer Heimat geblieben sind und um die es in dieser Untersuchung geht, bezeichne ich als „Die palästinensische Minderheit“ oder auch kurz „Die Palästinenser. Die zahlreichen anderen Bezeichnungen, die sowohl in

der Literatur als auch im politischen Sprachgebrauch immer benutzt wurden und werden wie „ Die Araber in Israel“, „Die palästinensischen Araber in Israel“, „Die arabische Minderheit in Israel“, „Die israelischen Araber“ oder auch „Die Araber in den Gebieten von 1948“ lehne ich hier ab. All diese Begriffe verzerren sowohl die Identität dieser Minderheit als auch die Gefahren, denen diese Minderheit ausgesetzt ist. Und Gerade weil sie sich bis 1993 nicht als Palästinenser bezeichnen durften und offiziell als Araber immer bezeichnet wurden zeigt eigentlich, worum es hier geht.

Zitate und andere Querhinweise habe ich so belassen und die Bezeichnung der Autoren benutzt.

Für die Vereinfachung und ausgehend von der Tatsache, dass die Leser dieser Arbeit zum größten Teil sowohl die arabische als auch die hebräische Sprache nicht beherrschen, habe ich die Titel der arabischen und hebräischen Quellen frei ins Deutsche oder auch manchmal ins Englische übersetzt und darauf hingewiesen.

Die Arbeit wurde, bis auf Zitate aus alten Quellen, in der neuen deutschen Rechtschreibung verfasst.

2. Von einer Mehrheit im eigenen Land zu einer Minderheit im jüdischen ethnischen Staat

2.1 Die traumatische Konfrontation mit der britischen Kolonialmacht und der zionistischen Bewegung

Palästina hat immer schon eine besondere Rolle in der Vorstellungskraft und der politischen Willensbildung des Westens gespielt, der auch in all-

gemeiner Übereinstimmung den modernen Zionismus hervorbrachte. Die westliche Christenheit betrachtete die Araber als „Fremde“ im „heiligen Land“. Ihre „symbolische Enteignung“ korrespondierte mit der damals vorherrschenden kolonialen Attitüde, alles Land in Besitz zu nehmen, das von „niemand“ beansprucht wurde¹². Der politische Slogan von Israel Zangwill, einer der führenden Vordenker des modernen Zionismus, „Ein Land ohne Volk, für ein Volk ohne Land“ traf ganz den expansionistischen Zeitgeist der Epoche.

Die zionistische Bewegung wurde inspiriert vom europäischen Geist des Kolonialismus, der das 19. Jahrhundert prägte und damals seinen ausbeuterischen Charakter noch nicht voll gezeigt hatte. Die meisten Europäer sahen ihn im positivem Licht, als bringe er den zurückgebliebenen Völkern Zivilisation und Kultur. Für Herzl, den politischen Vater des Zionismus, sollte Palästina „ein Stück des europäischen Walles gegen Asien bilden“, es sollte „den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen“¹³

Die zionistische Nationalbewegung entstand zu dem Zeitpunkt, als sich der westliche Kolonialismus anschickte, die Welt in Einflussphären aufzuteilen. Den Zusammenhang zwischen dem Zionismus und dem europäischen Kolonialismus zeigte Prof. Edward Said von der Columbia Universität in seinem Buch *Zionismus und Palästinensische Selbstbestimmung* deutlich und zutreffend auf. Er schrieb: „Der Zionismus entstand sowohl in einer Ära heftigen westlichen Antisemitismus, als auch zugleich in einer Periode nie dagewesener europäischer Kolonisation Afrikas und Asiens. In diesem Rahmen der allgemeinen Aneignung und Okkupation wurde der Zionismus von Theodor Herzl aus der Taufe gehoben.... Man muß sich darüber im klaren sein, daß sich der Zionismus.... niemals ein-

¹² Vgl. Ludwig Watzal, *Friedensfeinde*, Berlin 1998, S. 9

¹³ Hertzl, T., *Der Judenstaat*, in: zionistischen Schriften, Bd. 1., Berlin 1934, S. 45

deutig nur als jüdische Befreiungsbewegung verstanden; vielmehr hatten die kolonialen Siedlungsprojekte im Orient Priorität¹⁴.

Das erklärte Ziel der zionistischen Bewegung war die Errichtung eines „exklusiven jüdischen Nationalstaates“ in Palästina, ungeachtet der Tatsache, dass 95% der Bevölkerung Palästinas Araber waren und sich 99% des Gesamtesitzes in arabischen Händen befand.¹⁵ Sie strebten nicht nur nach dem Boden als Basis für die Staatsgründung, sondern auch danach, die einheimische Bevölkerung zu vertreiben. So schrieb Herzl am 12. Juni 1895 in seinem Tagebuch: „Bei der Landnahme bringen wir dem Aufnahmestaate gleich Wohlfahrt zu. Dem Privatbesitz der angewiesenen Ländereien müssen wir sachte expropriieren. Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen“.¹⁶

Zu diesem Zeitpunkt lebte die palästinensische Bevölkerung friedlich mit den Juden zusammen, die als integraler Bestandteil der Gesellschaft betrachtet wurden. Auch als die erste Einwanderungsgruppe zionistischer Juden aus Rumänien und Russland im Jahre 1882 nach Palästina kam, wurde sie von den Palästinensern mit Gastfreundschaft aufgenommen. Selbst Herzl bemerkte die „freundliche Haltung der Palästinenser“¹⁷

Der Auftrag des ersten zionistischen Kongresses in Basel 1897 an Herzl lautete, mit den europäischen Regierungen über die Überlassung eines Territoriums für den Judenstaat zu verhandeln. Nachdem diese Baseler Versammlung die „Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte“ für das jüdische Volk in Palästina beschlossen hatte, fühlten sich die Palästinenser bedroht. Mit der Zeit „trat Mißtrauen an die Stelle der Gastfreundschaft“. Die Verdrängung der palästinensischen Bauern von ihrem Land durch zionistische Siedler, die Unmöglichkeit als Arbeiter in den

¹⁴ Edward W. Said, Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung, New York 1979, S.81

¹⁵ Vgl. Khalidi, Walid, Das Palästina-Problem, Rastatt 1972, S. 6f.

¹⁶ Herzl, Theodor, Briefe und Tagebücher, Bd. II, 98. Auch Hollstein, Walter, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977, S. 24.

¹⁷ Herzl, Theodor, Der Judenstaat, in: Zionistische Schriften, Bd. 1., Berlin 1934, S. 164. Zur ersten Einwanderung zionistischer Juden vgl. Wolffsohn, Michael, Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen 1991, S. 229f.

zionistischen Kolonien oder Betrieben einen neuen Lebensunterhalt zu finden, sowie der systematische Boykott arabischer Waren und Produkte erregte den Zorn der palästinensischen Araber.¹⁸

Von 1904 bis 1914 setzte die zweite Einwanderungswelle ein, die primär vom Arbeiterzionismus geprägt war.¹⁹ Bis zum Jahre 1908 war die Zahl der jüdischen Siedlungen in Palästina auf 32 angewachsen. Durch die Judenverfolgung in Osteuropa und durch die gezielte Propaganda der Zionistischen Bewegung schritt die zionistische Besiedlung des Landes relativ schnell voran. Hatten im Jahre 1882 erst 24.000 Juden in Palästina gelebt, so erhöhte sich die Zahl bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf 85.000, was etwa 12% der gesamten Bevölkerung Palästinas entsprach. Zwischen 1882 und 1914 waren insgesamt etwa 55-70.000 Juden nach Palästina eingewandert, von denen jedoch rund die Hälfte das Land nach kurzer Zeit wieder verließ²⁰. Der Zustrom jüdischer Kolonisten stieg linear mit dem zunehmenden Antisemitismus in Europa an. Um die Existenz einer großen Anzahl von Einheimischen zu verleugnen, redeten sich die Zionisten mit Hilfe der Parole „Das Land ohne Volk für das Volk ohne Land“ ein, dass jene Bevölkerungsgruppe nicht vorhanden sei. Diese bewusste Nichtbeachtung der Realität stimmte mit der Handlungsweise der Zionistischen Bewegung und der europäischen Kolonialisten überein, die Rechte der Palästinenser moralisch zu ignorieren. Die ausgeklügelte Raffinesse bestand jedoch darin, ihre Ambitionen zunächst durch absurde Parolen von „göttlicher Verheißung“ und „biblischer Erfüllung“ zu rechtfertigen und sich dann, durch die Instrumentalisierung des damals herrschenden Antisemitismus in Europa, die Zustimmung des Westens für die Verleugnung der Realität und für die zukünftige Enteig-

¹⁸ Vgl. Sayegh, Faye, Die Vereinten Nationen und die Palästinafrage. Der Zionistische Kolonialismus in Palästina, Rastatt 1968, S51-52

¹⁹ Vgl. Wolffsohn, a.a.O., S. 230f.

²⁰ Ansprenger, Franz, Juden und Araber in einem Land, München 1978, S.293 auch Viktoria Walz, Die Erde habt uns weggenommen, Berlin 1985, S. 64

nungsstrategie zu sichern²¹. Henry Cattan kommentierte: „Wenn man territoriale Ansprüche nach über zwanzig Jahrhunderten prinzipiell für berechtigt anerkennen wollte, würde die ganze Welt aus den Fugen gehen“²². Diese zionistische Verdunkelungstaktik fand eine moralische Billigung im Westen, der damit seine Schuldgefühle mindern wollte. Der psychologische Selbstrechtfertigungs- und Selbstreinigungsprozess basiert auf der Nichtbeachtung des palästinensischen Volkes. Er verstärkte sich im Jahre 1917 mit der „Balfour-Deklaration“ und fand seinen Höhepunkt 1948 mit der Errichtung der Staates Israel.

Walid Khalidi hat diesen Prozess folgendermaßen beschrieben: „Das gesamte zionistische Unternehmen in Palästina wird vom Mythos der „göttlichen Verheißung“ getragen (...) dieser Mythos hat den Zweck, seine arabischen Opfer zu verwirren. Aber vor allem eröffnet er das gewaltige Reservoir der Massenemotionen, nicht im jüdischen Publikum, sondern auch in der westlichen christlichen Öffentlichkeit. Seine Verbreitung in christlichen Kreisen (dank dem biblischen Syndrom) macht ihn noch wirksamer. Er erleichtert es den westlichen Politikern als Schirmherren aufzutreten“²³. Die zionistischen Verdunkelungs- und Verdrehungstaktiken seien ebenso wirkungsvoll wie die zionistische Propaganda. Infolge dessen machten die Briten den Zionismus durch die Balfour-Deklaration zu einem Bestandteil ihrer imperialistischen Nachkriegsstrategie im Nahen Osten²⁴. Es ist hier von Bedeutung zu erwähnen, dass die Interessen der Briten an Palästina vornehmlich strategischer Natur waren. Sie wollten sowohl die Kontrolle über den Suezkanal – Seeweg nach Indien – absichern, als auch einen Zugang zu ihren ölreichen irakischen Mandatsgebieten durch das Mittelmeer erlangen²⁵. Mit diesem Anspruch

²¹ Vgl. Said, a.a.O., S. 29-50; 69-95.

²² Cattan, Henry, Wem gehört Palästina?, in: Atiyah, Edourd; Cattan, Henry, Palästina Versprechen und Enttäuschung, Rastatt 1970, S. 101.

²³ Khalidi, a.a.O., S. 12f

²⁴ Weinstock, Nathan, Das Ende Israels? Berlin 1975, S. 106f

²⁵ Vgl. Touma, Emile, 60 Jahre arabisch-palästinensische Nationalbewegung, Beirut 1978, S. 12f

musste Großbritannien gegen den damaligen deutschen und französischen Imperialismus konkurrieren²⁶.

Mit der Auflösung des Osmanischen Reiches am Ende des 1. Weltkrieges fielen die ehemals türkisch-arabischen Provinzen westlicher (englischer und französischer) Mandatsverwaltung anheim oder wurden Nationalstaaten. Eben dies geschah aber in Palästina nicht, was seine Gründe im zionistischen Staatsprojekt hatte. Flores merkte an: „Dieses Projekt erforderte schon aus demographischen Gründen die weitgehende Ausgrenzung der arabischen Bevölkerung“²⁷

Bereits im Jahre 1917 haben die Briten mit der Zustimmung der Amerikaner die Balfour-Deklaration²⁸ herausgegeben, um ihre zionistische Kolonialpolitik zu verwirklichen und den wachsenden arabischen Nationalismus zu neutralisieren. In der am 2. November 1917 abgegebenen Balfour-Deklaration befürworteten die Briten die „Errichtung eines Nationalheims für das jüdische Volk in Palästina“.²⁹ Bei der Abfassung der Erklärung wurden die Palästinenser nicht mit einbezogen. Der Brite Arthur Balfour hat in seinem Memorandum erklärt, dass „wir in Palästina nicht den Wünschen einer bestehenden Gemeinschaft entsprechen, sondern vielmehr bewußt versuchen, eine neue Gemeinschaft und für die Zukunft eine jüdische zahlenmäßige Überlegenheit zu schaffen.“³⁰

Die zionistischen Ansprüche auf Palästina zur Zeit des Aufbaus des gewünschten Staates waren abhängig von der Balfour-Deklaration. Es erscheint hier angebracht, auf die Versprechungen der britischen Regie-

²⁶ Vgl. Weinstock, a.a.O., S. 106ff

²⁷ Vgl. Flores, Alexander, Zu den historischen Wurzeln der palästinensischen Identität und ihrem aktuellen Stand, in: Schneider, Karlheinz (Hg), Identität und Geschichte, Berlin 1986, S. 63

²⁸ Mehr Informationen über die Balfour-Deklaration vgl. Stein, Leonard, The Balfour Declaration, London 1963. Zur Rolle der Amerikaner vgl. Frank, E. Manuel, The Realities of American-Palestine Relations, Washington 1949, S. 164ff.

²⁹ Aus der Balfour-Deklaration vgl. Hollstein, Walter, Vettern und Feinde. Der Palästina-Israel-Konflikt, Basel 1983, S. 74f.

³⁰ Bethell, N., Das Palästina Dreieck, Frankfurt/M. 1984, S. 13.

rung an die Araber aufmerksam zu machen. Als Gegenleistung für die Beteiligung am Krieg gegen die Türkei während des 1. Weltkrieges war den Arabern ein unabhängiges arabisches Königreich zugesagt worden³¹. Nachdem die britische Regierung versprochen hatte, die arabische Unabhängigkeit zu unterstützen, schloss sie am 3. Januar 1916 einen Geheimvertrag mit Frankreich ab, der im Gegensatz zu den Bestrebungen der Araber stand. In diesem Sykes-Picot-Abkommen³² wurden die arabischen Gebiete zwischen England und Frankreich aufgeteilt.

Die Enttäuschung der Palästinenser über die Nichterfüllung der Unabhängigkeitsversprechungen, die Verletzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und ihre Befürchtungen, dass die Errichtung eines Nationalstaates für die Juden in Palästina letztlich zu ihrer Entrechtung und zur Enteignung ihres Bodens führen würde, riefen in palästinensischen Kreisen starke Beunruhigung hervor. Dies führte zur Stärkung ihrer Loyalität ihrem Land gegenüber, zu nationalen Gefühlen und zu massiven antizionistischen Protesten³³

Diese traumatische Konfrontation mit dem Zionismus und seine Auswirkungen auf die Entstehung der besonderen palästinensischen Identität wurde massiv verstärkt, als die osmanische Besatzung durch die britische Mandatsherrschaft³⁴ abgelöst wurde. Demzufolge verbesserten sich die Bedingungen für die Durchsetzung zionistischer Ambitionen zur An-

³¹ Die britischen Versprechungen sind in dem Hussein-McMahon-Abkommen zu finden. Dieses Abkommen wurde 1916 zwischen der britischen Regierung, vertreten durch ihren Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, und den Arabern getroffen, die durch den Sherif Hussein von Mekka, den späteren König von Hedjas (arabische Halbinsel), repräsentiert waren. Vgl. dazu Augastin, Ebba, Jordanien im Spannungsfeld des Palästinakonflikts, Kiel 1987, S. 16ff.

³² Das Abkommen wurde nach dem Namen der Diplomanten, die es ausgehandelt hatten, benannt. Vgl. Wehr, Hans, Englisch-französische Mandatspolitik im Nahen Osten und arabischen Nationalismus, Greifswald 1941, S. 7.

³³ Vgl. Bretholz, Wolfgang, Aufstand der Araber, München, Wien, Basel 1960, S. 98.

³⁴ Der Entwurf des britischen Mandats wurde am 24. Juli 1922 vom Rat des Völkerbundes gebilligt. Die Ratifizierung fand am 24. September 1923 statt. Damit trat das Palästina Mandat offiziell in Kraft.

siedlung von Juden in Palästina und damit der weiteren Ausgrenzung und Verdrängung der Palästinenser. Rosemary Sayigh hat nachgewiesen, dass „mit Beginn des Mandats (...) Palästina der höchsten Immigrationsrate der Welt ausgesetzt“³⁵ war.

Die Präambel des Mandats für Palästina enthält die Balfour-Deklaration und verlieh zionistischen Organisationen, im Gegensatz zu palästinensischen, hoheitliche Funktionen, die es den Zionisten ermöglichte, ihr Gemeinwesen aufzubauen. Dazu gehörten die zionistische Einwanderung sowie der Bodenkauf und Transfer von arabischem Land an jüdische Einwanderer.³⁶ Außerdem wurden den Zionisten Staatsländereien zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt und sie erhielten das Monopol der Nutzung der elektrischen Energie und Wasserkraft.³⁷

Am deutlichsten wurde die Ausgrenzung der Palästinenser durch die Zionisten und der Briten während der Mandatszeit in der Sphäre der politischen Repräsentation. Den Palästinensern wurde jegliche Schaffung von Vertretungsorganen mit Entscheidungsbefugnis verweigert.³⁸ Weinstock stellt fest, dass nur durch die Anwesenheit der Briten die jüdische Immigration und der Widerstand gegen die Araber verstärkt werden konnte.³⁹

Auch Flores lässt keinen Zweifel daran, dass die Grundlagen für den Erfolg des Zionismus während der Mandatszeit gelegt wurden.⁴⁰

Diese Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen haben zu massiver Verstärkung der palästinensischen Reaktionen und Bewusstseinsbildung und zum Anwachsen des Nationalismus geführt. Damit nimmt der Kampf eine spezifische Form an, die sich von den anderen arabischen

ziell in Kraft. Vgl. dazu Weinstock, a.a.O., S. 113 und Hadawi, Sami, a.a.O., S. 27.

³⁵ Sayigh, Rosemary, *Palestinians from Peasants to Revolutionaries*, London 1979, S. 37.

³⁶ Vgl. Touma, Emile, *Roots of the Palestine Problems*, Beirut 1973, S. 117

³⁷ Vgl. Abdul, Asis, Omar, *Studien in moderner arabischer Geschichte*. Beirut 1975, S. 58f.; vgl. auch Alloush, Naji. *The Palestine National Movement*, Beirut 1974, S. 62ff.

³⁸ Vgl. Flores, A., a.a.O., S. 66; vgl. auch Porat, Y, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement 1918-1929* Vol. 1, London 1974, S. 123-153.

³⁹ Vgl. Weinstock, a.a.O., S. 123-159f.

⁴⁰ Vgl. Flores, A., a.a.O., S. 64.

Widerstandsbewegungen unterscheidet.⁴¹ Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg kristallisierte sich eine „spezifische palästinensische Identität“⁴² heraus, die sich an der Gründung der palästinensischen Nationalbewegung näher erläutern lässt.

Es ist wichtig, sich die Tatsache zu vergegenwärtigen, dass - ungeachtet des beständigen Zustroms jüdischer Kolonisten nach 1882 bis zu dem Zeitpunkt der Gründung Israels im Frühjahr 1948 - die Majorität der Bevölkerung arabisch war. Einige Beispiele: Die Gesamtbevölkerung von 1,033.314 Mill. Einwohnern wies im Jahre 1931 174.606 Juden auf; 1936 betrug der jüdische Bevölkerungsanteil 384.078 von 1,366.692. 1946 waren es 608.255 Juden bei einer Gesamtbevölkerung von 1,912.112.⁴³ Statistisch heben sich die „Eingeborenen“ ohne Schwierigkeiten von den Kolonisten ab. Die entscheidende Frage ist aber, wer hier nun die Ansässigen waren!

2.2 Die Transfer – Ideologien im Zionismus⁴⁴

Die britische Mandatsmacht hat der Zionistischen Organisation nicht nur bei dem Kauf und Inbesitznahme des palästinensischen Bodens gehol-

⁴¹ Vgl. Baumgarten, Helga, Die palästinensische Nationalbewegung von Anfang des Jahrhunderts bis Mitte des 60er Jahre, in: Bernstein, Hamdan, Schneider (Hg.), Der Palestinakonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven, Bad Wörishofen 1983, S. 63.

⁴² Porat, a.a.O., S. 8.

⁴³ The Anglo-Palestine Yearbook 1947-1948, London 1948, S.33 auch Edward, W. Said a.a.O. S. 26

⁴⁴ Mehr über die Transferpläne der Zionistische Organisation vor und nach 1948 kann man in den zahlreichen Bücher von arabischen und jüdischen Autoren, die die Alnakba (die Vertreibung der Palästinenser 1948) laut Erzählungen der Flüchtlinge und die Archiv Materialien der britischen Mandatsmacht und der israelischen Armee dokumentierten wie z.B. Nur-eldeen Masalha The Concept of „Transferring“ the Palestinian Arabs in Zionist Thinking, Plannin and Action 1882 – 1948, , Institute for Palestine Studies, Beirut 1992, auch Benny Moris, The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949, Cambridge 1987; Simcha Flapan, Die Geburt Israels, Mythos und Wirklichkeit. München 1988; auch Ilan Pappé, The Making of the Arab-Israeli Conflict, 1947-1951. London 1992 auch Nur-eldeen Masalha, Maximum Lnad and Minimum Arabs, Transfer and Palestinians, 1949-1996, , Institute for Palestine Studies, Beirut 1997

fen, sondern auch ihre Militärischen Organisation, Haganah, Etzel und Lehi⁴⁵ aufgebaut und aufgerüstet, die später als einzelne und manchmal auch gemeinsam die Vertreibung der Palästinenser durchgeführt haben. Eine der wichtigsten Aufgaben, die die Mandatsmacht Großbritannien laut der Mandatsvereinbarungen bekommen hat, war die Errichtung einer jüdischen Vertretung in Palästina, die der Mandatsmacht als „Beraterin“ dienen sollte⁴⁶. Es wurden zionistische Funktionäre in führenden Positionen bei der Mandatsregierung ernannt. Diese war eine Schattenregierung, die den militärischen Arm der Zionistischen Organisation aufgebaut hat⁴⁷. Die britische Regierung hat ihre Militärspezialisten nach Palästina gesandt, um diese Aufgabe zu übernehmen. Einer der berühmtesten Spezialisten war der Geheimagent Lord Charles Winget, der als Trainer und Chef der zionistischen „Selbstverteidigungseinheiten“ diente, die später unter den Namen Haganah bekannt worden⁴⁸, und ab 1948 die Grundbasis für die israelischen Armee bildete.

Im Zuge der Formulierung und Ausarbeitung von politischen Statements und strategischen Plänen, die die Zukunft der einheimischen palästinensischen Bevölkerung betrafen, kristallisierten sich im zionistischen Sprachschatz und Gedankengut drei Hauptbegriffe - „die arabische Frage“ (hashiila haa'aravit)⁴⁹, und „das arabische Problem“ (habaa'aja haa'aravit) und „Transfer“ (Haa'vara) - heraus. Diese Ausdrücke resümieren die zionistischen politischen Ziele und Ideologien seit der Gründung der Bewegung Ende des 19. Jahrhundert.⁵⁰ Nämlich die Verleugnung des palästinensischen politischen, kulturellen und ethnischen Daseins. Zudem haben die Zionisten die Palästinenser verallgemeinernd als Araber

⁴⁵ Vgl Abdul Hafiz Muhareb, Haganah, Etzel, Lehi , Relations Between the Zionist Armed Organizations, 1937-1948 Beirut 1981

⁴⁶ Alen Taylor, Prelude to Israel, The Institute for Palestine Studies, Beirut 1970 S. 45

⁴⁷ A. Taylor a.a.O. S.43

⁴⁸ Yori Ivanof, Wachsamkeit, Zionismus , Novosti Press 1969, S.87

⁴⁹ Hebräisch

⁵⁰ Vgl. Nur-eldeen Masalha, a.a.O. S.7

bezeichnet, die man ohne schlechtes Gewissen in andere arabische Länder transferieren kann. Diese vereinfachte Tatsachenverfälschung wurde öfter von zionistischen Funktionären wiederholt und erlebt immer wieder eine Renaissance. Die ehemalige israelische Premierministerin Golda Meir konnte lauthals erklären: „Es war nicht so, als ob es in Palästina ein palästinensisches Volk gegeben hätte..., und wir wären gekommen und hätten dieses hinausgeworfen und ihm sein Land weggenommen. Ein solches Volk gab es gar nicht.“⁵¹ Um die Ansprüche der Palästinenser als illegitim erscheinen zu lassen, wurden sie von der Zionistischen Bewegung als Araber bezeichnet, die erst kürzlich aufgrund der von den Siedlern geschaffenen Möglichkeiten eingewandert seien.⁵² Diesen Mythos wiederholte auch der frühere Ministerpräsident Israels, Benjamin Netanyahu: „Viele Araber immigrierten nach Palästina als Antwort auf die Zunahme der Arbeitsplätze, die von den Juden geschaffen wurden.“ Selbst den zangwillischen Mythos vom Land ohne Volk wiederholte Netanyahu bei seinem Staatsbesuch in Österreich 1997. Heute sei das „harte unbewohnte Niemandsland“ im Nahen Osten ein „moderner, dynamischer Staat“.⁵³

Bei genauerer Betrachtung der zionistischen Propagandaschriften Anfang des 20. Jahrhundert sieht man, dass die Palästinenser in Palästina keinesfalls „ein imaginäres Problem waren“⁵⁴. Die „arabische Frage“ hat die zionistischen Führer öfter beschäftigt.⁵⁵

Für die Zionistische Bewegung gab es von Anfang an genaue Vorstellung, was mit der einheimischen palästinensischen Bevölkerung geschehen sollte. Israel Zangwill stellte sich vor, „die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan

⁵¹ Zit. Nach Avnery, *Israel without Zionism*, New York 1971, S. 262; nicht enthalten in der deutschen Ausgabe

⁵² Vgl. Watzal, *Ludwig, Friedensfeinde*, Berlin 1998, S. 19

⁵³ Die Zeit ist reif für normale Beziehungen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 23. September 1997.

⁵⁴ Vgl. Walter Laqueur, *A History of Zionism*, London 1972, S. 215

haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt“⁵⁶. Auch die Idee eines Transfers wurde bereits von Herzl in seinem Tagebuch genau formuliert. „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Das Expropriationswerk muß – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurück verkauft wird ihnen nichts.“⁵⁷ Diese Aussagen erleben heute bei der Suche nach einer „Endlösung“ der palästinensischen Flüchtlingen im Friedensprozess eine Renaissance.

Die Verleugnung der unabhängigen palästinensischen Nationalität, seitens der Zionistischen Bewegung, und diese lediglich als Araber zu bezeichnen, zielte nicht zuletzt darauf, die Transferpläne in den 30er und 40er Jahren besser darzustellen und salonfähig zu machen. Das erwünschte Ziel der Zionistischen Bewegung hat Ben Gurion auf einer Sitzung des nationalen Jeshov⁵⁸ Kongresses am 5. Mai 1936 auf dem Punkt gebracht: „ Wenn wir eine 100% jüdische Erlösung erreichen möchten, so müssen wir 100% hebräische Siedlungen, 100% hebräische Farmen und 100% hebräischer Hafen, erst schaffen“⁵⁹ . Weiterhin hat er im Januar 1937 offenbart, dass die Haganah, einer der ersten militärischen Arme des Jeshovs, einen detaillierten militärischen Plan ausgearbeitet hat, wonach sie ganz Palästina bis auf der Negev Wüste südlich von Beerscheva in drei Stufen besetzen wird⁶⁰ .

⁵⁵ mehr dazu in Neil Caplan, Palestine Jewry and the Arab Question, 1917-1925, London: Frank Cass 1978. Auch Simha Flapan, Zionism and the Palestinians, London: Croom Helm, 1979

⁵⁶ Israel, Zangwill, The Voice of Jerusalem. London 1920, S.80

⁵⁷ Vgl. T. Herzl, a.a.O. S.98

⁵⁸ Die jüdische Siedlergemeinschaft vor der Gründung des Staates Israel

⁵⁹ Ben Gurion, David, Tagebücher, (Hebräisch) (Tel Aviv: ám Ovid, 1971 – 1972), 3. Band S. 161

⁶⁰ Vgl. Ben Gurion, O.a.a. 4. Band S. 24 – 26 auch die Geschichte der Haganah (Hebräisch) 2. Band, S. 748 - 758

Von 1930 bis 1948 haben die Funktionäre des Jeshovs und die führenden Mitglieder der Jüdischen Organisation mehrere Pläne für die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung geschmiedet. Auf die einzelnen Pläne und ihre Inhalte einzugehen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Wichtig ist, dass in dieser Periode die Idee verbreitet wurde, dass das Gebiet östlich vom Jordan, das heutige Jordanien, eigentlich zu Palästina gehört und eine Umsiedlung der Palästinenser dorthin eine gewöhnliche Sache sei⁶¹.

Die grausamste Phase der Vertreibung begann am 29. November 1947 nachdem die Generalvollversammlung der UNO der Teilung Palästinas in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, zugestimmt hat. Beim Jeshov sprach sich eine eindeutige Mehrheit für die Verweigerung aus, zukünftige die israelische Staatsbürgerschaft an die Palästinenser, die im jüdischen Staat bleiben sollten, zu geben. So meinte Ben Gurion: „Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung werden wir die Araber, die den Status der legalen Ausländer bei uns haben, als Staatsuntreue betrachten, man kann sie „vertreiben“ aus dem jüdischen Staat. Aber, wenn wir ihnen die Staatsbürgerschaft geben, so können wir sie nur ins Gefängnis stecken, deswegen ist es am besten, sie zu vertreiben.“⁶² Die Haganah hat eine führende Rolle, bei der Vertreibung, nach dem Ausbruch des Krieges 1948 gespielt. Ihre Führung hat den so genannten „Verteidigungsangriff“ mit willkürlichen Angriffen auf die palästinensische Zivilbevölkerung früh angeordnet. Diese Angriffe erreichten das Maximum, was in dem Mai-Vertreibungsplan (bekannt auch als Plan Gemel „C“ von Mai 1946) vorgesehen war. Dieser sah die Zerstörung der arabi-

⁶¹ mehr zum Thema im Nur eldeen Masalha, O.a.a. S. 39 - 139

⁶² Protokoll des Exekutivkomitees der jüdischen Organisation, 2.11.1947 erwähnt auch in Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947-1949* (Cambridge: Cambridge University Press, 1987) S. 28.

schen Verbindungsstraßen, Häuser und die Vertreibung der Bevölkerung vor.⁶³

Das erklärte Ziel war: Mehr Land - weniger Araber.

David Ben Gurion, der erste israelische Ministerpräsident, formulierte das Vorhaben der Zionistischen Organisation so: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner... Wenn man sagt, daß Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt... Palästina muß und soll nicht die Frage beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.“⁶⁴ Die Absicht des Zionismus zielte von Beginn an nicht auf die Teilung des Landes mit der einheimischen Bevölkerung, sondern stellte die arabische Präsenz generell in Frage⁶⁵

2.3 Der UNO Teilungsplan von 1947

Aufgrund der anhaltenden Unruhen in Palästina und den erfolglosen Anstrengungen der Briten, eine befriedigende Lösung für die jüdische und die palästinensische Bevölkerung zu finden, beschloss die britische Regierung im Februar 1947, ihre Mandats Herrschaft aufzugeben und das Palästina Problem der UNO vorzulegen.⁶⁶ Zu dieser Zeit besaßen die zionistischen Organisationen bereits ihre eigene Infrastruktur, Verwaltungsapparate sowie eine Armee, die die britische Mandatsverwaltung ersetzen sollte.⁶⁷

Am 2. April 1947 beantragte Großbritannien, die Palästinafrage zum Thema der nächsten UNO-Vollversammlung zu machen. Darüber hinaus

⁶³ Detaillierte Informationen über den Mai-Plan in „Die Geschichte der Haganah“ (Hebräisch) 3. Band, Kapitel 3, S. 1939-1943

⁶⁴ David Ben Gurion, Zionistische Außenpolitik. Berlin 1937, S. 28

⁶⁵ Ludwig, Watzal. Friedensfeinde, O.a.a. S. 15

⁶⁶ Vgl. Hadawi, Sami, Brennpunkt Palästina, Palästina Monographien 2, Rastatt 1969, S. 42.

⁶⁷ Vgl. Hadawi, Sami, Bittere Ernte, Palästina 194-1967, Palästina Monographien 5, Rastatt

schlug Großbritannien vor, ein Sonderkomitee, der UNO zur Vorbereitung der Palästina-Debatte einzurichten. Dieses Sonderkomitee, die UNSCOP⁶⁸, wurde im Mai 1947 gebildet und erarbeitete schließlich unterschiedliche Pläne für den zukünftigen Status Palästinas. Während einer der Pläne sich dagegen aussprach, das Palästina-Problem mit dem Problem der jüdischen Flüchtlinge und Opfer des Nazi-Terrors zu verknüpfen, empfahl der andere Plan die Teilung Palästinas. Entsprechend des Teilungsplans sollte Palästina in getrennte jüdische und arabische Staaten aufgeteilt werden und mit Jerusalem und den umliegenden Dörfern und Städten sollte ein „Corpus separatum“ unter einem internationalen Sonderregime entstehen.⁶⁹ Der Annahme dieser Resolution No. 181 durch die Vereinten Nationen am 29.11.1947 war ein lang währendes Zögern und Zögern voraus gegangen, das nur überwunden wurde, nachdem von den Vereinigten Staaten außergewöhnlicher Druck auf verschiedene unabhängige Länder ausgeübt worden war. In einem Fall sollen Gelder an Vertreter eines lateinamerikanischen Landes gezahlt worden sein, um seine Abstimmung zu Gunsten des Teilungsplanes zu gewinnen.⁷⁰ Die Zionisten akzeptierten den Teilungsplan, während die Araber ihn verwarfen. Es kam den Arabern sowohl unlogisch als auch tragisch vor, dass den Juden, denen etwa 6% des ganzen Gebietes von Palästina gehörte und die nur etwa 33% der Bevölkerung stellten, ein Staat gegeben werden sollte, der 56% der Bevölkerung des ganzen Landes umfasst. Mehr noch, in dem in Aussicht gestellten jüdischen Staat lebten mehr Palästinenser (509.780) als Juden (499.020). Auf der anderen Seite hatte der

1969, S. 100.

⁶⁸ UNSCOP = United Nation Special Committee on Palestine.

⁶⁹ Vgl. Hartung (Hg.) Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, Berlin 1978, S. 49

⁷⁰ Sayegh, F.A./J.C. Smith/Y.Harkabi/E.Monroe, Time Bomb in the Middle East, New York 1969. S. 49. Auch Lilienthal, A.M., The Zionist Connection: What Price Peace? New York 178, S. 56 - 59

vorgesehene arabische Staat bei einer Bevölkerung von 735.000 nur 10.000 Juden als Einwohner.⁷¹

Angesichts des wachsenden Widerstandes der Einheimischen und des Blutvergießens in Palästina zog die Generalversammlung der UNO den Teilungsplan zurück und unterbreitete einen alternativen Vorschlag, der den Aufruf zu einer vorübergehenden Treuhänderschaft über das ungeteilte Palästina enthielt. Der Vorschlag wurde von den Palästinenser angenommen, von den Zionisten jedoch heftig zurückgewiesen. Eine Sondersitzung der Versammlung wurde einberufen, um den Teilungsplan noch einmal in Erwägung zu ziehen.⁷²

Die Zionisten gaben sich nicht einmal mit dieser ungerechten Teilung zufrieden. Schon bevor die Briten anfangen ihre Truppen aus dem Land zurückzuziehen, verletzten die bewaffneten zionistischen Untergrundorganisationen die von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Gebietsgrenzen und fingen an, die Palästinenser zu vertreiben.⁷³ Im Anschluss daran bemächtigten sie sich 71% der Gesamtfläche des Landes, bevor ein einziger Soldat irgendeines arabischen Staates seinen Fuß auf palästinensischen Boden setzte.⁷⁴

Einen Höhepunkt der zionistischen Vertreibungsstrategie markierte das Massaker von Deir-Yassin, einem palästinensischen Dorf westlich von Jerusalem, wo Einheiten der Irgun- und der Stern-Gruppe⁷⁵ am 9. April 1948 254 Einwohner niedermetzelten. Innerhalb kürzester Zeit verbreitete sich die Nachricht von dem Massaker im ganzen Land. Aus Angst vor weiteren Repressionen und Terrorakten begannen die Palästinenser panikartig ihre Dörfer und Städte zu verlassen. Die in ihren Dörfern Zurück-

⁷¹ Vgl. Sayegh, a.a.O. S.51

⁷² Vgl. a.a.O. S. 51f

⁷³ Vgl. Hirs, David, *The Gun and the Olive Branch*, London 1977, S. 123ff.

⁷⁴ Vgl. Ben Gurion, David, *Rebirth an Destiny of Israel*, New York 1954, S. 296; vgl. auch Christopher, *Cross Roads to Israel*, Collins, London 1965, S. 401.

⁷⁵ Irgun und Stern sind militärische Abspaltgruppen der Haganah. Mehr dazu vgl. Abdul Hafiz; Muhareb, Haganah; Ezel, Lehi, *Relation Between the Zionist Armed Organisations 1937-1948*, Beirut 1981.

gebliebenen wurden zum Verlassen ihrer Heimat gedrängt.⁷⁶ Die Mehrheit der Palästinenser wurde vertrieben oder zur Flucht veranlaßt. 1950 registrierte das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) 960.000 palästinensische Flüchtlinge.⁷⁷

Die israelische Behauptung, dass die Palästinenser ihre Heimat freiwillig verlassen hätten, weil sie von den arabischen Staaten über das Radio dazu aufgefordert worden seien, ist wie Maxime Rodinson schrieb „ohne historische Evidenz“⁷⁸. Menahem Begin, der Führer des Angriffes auf Deir-Yassin schrieb mit Stolz: „Es hätte keinen Staat Israel ohne den Sieg von Deir-Yassin gegeben.“⁷⁹

Die Haltung der vertriebenen und verstreuten Palästinenser wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht und ist seit 1948 weitgehend unverändert geblieben: Sie beharren bis heute darauf, in einem Land zu leben und aus ihrem kollektiven Bewusstsein heraus Palästinenser zu sein.⁸⁰ Der Krieg von 1948 und die Gründung des Staates Israel an der Stelle Palästinas brachten neue historisch-geographische Fakten. Angesichts dieser Tatsache erfuhr das palästinensische Volk einen demographischen und ethnischen Zusammenbruch, der diese Gesellschaft quantitativ veränderte. Das Volk, das eine Mehrheit ausmachte, wurde innerhalb kurzer Zeit zu zerstreuten Minderheiten. Der größte Teil der Palästinenser wurde zu Vertriebenen; sie leben seitdem als Flüchtlinge in diversen arabischen Ländern und der Welt. Ca. 30.000 wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land.⁸¹ Sie verloren ihre Führungsschicht und feste Einrichtungen und wurden von arabischen und internationalen Organisationen, vor allem

⁷⁶ Vgl. Hirs, a.a.O., S. 123ff.; vgl. auch von Paczensky, Gerd, *Faustrecht am Jordan?*, Tübingen 1978, S. 88-93.

⁷⁷ Vgl. Hagopian, Edward; Zahlan, A.B., *Palestine's Arab Population*, in: *JPS*, Vol. 3, No. 4, 1974, S. 51ff.

⁷⁸ Rodinson, Maxime, *Israel and the Arabs*, London 1969, S. 50.

⁷⁹ Begin, Menahem, *The Revolt. Story of the Irgun*, New York 1951, S. 162f.

⁸⁰ Vgl. Phillipps-Heck, U., *Rassisten gegen Terroristen*, in: *Israel & Palästina*. Sonderheft 29. 1992, S. 19f.

⁸¹ Vgl. Al-Haj, Majid, *Arabische Flüchtlinge in Israel. Flüchtlinge im eigenen Land*, in: *Al-Mawakib*, Vol. 5, No. 5-6 (1988), S. 12-22.

von der UNRWA⁸², abhängig. So entstand ein Exodus des 20. Jahrhunderts, der tragischen Ausmaße annahm. Über diese Tragödie bemerkte Arnold J. Toynbee am 31. Januar 1961: „Die Behandlung der palästinensischen Araber im Jahre 1947 (und 1948) war moralisch genauso wenig zu rechtfertigen wie die Abschachtung von sechs Millionen Juden durch die Nazis.“ Dr. Toynbee fuhr fort, die Araber seien ihres Gebiet „beraubt“ und grausam behandelt worden: „Dies war zwar nicht die Quantität nach, wohl aber die Qualität nach mit den Verbrechen der Nazis vergleichbar.“⁸³

Die Ereignisse von 1947 und 1948 haben in der palästinensischen Erinnerung eine unauslöschliche Spur des Schreckens hinterlassen. Die Büchse der Pandora hatte sich damit weit geöffnet und die Palästinenser erwarten nur noch mehr Unrecht, Elend, Angst und Blutvergießen.

2.4 Die Palästinensische Nationalbewegung und das nationale Bewusstsein bis 1948

Die damals wachsende Einwanderungswelle zionistischer Juden nach Palästina drängte die Palästinenser zur Gründung ihrer eigenen Nationalbewegung. Daraus kann man folgern, dass der palästinensische Lokalnationalismus bzw. -Patriotismus ein Produkt des Zionismus ist. Somit zeigt sich die zionistische Ideologie praktisch wie theoretisch als aprioristische Voraussetzung der spezifischen palästinensischen nationalen Identität. Edward Said merkt hierzu folgendes an: „Ein durchgehender Strang unserer [palästinensischen] Erfahrungen ist vom Zionismus bestimmt (...)“⁸⁴

⁸² UNRWA ist die Abkürzung des Hilfswerks „United Nation Relief and Work Agency“. Es wurde am 08.10.1949 gegründet. Vgl. Schreiber; Wolffsohn, a.a.O., S.158

⁸³ Vgl. Menuhim, M. The Decadence of Judaism in Our Time, New York 1965, S.220f

⁸³ Vgl. Menuhim, M. The Decadence of Judaism in Our Time, New York 1965, S.220f

⁸⁴ Said, a.a.O., S. 14; vgl. auch Diner, Dan, Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser, Hamburg 1982, S. 51.

Außerdem wirkte sich die Veröffentlichung der Balfour-Deklaration im Jahre 1917 als Geburtshelfer für das palästinensische Bewusstsein aus. „Die Balfour-Erklärung ist aber gleichzeitig auch der Ursprung eines palästinensischen Gegenbewusstseins, das sich nun immer mehr der Schärfe der Bedrohung bewußt wurde.“⁸⁵

So griffen die Palästinenser auf die europäische Idee der Nation zurück und beanspruchten ihre Gültigkeit für sich, als Basis für die Legitimität ihrer Absichten und zur Gründung eines Staates Palästina, „unabhängig von anderen arabischen (Vilayet) Provinzen“⁸⁶. Diese Idee inspirierte ihre Auflehnung, zuerst gegen die Türken, dann als Legitimation im Dekolonisationsprozess gegen die britische Mandats Herrschaft und die zionistische Kolonialpolitik. Der Prozess, mittels dessen sich die Palästinenser versuchten zu behaupten und ihr Nationalgefühl zu zeigen, verlief in zwei Hauptphasen: Die erste Phase konzentrierte sich im Kampf gegen den Zionismus und zur Beendigung der türkischen Herrschaft. Schon 1891 appellierten die palästinensischen Großgrundbesitzer an die Zentralregierung in Istanbul, um die Judeneinwanderung nach Palästina zu stoppen.⁸⁷ 1899 schrieb der palästinensische Politiker Jusuf Diya-al-Kahlidi, der 1818 Sprecher des Osmanischen Parlamentes gewesen war, in einem privaten Brief: „(...) for the sake of peace and tranquility of the inhabitants of Filastin it would be better if the efforts to implement it ceased.“⁸⁸

Ende 1910 machten sich die Palästinenser kollektiv daran, öffentlich für ihre politischen Belange einzutreten. Intellektuelle aus den führenden, städtischen Familien gründeten politische Organisationen. Die älteste derartige Organisation entstand in Haifa; gleichzeitig wurde eine ähnliche

⁸⁵ Vgl. Wild, Stefan, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: Mejcher, H.; Schölch, A., (Hg.), Die Palästina-Frage 1917-1948, Paderborn 1981, S. 78f.

⁸⁶ Porat, Yehoshua, The Emergence of the Palestinian Arab National Movement 1919-1929, Vol. 1 London 1974. S. 8 bzw. S. 71-122

⁸⁷ Vgl. Porat, a.a.O., S. 26.. Auch Winstock, Nathan, Das Ende Israels? Berlin 1975. S. 93

Organisation in Jaffa gegründet. Erklärtes Ziel solcher Organisationen war, die Regierung in Istanbul davon zu überzeugen, den Landverkauf an die Juden und die illegale Einwanderung nach Palästina zu verhindern.⁸⁹

Nachdem die Türken keine Maßnahmen ergriffen hatten, die jüdische Immigration zu stoppen, verstärkte sich die Aversion der Palästinenser gegen die Türken und die Zionisten. Porat schreibt hierzu: „The fact that the Ottoman authorities did not carry out the regulations aimed at hindering Jewish immigration created resentment among the population.“⁹⁰

In dieser Phase erwiesen sich die palästinensischen Organisationen unfähig, die Massen zu mobilisieren und echten politischen Widerstand zu erzeugen.⁹¹

Die zweite Phase begann nach dem 1. Weltkrieg. Nach Ansicht von Alexander Flores sahen sich die Palästinenser zum ersten Mal mit der nationalen Problematik konfrontiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Nationalbewegung noch nicht in den Massen verankert, weil es noch keine fühlbare materielle Beeinträchtigung für die Massen gab.⁹²

Die Veröffentlichung der Balfour-Deklaration machte die Gefahr sichtbar, dass die Gefahr bestand, das Land zu verlieren, und löste in der einheimischen Bevölkerung eine Welle von Unruhen aus. Diese Unruhen führten zur Versammlung des ersten Palästinensischen Nationalkongresses im Jahre 1919 in Jerusalem, welcher von der Moslemisch-Christlichen Vereinigung (MCV) einberufen wurde.⁹³ Der Kongress appellierte an die

⁸⁸ Vgl. Porat a.a.O., S.26

⁸⁹ Zur Bildung politischer Organisationen nach der türkischen Revolution 1908 und zur Vorgeschichte der arabischen Reaktion auf die erste zionistische Einwanderung siehe: Husain, Hammad, Die politische Konzeption der palästinensischen Nationalbewegung während der Mandatszeit 1918-1939, Berlin 1983, S. 30-35, 36f.

⁹⁰ Porat a.a.O. S.29

⁹¹ Vgl. Winstock a.a.O., S.150f.

⁹² Vgl. Flores, A. Nationalismus und Sozialismus im arabischen Orient, Münster 1980, S. 173f.

⁹³ MCA = “Muslims-Christian Association” Vgl. Porat, a.a.O., S. 32ff.; vgl. auch Wild, Stefan, zum Verständnis palästinensisch-arabischer Nationalismus, in : Majcher, H., Schlöch, A. (Hg.), Die Palästina-Frage 1917-1948, Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nahostkonflikts, Paderborn 1981, S. 73-88

Engländer, von der pro-zionistischen Politik Abstand zu nehmen. Ferner lehnte er die zionistische Einwanderung und das britische Mandat ab und forderte die Abschaffung der Balfour-Deklaration. Zusätzlich forderte der Kongress die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Rahmen der arabischen Einheit.⁹⁴

Ausgehend von Jerusalem bildeten sich im Anschluss an den Kongress neue Organisationen in vielen anderen Städten. Sie versuchten, ihre politischen Aktivitäten miteinander zu verbinden.⁹⁵

Der Zionismus erschien in den Augen der Palästinenser als die größte Gefahr, welche ihre Existenz bedrohte. Im Jahre 1920 erklärte Izaat Darwaza aus Nablus vor dem „Syrischen Kongreß“⁹⁶: „The Zionist danger is more serious than the danger of French, since the French saw themselves as stranger, while the Zionists saw themselves as true natives of the land.“⁹⁷ Diese Befürchtung fand ihre Bestätigung in der Aussage Weizmans⁹⁸ während der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919,⁹⁹ in der er ausdrücklich betonte, was das Ziel des Zionismus ist: „Palästine to become jewish as England is english.“¹⁰⁰

Im Juli 1920 wurde eine Zivilregierung in Palästina eingesetzt und König Feisal wurde durch die französische Armee aus Damaskus vertrieben. Die Trennung Palästinas von Großsyrien war damit vollzogen. Im De-

⁹⁴ Vgl. Alloush, Naji, Der arabische Widerstand in Palästina 1917-1948, Beirut 1975,

⁹⁵ Vgl. Porat, a.a.O., S. 74-79; vgl. auch ders., S. 274-304.

⁹⁶ Am 8. März 1920 fand der „Syrische National Kongreß“ statt, an dem sowohl Palästinenser als auch Libanesen teilnahmen. Es wurde unter anderem die Unabhängigkeit Syriens verkündet. Emir Feisal war als König und Staatsoberhaupt ernannt worden. Bis zu diesem Kongreß betrachteten sich die Palästinenser als Teil „Großsyriens“. Mehr dazu vgl. Bretholz, Wolfgang, Aufstand der Araber, München, Wien, Basel 1960, S. 96; vgl. auch Porat, a.a.O., S. 70-123.

⁹⁷ Vgl. Porat a.a. O., S. 34

⁹⁸ Chaim Weizman, Präsident der zionistischen Nationalbewegung von 1920 bis 1931. 1948 wurde er Israels erster Staatspräsident.

⁹⁹ Nach Abschluß der Waffenstillstandverhandlungen Ende des 1. Weltkrieges begannen die Vorbereitungen zu einer Friedenskonferenz. Am 18. Januar 1919 wurde die Konferenz im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles eröffnet.

¹⁰⁰ Weizman, Chaim, Trail and Error, London 1950, S. 305

zember desselben Jahres wählte die Muslimisch-Christliche Vereinigung die Arabische Exekutive (AE) zu ihrem obersten Organ,¹⁰¹ welche nach langwierigen Verhandlungen von den Briten als offizieller Sprecher der Palästinenser anerkannt wurde.¹⁰²

Im Mai 1921 wurde eine Unruhwelle in Jerusalem und Jaffa unter den Palästinensern ausgelöst, deren Ursachen primär auf die kontinuierliche jüdische Einwanderung und die Weigerung Großbritanniens, ihre Politik zu ändern, zurückgeführt werden kann.¹⁰³

Palästinensische Intellektuelle wie Darwasheh und Kahlil Sakakineh sowie politische Organisationen wie die „Arabische Liga der Arabischen Nationalen Befreiungsfront“, welche die Arabische Exekutive (AE) ersetzen, galten als nationale Führung für die Palästinenser.¹⁰⁴ Hier war es insbesondere der Mufti von Jerusalem, Amin Al-Husayni¹⁰⁵, der seine Machtposition ausbauen konnte, indem er den nationalen Kampf propagierte. Die Bevölkerung orientierte sich an ihm, und damit gelang es ihm, den Protest der Massen zu kanalisieren und in eine antizionistische Richtung zu lenken. Amin Al-Husayni, der als der Mufti von Jerusalem und gleichzeitig als Präsident des „obersten moslemischen Rates“ fungierte, „galt bis in die 40er Jahre als Symbol der Auseinandersetzung mit dem Zionismus“.¹⁰⁶

¹⁰¹ Vgl. Wild, a.a.O., S. 80.

¹⁰² Lüders, Michael PLO, Geschichte, Strategie, Aktuelle Interviews, Hannover 1982

¹⁰³ Vgl. Porat, a.a.O., S. 57f.; vgl. auch Weinstock, a.a.O., S. 116f.

¹⁰⁴ Andere Organisationen wie die „Nationale Verteidigungspartei“, die „Arabisch-Palästinensische Partei“, die „Istiglal Partei“ (Unabhängigkeitspartei) und die „Quassmiten“, die sich 1930 um den Scheich Izzedin al-Qassam bildeten, wurden gegründet. Insgesamt waren es sechs Parteien. Vgl. dazu Porat, The Palestinian Arab National Movement 1929-1939, Vol. 2, London 1977, S. 49-75.

¹⁰⁵ Vgl. ders. in einer dem Mufti wohlgesonnen Arbeit, S. 184-241; vgl. auch Matter, Philip, The Mufti of Jerusalem, Al-Haj Amin al-Husayni and the Palestinian National Movement, New York 1988.

¹⁰⁶ Augustin, Ebba, a.a.O., S. 69.

Edward Said hat darauf hingewiesen, dass die Nationalführung eine große Rolle als Faktor der Identitätsbildung und zur Verstärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit gespielt hat. „Sie alle trugen zur Bildung starker, nationaler Blöcke innerhalb der Bevölkerung bei. Sie kanalisiert die Energie der ‚nicht jüdischen‘ palästinensischen Öffentlichkeit, förderten das Bewußtsein einer palästinensischen Identität ...“¹⁰⁷

Die ständige jüdische Einwanderung und der Bodenkauf zwischen 1932 und 1938 galten als Bedrohung für die existentiellen Grundlagen der Palästinenser und führten zur Verstärkung der Auseinandersetzung mit den Zionisten.¹⁰⁸ Am 19. April 1936 kam es zu Zusammenstößen zwischen Zionisten und Palästinensern in Jaffa. Daraufhin riefen die palästinensischen Führer zum Generalstreik auf. Die nationale Führung bildete ein „Oberstes Arabisches Komitee“ (OAK), das von allen sechs Parteien getragen wurde. Der Mufti wurde zum Präsidenten gewählt und damit zum anerkannten Führer des Landes. Die auf Kollaboration mit den Briten und teilweise mit den Zionisten ausgerichtete und zudem tief fraktionierte Nationalbewegung rief nach sechs Monaten zum Ende des Streiks auf.¹⁰⁹ Der Streik war bereits in einen bewaffneten Kampf umgeschlagen, der hauptsächlich von der Landbevölkerung getragen wurde und im Sommer 1938 seinen Höhepunkt erreichte. Das gesamte palästinensische Bergland war bereits befreites Gebiet.¹¹⁰

Zur Untersuchung der Ursachen dieses Generalstreiks trat am 11. November 1936 die „Peel Kommission“¹¹¹ in Palästina zusammen. Nach Überprüfung der Lage schlug die Kommission der britischen Regierung folgendes vor: Die Teilung des Landes und die Errichtung eines arabi-

¹⁰⁷ Vgl. Said, Edward, a.a.O., S. 27

¹⁰⁸ Dan, Dinner, Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser. Eine historisch-politische Bilanz der Palästinafrage, Hamburg 1982, S. 63-65

¹⁰⁹ Vgl. Weinstock, a.a.O., S. 152f.; vgl. auch Diner, a.a.O., S. 71

¹¹⁰ Vgl. Alloush, Naji, Der arabische Widerstand Widerstand in Palästina 1917-1948 (arabisch), Beirut 1975., S. 98

¹¹¹ Die Kommission wurde nach Lord Peel benannt, der die Untersuchungen leitete. Vgl. Bethell, Nicholas, Das Palästina-Dreieck, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1984, S. 24f.

schen und eines jüdischen Staates und eines unter britischer Mandats-herrschaft stehenden Gebietes von Jerusalem. Die Teilungsvorschläge fachten die Flammen der palästinensischen Rebellion an. Die Briten erwiderten mit massiven Unterdrückungsmaßnahmen¹¹²; darunter Hinrichtungen, Terroranschläge und Massakrierung von palästinensischen Dorfbewohnern durch jüdische, von Briten ausgebildeten Sondertruppen.¹¹³ Gleichzeitig mit dieser massiven Unterdrückung gab es drei weitere Entwicklungen: Die systematische Entwaffnung der palästinensischen Bevölkerung¹¹⁴, die umfangreiche Bewaffnung der jüdischen Bevölkerung¹¹⁵ und schließlich die Zerstörung der palästinensischen politischen Organisationen durch Auflösung des OAK sowie die Deportation der nationalen Führung.¹¹⁶

Ebba Augastin schreibt hierzu folgendes: „Die arabische nationale Bewegung in Palästina war durch das Zerschlagen des Aufstandes demoralisiert und geschwächt. Das im Mai 1939 veröffentlichte britische Weißbuch war nur zum Teil die unmittelbare Folge des arabischen Aufstandes.“¹¹⁷ Infolge dessen verlor die palästinensische Nationalbewegung die politische Initiative an die Regierung der arabischen Nachbarstaaten. Die Geschichte der Palästinenser wurde von nun an von außen bestimmt.¹¹⁸ Mit der Teilung Palästinas und der Proklamation des Staates Israel erreichte die palästinensische Nationalbewegung ihren Tiefpunkt.

Annähernd 170 000 Palästinenser blieben in dem Teil Palästinas, der am 14. Mai 1948 zum Staat Israel erklärt wurde. Die meisten aus der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite der pa-

¹¹² Vgl. Diner, a.a.O., S. 69f.

¹¹³ Vgl. Khalidi, a.a.O., S. 38.

¹¹⁴ Ebd., S.39

¹¹⁵ Vgl. Hadawi, Sami, Bittere Ernte..., a.a.O., S.160

¹¹⁶ Vgl. Augastin, a.a.O., S. 75

¹¹⁷ ebd. S. 77

¹¹⁸ Diner, Dan, a.a.O., S. 71ff

lästinensischen Gemeinschaft hatten das Land in Richtung West Bank, Gazastreifen oder arabischen Nachbarstaaten verlassen¹¹⁹. Nach dem Krieg von 1948 und der Alnakba begann eine neue Phase des palästinensischen Nationalismus im Exil,¹²⁰ die ihren Höhepunkt mit der Gründung der PLO in den 60er Jahren erreicht hatte.

3. Die Entwicklung der politischen Orientierung und des politischen Bewusstseins der palästinensischen Minderheit

Der Versuch eines exklusiven „reinen“ jüdischen Staat in Palästina ist 1948 gescheitert. Nach der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 schätzte man die Zahl der verbliebenen Palästinenser auf etwa 170.000. Davon waren 119.000 Moslems, 35.000 Christen und 15.000 Drusen¹²¹. Der größte Teil lebte in Dörfern.¹²² Sie konzentrierten sich hauptsächlich in dem Gebiet Galiläa – das nach dem Teilungsplan ursprünglich für den „arabischen Staat“ vorgesehen war; die zweitgrößte Konzentration herrschte in dem „Kleinen Dreieck“, im Zentrum des Landes an der jordanischen Grenze; die drittgrößte besteht im Süden.

Diese übriggebliebene Minderheit von Palästinenser wurde verachtet und gehasst. „Der Araber als Mensch gilt als verachtetes Wesen. Seine bloße Existenz ist ein Fleck auf dem jüdischen Charakter des Staates Israel“¹²³

In den israelischen offiziellen Statistiken und Veröffentlichungen wird die palästinensische Minderheit grundsätzlich bis heute apolitisches (nicht-

¹¹⁹ Vgl. Ateek, Stifan Naim, *Recht, Nichts als Recht!* Fribourg/Brig 1990, S. 55

¹²⁰ Vgl. Wild, a.a.O., S. 86f

¹²¹ Drusen sind eine Glaubensrichtung innerhalb des Islams. Mehrheitlich leben sie in Syrien, im Libanon und im Norden Israels.

¹²² Vgl. Sami, Hadawi, *Brennpunkt Palästina*, Palästina Monographien 2, Rastatt 1969, S. 76

¹²³ Farjoun, Emanuel, *Palästinensische Araber in Israel. Eine Arbeiterreservarmee*, in Flores, A; Schlöch, A. (Hg.), a.a.O. S.61

jüdisches) Zahlenmaterial betrachtet. Sie werden lediglich als „Minderheiten“, „Nicht-Juden“, bestenfalls in religiösen Kategorien wie Muslims, Christen, Drusen klassifiziert. „Der Begriff Araber wird in keiner offiziellen Statistik des Staates Israel geführt; hiernach besteht in Israel nur eine nationale Gruppe: die Juden“¹²⁴. Umgangssprachlich wird das Adjektiv arabisch gleichgesetzt mit schmutzig, primitiv, dumm und unfähig.¹²⁵ Das Wort Palästina verschwand aus dem offiziellen Sprachgebrauch. Der Bezeichnung als Palästinenser war genauso strafbar wie das Hissen der palästinensischen Fahne. Diese Beraubung der nationalen Gefühle dauerte bis 1993 an.

Die israelische Politik, die von Landraub und Bodenenteignung, Isolation und Abhängigkeit der palästinensischen Minderheit sowie der Behinderung der Entwicklung ihrer eigenen sozio-ökonomischen und politischen Strukturen reichte, hat die Ausgrenzung zur Folge. „Sie werden in ihrem eigenen Land, in dem sich eine ganz neue Gesellschaft etabliert hat, an den Rand gedrängt, zum größten Teil ihrer Lebensgrundlagen beraubt und geographisch weit zerstreut und zersplittert; alle Möglichkeiten der Selbstbestimmung wurden und werden ihnen auch weiterhin vorenthalten.“¹²⁶

Smooha, einer der bekanntesten israelischen Sozialwissenschaftler und Experte in palästinensischen gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten, bemerkte hierzu;“ Die israelische Politik zielt bis heute darauf, den nationalen Charakter der arabischen Minderheit zurückzudrängen. Die offizielle Politik war, die Araber als sprachliche und religiöse Minderheit anzusehen und ihnen daher das Recht auf sprachliche und kulturelle

¹²⁴ ebd. S. 61f

¹²⁵ Vgl. S. Smooha, Arabs and Jews in Israel, Vol. 2, change and Continuity in Mutual intolerance, Boulder/Colorado 1992, S. 141

¹²⁶ Flores, A., Zu den historischen Wurzeln ..., a.a.O., S.205.

Institutionen und die Beibehaltung eigener religiöser Gemeinschaften zuzugestehen.“¹²⁷

Die palästinensische Minderheit besitzt seit 1949 das Wahlrecht für die Knesset, das israelische Parlament. Diese Tatsache bedeutet jedoch nicht generell, dass sie viel Einfluss ausübt. Arabische nationale Parteien in Israel, die offen gegen den zionistischen-jüdischen Charakter des Staates waren, wurden verboten. Mit Ausnahme der linkszionistischen Vereinigten Arbeiterpartei (Mapam) hatten die zionistischen Parteien bis 1960 keine palästinensischen Mitglieder¹²⁸. Dies hat sich etwas geändert. Inzwischen nehmen fast alle zionistischen Parteien palästinensische Mitglieder in ihren Reihen auf, die hochrangige Positionen, wie stellvertretender Außenminister und Agrarminister etc. besaßen. In den letzten Parlamentswahlen Anfang des Jahres 2001 traten palästinensische nationale Parteien auf, die den jüdischen Charakter des Staates ablehnen. Sie fordern einen „Staat für alle seine Bürger“. Sie begnügen sich nicht mit der Aufforderung zur sozialen Gleichberichtigung mit den jüdischen Bürger des Staates, wie es in den letzten 50 Jahren der Fall war. Sie fordern die offizielle Anerkennung der palästinensischen Minderheit als nationale Minderheit. Für diese Minderheit fordern sie sogar die kulturelle Autonomie.

Diese Emanzipation der politischen Elite hat Jahrzehnte gedauert. Es war nicht zuletzt auch mit dem Generationswechsel innerhalb der Elite verbunden. Im folgenden möchte ich die Entwicklungsphasen der politischen Orientierung und des politischen Bewusstseins der palästinensischen Minderheit kurz skizzieren.

3.1 Resignation und Militäradministration bis 1966

¹²⁷ Smooha, Sami, Die Orientierung und Politisierung der arabischen Minderheit in Israel, in: Flores, A.; Schlöch, A., a.a.O., S. 205.

¹²⁸ Vgl. Avishai Ehrlich, a.a.O. S. 114

Der Schock bei den Palästinensern war viel größer als man zuerst annahm. Innerhalb kurzer Zeit sind sie zu einer Minderheit im eigenen Land geworden. Die Infrastruktur ist zusammengebrochen. Ländereien, Werkstätten und Geschäfte sind enteignet oder zerstört worden. Fast vier Fünftel des Bodens ging in jüdischen Besitz über¹²⁹. Die Mehrzahl der gebildeten Palästinenser, zumeist Städter, floh 1948 oder wurde vertrieben. Fast die gesamte Schicht der Intelligenz fehlte daher 1948 in der Sozialstruktur der palästinensischen Minderheit. Das Bildungssystem, das sich während der Mandatszeit herausgebildet hatte, kollabierte und musste von nahezu Null wiederaufgebaut werden¹³⁰. Die politischen Organisationen blieben ohne Führung und wurden mit der Zeit Opfer zahlreicher Verbote und Notstandsregelungen. Am 21. Oktober 1948 verhängte die israelische Übergangsregierung das Kriegsrecht und stellte die Palästinenser unter Militärverwaltung bis 1966. Diese verfolgte das Ziel, die Bewegung der palästinensischen Minderheit zu kontrollieren und einzuschränken. Keinem Palästinenser war gestattet, ohne Erlaubnis des Militärgouverneurs des betreffenden Distrikts, seinen Wohnsitz zu verlassen. Das erwies sich als ein machtvolleres Kontrollinstrument, da es die Interaktion der Palästinenser untereinander extrem einschränkte. In den ersten Jahren war Galiläa zum Beispiel in über fünfzig Militärdistrikte aufgeteilt¹³¹. Zusätzlich zur Militärverwaltung hielt Israel auch an den Ausnahmeregelungen aus der britischen Mandatszeit fest, welche die Rechte der Einzelnen außer Kraft setzten. Zum Beispiel: „ Artikel 109 und 110 ermächtigten dazu, jedermanns Haus zu jeder Tages und Nachtstunden zu betreten; Artikel 119 ermächtigte den Militärkommandeur, ein Haus,

¹²⁹ Vgl. Walz, Viktoria; Zschiesche, Joachim, Die Erde habt ihr uns genommen, Dortmund 1986, S.10

¹³⁰ Avishai, Ehrlich, in Margret, Johannsen; Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost, Baden Baden, 1997, S. 113

¹³¹ Vgl I. Lustick, Arabs in the Jewish State, Austi 1980, S. 124

das unter seinem Verdacht steht, zu zerstören; Artikel 120 gibt das Recht zur Konfiszierung privaten Eigentums...“¹³²

Als die jüdische Gemeinschaft unter den grausamen Bestimmungen litt, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Briten sowohl gegen Palästinenser als auch gegen Juden angewandt wurden, beschrieb ein führender jüdischer Anwalt, der später israelischer Justizminister wurde, diese Bestimmungen als „ohne Parallele in irgendeinem zivilisierten Land; solche Gesetze gab es nicht einmal in Nazideutschland“¹³³

Nicht nur die Einengung und Einschränkung der Bewegungs- und Organisationsfreiheit hat die palästinensische Minderheit in ihrer natürlichen sozialen und politischen Entwicklung beeinträchtigt. Auch die wirtschaftliche Lage nach 1948 hat sich für die meisten Palästinenser, die in ihrer Heimat geblieben sind massiv, verschlechtert. Die aggressiven Landentziehungsmaßnahmen der Israelis waren ein machtvoll Instrument, um die Lebensgrundlage der Palästinenser zu zerstören. Eine zweite Ebene der Repression. Während des Krieges von 1948 nutzten viele Kibbuzim den Sieg ihrer Streitkräfte aus, indem sie das Land ihrer palästinensischen Nachbarn in Besitz nahmen.¹³⁴ Zwischen 1948 und 1953 wurden 370 neue jüdische Siedlungen errichtet, davon 350 auf als verlassen eingestuftem Land. Mindestens 62 500 Morgen des so eingestuften Landes waren faktisch im Besitz von Palästinensern, denen der Status der Abwesenheit gegeben wurde.¹³⁵ Im Jahre 1950 erließ Israel das Gesetz über Abwesenheit von Eigentum, demzufolge der Staat palästinensisches Land konfiszieren konnte, nicht nur das jener Palästinenser, die ihre Heimat während des Krieges verlassen hatten, sondern auch das Land derer, die geblieben waren, aber aus ihren Dörfern vertrieben wurden und Zuflucht bei Verwandten oder Bekannten in anderen Dörfern gefunden haben. Deshalb wurde es von den Arabern das abwesen-

¹³² A.M. Lilienthal, *The Zionist Connection: What Price Peace?* New York 1978, S.117

¹³³ A.a.O. S.118

¹³⁴ vgl. M. Menuhin, *The Decadence of Judaism in Our Time*, New York 1965, S. 194

de/anwesende Gesetz genannt, um so auf seinen paradoxen Charakter aufmerksam zu machen.¹³⁶

Die Palästinenser, die nach 1948 in Israel geblieben sind, waren eine besiegte Minderheit, die zum besiegten Volk gehören. Diese Tatsache machte sich insbesondere an der Einstellung der palästinensischen Minderheit zu sich selbst und zur Militäradministration bemerkbar. Ihre Bestrebung damals richtete sich nach Sicherheit und nicht nach Gleichberechtigung. Die Garantie dafür sahen sie in der „vernünftigen“ politischen Einstellung und der halbherzigen Integrationsversuche in die neue Gesellschaft. Sie suchten die Akzeptanz in den Staatsapparaten: Parlament, Gewerkschaft etc. Die israelische Antwort auf diese Haltung war sehr verschwommen. Der einzige Weg, Kontakt mit den Behörden aufzubauen war ausschließlich über die Sicherheitsorgane, und hier insbesondere der Innengeheimdienst „Schabak“, möglich. Diese Art der Kommunikation zwischen dem Staat und der palästinensischen Minderheit in Israel herrscht bis heute. Es ist ein Beweis für die eigenartige und merkwürdigen, zum Teil feindselige Haltung und Verhältnis des Staates Israel zu seinen palästinensischen Bürgern.¹³⁷

Die Zeit zwischen 1948 –1967, war für die palästinensische Minderheit eine Epoche der Isolation. Jeglicher persönlicher Kontakt mit der arabischen Welt war ihr untersagt. Der einzige Kontakt war über den Radiosender möglich. Die Impasse, in der sich die palästinensische Minderheit befand, zwang sie zu einer Gratwanderung zwischen der Zugehörigkeit zur arabischen Nation und den Wunsch, in Sicherheit in dem neuen Staat zu leben. Trotz der hohen Zahl an Stimmen, die die Palästinenser in den ersten Wahlen den verschiedenen zionistischen Parteien gegeben haben und trotz des „Gesetz der Angst“ das das Verhältnis zwischen der palästinensischen Minderheit und dem Staat geregelt hat, hat die Mehrheit der

¹³⁵ Vgl. Lustick a.a.O. S. 59

¹³⁶ Vgl. Lilienthal, a.a.O. S. 115

¹³⁷ Azmi Bishara, Die Araber in Israel, Center for arab unit Studies (CAUS), Beirut 2000, S.29 (arabisch)

Palästinenser die politischen Thesen des Nasserismus, die arabische Einheit und politische Emanzipation, Ende der 50er Jahre unterstützt.

Durch die langjährige militärische Gesetzgebung gaben die israelischen Behörden der palästinensischen Minderheit in Israel eindeutig zu verstehen, dass sie unerwünschte Bürger zweiter Klasse sind. Die Verdrängung der Palästinenser von ihrem Land hat wegen der Bedeutung des Bodens - als Symbol für Loyalität, Würde und Sicherheit - zur Stärkung des politischen Bewusstseins dieser Minderheit geführt. „Das Landproblem wurde zum Kristallisationskern der politischen Bewusstseinsbildung und des politischen Aktivismus.“¹³⁸ Dieser Aktivismus und die Verstärkung des Nasserismus in der arabischen Welt wurden in der Zeit von 1959 bis 1964 durch die Gründung der Al-Ard-Bewegung (zu deutsch: Land) gekennzeichnet. Diese Bewegung, die die erste organisierte nationale Bewegung innerhalb der palästinensischen Minderheit war, wurde rechtlich verfolgt und schließlich verboten.

Jeder Versuch politischer Organisation der palästinensischen Minderheit in Israel wurde sofort unterdrückt. Das politische Stillhalten und die scheinbare Fügsamkeit der Palästinenser waren für Außenstehende verwirrend. In einer Untersuchung über die Palästinenser fand Ian Lustick heraus: „Das Versagen der arabischen Minderheit in Israel, „sich zu organisieren“ und die bisher minimale Bedeutung der kommunalen Segmentierung der israelischen Gesellschaft für das Funktionieren und Stabilität des politischen Systems in Israel, sind auf das Bestehen eines hoch effektiven Kontrollsystems zurückzuführen, das 1948 zur Überwachung der israelischen Araber aufgebaut worden ist“.¹³⁹ Lustick betont sodann, das in Israel aufgebaute Kontrollsystem unterscheidet sich von der Apartheid dadurch, dass es im Rahmen der staatlichen Gesetzgebung nicht verankert sei. Im Gegenteil, Israels Unabhängigkeitserklärung betont die Gleichberichtigung aller seiner Bürger ohne Unterschiede der Religion,

¹³⁸ Schlöch, Alexander, Die historische Dimensionen und die aktuelle Bedeutung des Landproblems in Israel, in: Flores, A.; Schlöch, A. (Hg), a.a.O., S. 11-26, hier S. 17.

der Rasse und des Geschlechts. Obwohl diese Erklärung nicht im rechtlichen Sinne bindend ist, bestimmt sie angesichts des fortdauernden Fehlens einer Verfassung offensichtlich die juristische Auslegung des israelischen Gesetzes. Daher kann Israel behaupten, Palästinenser und Juden seien gleichberechtigt. Dessen ungeachtet hat der Staat Israel ein kompliziertes Kontrollsystem entwickelt, mittels dessen er die palästinensische Minderheit manipuliert und wirksam kontrolliert. Die drei Komponenten dieses Kontrollsystems heißen Segmentierung, Abhängigkeit und Kooptierung. Segmentierung bezieht sich auf die Isolierung der arabischen Minderheit von der jüdischen Bevölkerung und die innere Aufteilung der arabischen Minderheit. Abhängigkeit bezieht sich auf das den Arabern im Hinblick auf wirtschaftliche und politische Ressourcen aufgezwungene Angewiesensein auf die jüdische Mehrheit. Kooptierung meint die Praxis stillschweigender Zahlungen an arabische Eliten oder potenzielle Eliten zum Zwecke der Überwachung und des Entzugs von Ressourcen.¹⁴⁰

Am Ende dieser Periode waren die ernüchternden und deprimierenden Tatsachen ganz deutlich: Die Welt betrachtete das Palästinenserproblem als ein Flüchtlingsproblem. Die in Israel lebenden Palästinenser waren von ihren palästinensischen Landsleuten isoliert und hatten sich selbst dem Leben und dem Status einer Minderheit ergeben.¹⁴¹

Bis 1967 waren die Palästinenser in Israel hauptsächlich in drei politische Strömungen unterteilt: Diejenigen, die sich von dem arabischen Nationalismus und seiner zwei Ideologien - Nasserismus (Ägypten) und Baa'th (Syrien und Irak) - beeinflussen ließen. Diese Strömung wurde von den Israelis heftig bekämpft, ihre Anhängerschaft wurde verfolgt und ihre Organisationen wurden verboten wie im Fall der Al-Ard-Bewegung. Die zweite politische Kraft waren die Kommunisten. Und der dritte und stärks-

¹³⁹ Lustick, I., *Arabs in the Jewish State*, Austin 1980, S.24

¹⁴⁰ Lustick, a.a.O. S.25f und S.77

¹⁴¹ vgl. die detaillierte Untersuchung von E.T.Zureik, *The Paletinians in Israel*, London 1979

te politische Flügel waren die Anhänger der israelischen zionistischen Parteien und die arabischen Satellitenparteien, die mit ihnen eng verbunden waren. Es ist schwer im wissenschaftlichen Sinne bei dieser Gruppe von einer politischen organisierten Strömung zu sprechen, noch weniger von einer ideologisch motivierten politischen Kraft. Zutreffender wäre, sie als eine gesellschaftliche Strömung zu bezeichnen, die aus Sippen und Großfamilien und ihrer Vorsteher besteht. Diese Gruppe hat, wenn auch in immer schwächer werdender Form, ihren Einfluss innerhalb der palästinensischen Minderheit in Israel bis heute beibehalten.

3.2 Das Erwachen aus dem Schock bis 1982

Diese Periode erhielt ihren Ansporn paradoxerweise in Folge des Krieges von 1967. Dieser Krieg war ein Wendepunkt in der Geschichte des gesamten Nahen Ostens und ein wichtiges Ereignis für die politische und gesellschaftliche Entwicklung der palästinensischen Minderheit in Israel. Der Krieg von 1967, genannt auch der Sechs-Tage-Krieg, und seine Folgen bestimmen bis heute die Politik in der Region. Die Staaten des Nahen Ostens leben immer noch in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg von 1967. Denn bis heute geschah Nichts, weder im politischen noch im sozioökonomischen Sinne, das die Resultate des Krieges verschwinden ließ. Doch stellte sich heraus, dass aus dieser tragischen und demütigenden Niederlage, aus dem Tod Tausender von Araber und 700 israelischer Soldaten, neues Leben erwachte¹⁴². Bis Ende der 60er Jahre und insbesondere nach der Schlacht von El-Karameh¹⁴³, gab es eine Wieder-

¹⁴² Avnery, Uri; *Israel without Zionism*, S. 211; nicht in der deutschen Ausgabe

¹⁴³ El-Karameh ist eine kleine Stadt im Jordantal. Sie galt als Stützpunkt der palästinensischen Widerstandsbewegung. Am 22.3.68 wurde ein israelischer Angriff niedergeschlagen. Vgl. Hamdan, Yasmin, *Die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)*, in: Berstein, Hamdan, Schneider (Hg.): *Der Palästina-Konflikt. Geschichte, Perspektiven*, Bad Wörishofen 1983, S.214; vgl. auch Chaliband, Gerard, *Kann Israel noch besiegt werden? Oder die Kanonen kämpfen weiter*, Hamburg 1971, S. 62f.

geburt palästinensischen Bewusstseins und eine neue Hingabe an die Gerechtigkeit der arabischen Sache.

Inzwischen wurde die PLO von den Partisanen-Organisationen unter Führung der El-Fatah mit Yassir Arafat an der Spitze übernommen. Damit gehörte die Ära der Bevormundungspolitik und Abhängigkeit von der „ideologischen Hegemonie des Nasserismus“¹⁴⁴ und der arabischen Länder allmählich der Vergangenheit an. Statt dessen genossen die palästinensischen Organisationen unter dem Dachverband der PLO ein zunehmendes politisches und emotionales Prestige in der arabischen Welt.

Die palästinensische Minderheit in Israel hat sich mit der PLO und anderen Bevölkerungsgruppen des palästinensischen Volkes identifiziert. Diner schrieb: „Die Palästinenser in Israel, die bislang als Araber ohne besondere Kennzeichnung und Zugehörigkeit ihr Selbstbewusstsein und ihre Identität verloren, begannen sich in einem immer stärkeren Maße einem gemeinsamen palästinensischen Selbstverständnis anzunähern.“¹⁴⁵

Die palästinensischen Einwohner in Israel brachten ihre nationalen Gefühle, ihre Unterstützung für die PLO sowie ihre Sympathie für Abdull Nasser durch Demonstrationen, Streiks und öffentliche Erklärungen zum Ausdruck. Einige junge Palästinenser in Israel nahmen sogar an militärischen Aktionen der PLO teil. Viele palästinensische Intellektuelle, wie die ehemaligen Mitbegründer der Al-Ard-Bewegung (z.B. Sabri, Jiryis, Habib Kahawji und Mahmoud Darwisch), schlossen sich der PLO-Institution an.¹⁴⁶

Das Bittere der Machtlosigkeit und Frustration stärkte das Unbehagen sogar bei den so genannten „positiven Elementen“ der palästinensischen Bevölkerung, die sich in der israelischen Gesellschaft und den zionisti-

¹⁴⁴ Baugarten, Helga, Die palästinensische Nationalbewegung in der arabischen... S.523

¹⁴⁵ Diner, Keine Zukunft ..., a.a.O., S. 42.

¹⁴⁶ Rekhess, Elie, Israeli Arabs and the Arabs in the Westbank an Gaza: Political Affinity and National Solidarity, in Asian and African Studies 23,1989, S. 124f.; vgl. ders., The Israeli Arabs After 1967. A Sharpening of the Question of Orientation, Tel Aviv 1976,

schen Parteien völlig eingegliedert hatten. Sie zeigten Interesse für nationale Probleme und änderten ihre Zielsetzung. So sprachen sie z.B. von der „Wiederentdeckung der palästinensischen Identität“. Einige von ihnen forderten die Anerkennung der PLO als legitime Vertreter des palästinensischen Volkes sowie den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Besetzten Gebieten.¹⁴⁷

3.2.1 Der „Wiedervereinigungseffekt“ und die Identifikation mit der PLO

Als die Spannungsperiode nach dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 zum Ende kam, verstärkte sich ein anderes Moment für die drei palästinensischen Bevölkerungsgruppen, d.h. für die Palästinenser in Israel, die Bevölkerung in den Besetzten Gebieten und die Palästinenser im Exil: der „Wiedervereinigungseffekt“. Dies bezieht sich auf „ihre Identität, ihr politisches Bewusstsein und ihre nationalen Aspirationen“.¹⁴⁸ Diese Bevölkerungsgruppen, die bis 1967 isoliert voneinander lebten, konnten zum ersten Mal in vielfältige Kontakte miteinander treten. Es ergab sich die Möglichkeit, mit Verwandten und Freunden zusammenzutreffen. Viele Palästinenser in Israel gingen nicht länger in jüdische Städte, sondern wieder zur Westbank (z.B. Jenin, Nablus, Jerusalem) zum Einkaufen.¹⁴⁹ Durch die Wechselbeziehung der palästinensischen Araber in Israel zu anderen Teilen des palästinensischen Volkes kam es zu indirekten Kontakten auch zur PLO-Institution.¹⁵⁰ Über die Westbank erhielten sie politische und kulturelle Publikationen, die aus dem PLO-Forschungszentrum in Beirut stammten. In der neuen Generation von Palästinensern, die in Israel ohne jegliche politische Ausbildung und ohne Kenntnisse ihrer ei-

¹⁴⁷ Vgl. Rekhess, Elie, *Israeli Arabs and the Arabs...*a.a.O. S.124f

¹⁴⁸ Schölch, Alexander, *Zum Selbstverständnis ...*, a.a.O., S. 44

¹⁴⁹ Schölch, Alexander (Hg.), *Palestinian over the Green line* (arabische Ausgabe) Kairo 1986, S. 123ff., 213f.

¹⁵⁰ Rekhess, *Israeli Arabs and the Arabs ...*, a.a.O., S. 125ff.

genen Geschichte und Kultur aufgewachsen sind, fand die palästinensische Literatur ein starkes Echo.¹⁵¹ Demzufolge wuchs der reale politische Einfluss der PLO und der anderen Palästinenser auf die palästinensische Minderheit in Israel und führte zur Politisierung ihres Bewusstseins und zur Verstärkung ihres palästinensischen Zusammengehörigkeitsgefühls.¹⁵²

Bis 1967 verfolgten die Palästinenser in Israel im allgemeinen keine nationalen Ziele, ihre Forderungen zielten auf die materielle sowie sozialpolitische Gleichberechtigung mit den privilegierten jüdischen Israelis. Erst nach 1967 und mit der Entstehung der PLO verstärkte sich ihr Interesse für nationale politische Probleme und sie verliehen ihren innenpolitischen Aktivitäten einen nationalen Ausdruck.¹⁵³ Die Palästinenser in Israel, die bis dahin einen niedrigen Stellenwert im palästinensisch-israelischen Konflikt erhielten, „sind nicht länger ein relativ zu bewältigendes ‚Problem‘ der israelischen Innenpolitik; sie sind vielmehr zu einem wesentlichen Faktor im Gesamtkonflikt geworden“.¹⁵⁴

Die genannten Veränderungen der Situation führten auch zur Stärkung der palästinensisch-arabischen Elemente in der Identitätsstruktur der palästinensischen Minderheit in Israel und veränderten ihre politisch-gesellschaftlichen Einstellungen sowie ihre Einschätzung der Zukunftsperspektiven. Die Umfrage von Peres und Yuval-Davis zur Untersuchung der Verhältnisse zwischen der staatsbürgerlichen (israelischen) und der nationalen (arabisch-palästinensischen) Identität ergab, dass bis zum Juni 1967 eher die israelische Komponente vorherrschte. Nach dem Krieg zeigte eine vergleichende Untersuchung, daß die nationalen Elemente der Identität für diese Minderheit am wichtigsten waren, die israeli-

¹⁵¹ Schölch, A. (Hg.), *Palestinian over the Green ...*, a.a.O., S. 234f

¹⁵² Rekhess, *Israeli Arabs and the Arabs ...*, a.a.O., S. 126f.

¹⁵³ Flores, A., Schölch, A. (Hg.), *Palästinenser in Israel*, a.a.O., S. 7.

¹⁵⁴ ebd., S. 7.

sche rangierte dagegen als letzte.¹⁵⁵ Sie stellten auch fest, dass die Balance zwischen ziviler und nationaler Identität durch den Schock des Krieges und die Wiederaufnahme der familiären und sozialen Kontakte mit dem Rest der Palästinenser einen merklichen Wandel erfuhr.

Vor 1967 lag in der Balance von staatsbürgerlicher (israelischer) und nationaler (palästinensisch-arabischer) Identität der Schwerpunkt in höherem Maße auf der ersten, seit der Gründung der PLO und dem Krieg im Jahre 1967 verlagerte sich der Schwerpunkt mehr und mehr auf die nationale Komponente der Identität, besonders der palästinensischen.¹⁵⁶ Zusätzlich wurde auch ein „Entfremdungsschub“ enthüllt. Während 1966 noch 62% der befragten palästinensisch-arabischen Sekundarschüler sich eher in Israel als in einem arabischen Land daheim fühlen würden, entschieden sich 1967 nur noch 31% für Israel. 57% sagten, sie würden sich in einem arabischen Land zu Hause fühlen.¹⁵⁷

Dieses Entfremdungsgefühl und die Wandlung in den Selbstdefinitionen waren auch von einer Änderung ihrer politischen Zukunftsperspektiven begleitet. So wünschten sich 1966 noch 81% ein getrenntes, aber gleichberechtigtes Volk innerhalb des Staates Israel und nur 13% einen eigenen Staat. Ende 1967 sahen nur noch 53% ihre Zukunft innerhalb Israels. 17% befürworteten einen eigenen Staat und 19% sogar einen arabischen Staat auf dem gesamten Gebiet Palästinas.¹⁵⁸

Die weltweite Anerkennung der PLO sowie der Auftritt Arafats vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 22. November 1974 verstärkten das nationale Bewusstsein der Palästinenser in Israel und führten zur tiefen Identifizierung mit der PLO und den anderen Teilen des palästinensischen Volkes.¹⁵⁹ Die Ereignisse am „Tag des Bodens“ 1976,

¹⁵⁵ Peres; Yuval-Davis, *Beobachtungen ...*, a.a.O., S. 138; vgl. auch Hofman, S., *Arab Ethnic Identity ...*, a.a.O., S. 324.

¹⁵⁶ ebd., S. 173f.

¹⁵⁷ ebd., S. 139

¹⁵⁸ ebd., S. 139

¹⁵⁹ Jiryis, Sabri, *The Arabs in Israel 1973-1979*, in: JPS, Vol. 8, No. 4 (1979), S. 31, 34.

an dem auch Palästinenser aus den Besetzten Gebieten teilgenommen hatten, sind ein unbestrittenes Beispiel für die Verbundenheit und die gegenseitige Beeinflussung der beiden Gesellschaftssektoren.

Dieses Gefühl der Verbundenheit mit den palästinensischen Arabern auf der Westbank und im Gaza-Streifen zeigte sich deutlich im Juni 1980 nach der „Ausweisung patriotischer palästinensischer Persönlichkeiten aus den Besetzten Gebieten und die verbrecherischen Anschläge auf die Leben der Bürgermeister (Bassam Schaka, Karim Chalaf und Ibrahim Tawil) ...“.¹⁶⁰

In einem Dokument vom 6. Juni 1980 bekräftigten 100 Palästinenser in Israel den Zusammenhang des Kampfes der Palästinenser in Israel mit dem Kampf ihrer Brüder in den Besetzten Gebieten.¹⁶¹

Was die palästinensische Minderheit in Israel und die Palästinenser in den Besetzten Gebieten sowie im Exil vereinte, war und ist die Identifizierung mit einem „Palästinensertum“. Grundlage dieser Identifikation war und ist die gemeinsame kollektive Erfahrung der Repressalien, der Unterdrückung, Diskriminierung und des rechtlosen, abhängigen Daseins.¹⁶²

Politisch bewirkte das Gemeinsamkeitsschicksal auch die Kontakte der palästinensischen Minderheit in Israel mit den unterschiedlichen politischen Organisationen und Denkweisen auf der Westbank und im Gaza-Streifen. Die Kontakte nach 1973 intensivierten sich stärker als je zuvor und wurden institutionalisiert. Es wurden auch im Mai 1977 direkte Kontakte zu PLO-Prominenten aufgenommen.¹⁶³

Mit dem vierten Krieg 1973 und der zunehmenden Bedeutung der PLO war die palästinensische Frage, auch für die Palästinenser in Israel, in eine strategisch neue Epoche übergegangen. In eine der Solidarität für die Rückgewinnung der okkupierten Gebiete, für die nationale Unabhängigkeit.

¹⁶⁰ vgl. Das Dokument vom 6. Juni 1980, in: Flores, A., Schölch, A. (Hg.), a.a.O., S. 265.

¹⁶¹ ebd., S. 265.

¹⁶² Schölch, A. (Hg.), *Palestinian over the Green ...*, a.a.O., S. 180f.

¹⁶³ Rekhess, *Israeli Arabs and the Arabs ...*, a.a.O., S. 136ff.

gigkeit sowie der Errichtung eines nationalen, unabhängigen palästinensischen Staates als unmittelbar bestehende politische Aufgabe.¹⁶⁴

Bei der repräsentativen Erhebung von 1976 sprachen sich 87% der Befragten für eine Anerkennung der Rechte der Palästinenser als Nation aus, 75% für einen neben Israel bestehenden Palästina-Staat in Westbank und Gazastreifen, 85% waren für das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr und 59% wünschten, dass sich Israel auf die Grenzen der UNO-Teilungsresolution von 1947 zurückzieht.¹⁶⁵

Die politisch brisantesten Elemente der neuen Politik, die weitgehende Anerkennung der Palästinenser in Israel als nationale Minderheit, waren innenpolitisch nun denkbarer, weil sich in den 70er Jahren ein weiterhin generationsbedingter Meinungswandel in Bezug auf ihre nationale Identität vollzogen hatte.

Die Umfrageergebnisse vieler Untersuchungen zeigten deutlich, dass die nationale palästinensische Identität für die Palästinenser in Israel am wichtigsten war. So meinten beispielsweise 63% der Interviewpartner, dass der Begriff „Palästinenser“ sie gut charakterisiert.¹⁶⁶ Die Palästinensierung des Bewusstseins der palästinensischen Minderheit, wurde in vielen Untersuchungen dokumentiert und bestätigt.¹⁶⁷

Organisatorisch wurde diese schrittweise Umorientierung und Politisierung des nationalen Bewusstseins der palästinensischen Minderheit in Israel durch die Gründung neuer politischer Organisationen, die mit der bisherigen Kommunistischen Partei und ihrer Politik konkurrierten, repräsentiert.¹⁶⁸

Allen voran suchten die palästinensischen StudentInnen der israelischen Universitäten nach einem Weg aus der Resignation. Sie schlossen sich

¹⁶⁴ Smooha, Orientierung ..., a.a.O., S. 187ff.

¹⁶⁵ ebd., S. 190.

¹⁶⁶ vgl. Tessler, M., Israeli Arab and the Palestinian Problem, in: Middle East Journal, Vol. 3, No. 3 (1977), S. 313-329, hier S. 31.

¹⁶⁷ vgl. z.B. Meári, Identity of Arab Academics in Israel, Jerusalem 1978, S. 56; vgl. auch

¹⁶⁸ Hegazi, awad, Zionismus und palästinensische Araber, Bremen 1983, S.121

zusammen und gründeten politische Bewegungen, die den Kern der heutigen Parteien im palästinensischen Sektor bilden.¹⁶⁹

Die erste Gruppe wurde bereits im Jahre 1972 in Um-Al-Fahem (eine palästinensisch-arabische Stadt in Israel) unter dem Namen „Söhne des Dorfes“ als Wahlliste auf kommunaler Ebene gegründet.¹⁷⁰ Ausgehend von Um-Al-Fahem bildeten sich im Rahmen der neu gegründeten Bewegung neue Organisationen in vielen anderen Dörfern und Städten, manchmal getarnt unter anderen Namen. Dazu gehörten z.B. die Al-Ansar-Gruppe und die Al-Nahda-Gruppe.¹⁷¹

Als der ehemalige ägyptische Präsident Anwar El Sadat seine Friedensinitiative angekündigt hatte und Jerusalem im November 1977 besuchte, verstärkte sich der politische Aktivismus, vor allem bei den jungen Intellektuellen. Das führte im Jahre 1979 zur Gründung einer anderen politischen Gruppe: der „Nationalen Progressiven Bewegung“ (National Progressive Movement, NPM). Diese Bewegung wurde hauptsächlich von palästinensischen StudentInnen in Israel unterstützt.¹⁷² Alle Gruppierungen standen einander sehr nahe und vertraten fast dieselben Meinungen, zumindest was die Palästinafrage betraf. Sie lehnten das „Camp David Abkommen“¹⁷³ kategorisch ab und forderten die Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates unter Führung der PLO. Außerdem lehnen sie bis heute den jüdisch-zionistischen Charakter des Staates Israel ab und stellen seine Legitimität und sein Existenzrecht in Frage.¹⁷⁴

Die Renaissance des palästinensischen Bewusstseins entsprang auch dem Kreis der alten Elite (positive Elemente), die durch ihre Kooperation

¹⁶⁹ vgl. Mouhamed, Jibril et. al., *The Palestinian of 1948. Continued Struggle 1948-1988*, Jerusalem 1990, S. 96f.

¹⁷⁰ vgl. ebd., S. 128f.; vgl. auch Hegazi, a.a.O., S. 121.

¹⁷¹ vgl. Ginat, Joseph, *Israeli Arabs, Some Recent ...*, a.a.O., S. 187f.

¹⁷² vgl. Mouhamed, Jibril, a.a.O., S. 96f.

¹⁷³ Am 26. März 1979 wurde zwischen Israel und Ägypten ein Friedensvertrag, bekannt als „Camp David Abkommen“, abgeschlossen. Vgl. dazu Schreiber, Wolffsohn, a.a.O., S. 257ff.; vgl. auch Augustin Ebba, a.a.O., S. 354-365.

mit den Behörden an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung verloren hatte. Vielen von ihnen gelang es, sich dem lähmenden Einfluss der israelischen Politik zu entziehen und sich stärker als je zuvor als palästinensische Araber in Israel zu bezeichnen. Auch sie fordern heute die Anerkennung der PLO und die Errichtung eines palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gazastreifen.¹⁷⁵ Diese Organisationen brachten ihre Unterstützung für die PLO und ihren Patriotismus auch durch Geheimschriften und Briefe, die der palästinensischen Führung zugeteilt wurden, zum Ausdruck.

Die wichtigsten Zeichen der Unterstützung für die PLO war die Solidaritätserklärung palästinensischer StudentInnen in Israel (Mitglieder der Nationalen Progressiven Bewegung), die im Januar 1979 an die 14. Sitzung des palästinensischen Nationalrates in Damaskus gerichtet war.¹⁷⁶

Das zunehmende politische Bewusstsein der Palästinenser in Israel wird auch durch ihre Wahlbeteiligung und ihr Wahlverhalten wiedergespiegelt. Diese Tendenz war mit der Steigerung der Stimmabgabe für die Kommunistische Partei und der neu gegründeten Bewegungen sowie mit der Abnahme der Stimmen für die zionistischen Parteien verbunden. In der 9. Knessetwahl im Jahre 1977 erhielt die „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit“¹⁷⁷ ca. 50% der palästinensischen Stimmen im Vergleich zu ca. 39% in der 8. Knessetwahl im Jahre 1973. Die Prozentzahl der Stimmen für zionistische Parteien war von 50% auf ca. 31% gesunken. Auch die „Söhne des Dorfes“ erzielten bei den Kommunalwahlen im Jahre 1978 beachtliche Erfolge.¹⁷⁸

¹⁷⁴ vgl. Hegazi, a.a.O., S. 122; Ginat, Israeli Arabs, Some Recent ..., a.a.O., S. 187f.; vgl. auch Smooha, Arabs and Jews ..., a.a.O., S. 50f.

¹⁷⁵ vgl. Rekhess, Israeli Arabs and the Arabs ..., a.a.O., S. 132.

¹⁷⁶ mehr dazu vgl. Flores, Alexander, Zu neuen politischen ..., a.a.O., S. 262f.

¹⁷⁷ Am 1.3.1977 schlossen sich die nationalen Kräfte, Schwarze Panther (orientalische Juden), Kommunistische Partei, Drusisches Initiativkomitee, Vertreter des Komitees der arabischen StudentInnen sowie Vorsitzende der palästinensisch-arabischen Nationalverwaltung zusammen und gründeten die „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit“ (Democratic Front for Peace and Equality) DFPE. Vgl. dazu Hegazi, a.a.O., S. 129.

¹⁷⁸ vgl. Hegazi, a.a.O., S. 126ff.; vgl. auch Smooha, Arabs and Jews ..., a.a.O., S. 216f.

3.2.2 Tag des Bodens: Ein Wendepunkt

Die demographische Entwicklung der palästinensischen Minderheit in Israel und ihre Konzentration an bestimmten Orten, wo sie der jüdischen Bevölkerung gegenüber Mehrheitscharakter annahm, wurde von den israelischen Behörden als „demographische Gefahr“ und als Bedrohung des jüdischen Nationalstaates gesehen.¹⁷⁹ So richteten sich die Pläne des zionistischen Staates in den 70er Jahren wieder auf die Judaisierung des Restes des palästinensischen Bodens, vor allem auf den Norden des Landes (Galiläa),¹⁸⁰ wo die Palästinenser einen Mehrheitscharakter annahmen.

Bis Dezember 1994 betrug der Anteil der palästinensischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Galiläas 50,5%. Von der gesamten palästinensischen Bevölkerung Israels lebten hier ca. 56%.¹⁸¹

Vermehrte Einwanderung von Juden, der Bau neuer Siedlungen auf palästinensischem Boden und die Erhöhung der Geburtenrate sowie die kinderreichen jüdischen Familien in Israel sollen bis heute für die Änderung der Bevölkerungsstruktur zugunsten der jüdischen Bevölkerung sowie für die Ausgrenzung der palästinensischen Minderheit durch Beibehaltung der Trennung der Wohngebiete sorgen.

Die kontinuierliche geographische Einengung der palästinensischen Wohndistrikte durch Landkonfiszierung und die bestehende soziale und nationale Ungleichheit bewirkten eine Tendenz zur Politisierung und Nationalisierung der palästinensischen Minderheit in Israel. In diesem Zusammenhang verkörpert sich der politische Aktivismus in der Gründung des „Nationalen Komitees zur Verteidigung des arabischen Bodens in

¹⁷⁹ vgl. Shipler, K. David, *Arabs and Jews*, New York 1986, S. 443.

¹⁸⁰ vgl. Hegazi, a.a.O., S. 53-58; vgl. auch Jwad, Said, *Die palästinensische Nationalerwachung in Westbank, Gaza-Streifen und Galiäa 1974-1978*, Beirut 1979, S. 146ff., 185ff.

¹⁸¹ vgl. *Statistical Abstract of Israel* (Jerusalem 1995), S. 55.

Israel“, das bis heute die Protestaktionen im Zusammenhang mit der Frage des Bodens organisiert.¹⁸²

Am 30.3.1976 fand ein Streik statt, an dem sich die gesamte palästinensische Bevölkerung in Israel beteiligte, ihnen schlossen sich die Palästinenser in den Besetzten Gebieten mit einem Generalstreik an. Palästinensische Jugendliche blockierten Straßen und warfen Steine auf israelische Soldaten. Am Ende jenes Tages waren sieben Palästinenser getötet und scharenweise Menschen auf beiden Seiten verwundet.¹⁸³ „Der Erfolg des Streiks verstärkte den Widerstand und das nationale Bewusstsein der palästinensischen Araber“¹⁸⁴ in Israel. Gleichzeitig sorgte er für Beunruhigung in den israelischen Reihen vor zukünftigen Aktionen, die umfangreicher und härter sein könnten.¹⁸⁵ Demzufolge betonten die israelischen Behörden den Charakter des Staates Israel als Staat der Juden mit einer arabischen Minderheit.¹⁸⁶

Ein paar Monate später war die palästinensische Minderheit noch stärker betroffen, als ein geheimes Memorandum publik wurde, das von Israel König, einem Mitglied der Nationalreligiösen Partei, vom Chefarabisten des Innenministeriums und vom Bezirksbevollmächtigten für Galiläa geschrieben worden war. Königs Memorandum „Über die Behandlung der Araber in Israel“ nannte eine Reihe Besorgnis erregender demographischer, politischer und wirtschaftlicher Trends innerhalb des palästinensischen Sektors. Um der wachsenden Woge des Patriotismus unter den Palästinensern entgegenzutreten, schlug er vor, die palästinensische Bevölkerung zu reduzieren und zwar durch Maßnahmen, wie die Begren-

¹⁸² Im Protest gegen die andauernde Enteignung des Bodens wurde am 18. Oktober 1975 in Nazareth „zum nationalen Kongress zur Verteidigung des arabischen Bodens in Israel“ aufgerufen. Dieser Kongress wählte das oben genannte Komitee. Vgl. dazu Das Nationale Komitee zur Verteidigung des arabischen Bodens (Hg.), Das Schwarze Buch, 30.3.1976. Haifa 1976, S. 152ff.

¹⁸³ Vgl. Lilienthal, a.a.O. 125.

¹⁸⁴ Hegazi, a.a.O., S. 57

¹⁸⁵ vgl. Kahwaji, Habib, Die Araber im besetzten Palästina seit 1948, Damaskus 1976, S. 178.

¹⁸⁶ ebd., S. 186.

zung der Arbeitsmöglichkeiten auf 20% der verfügbaren Stellen, wie die Beschränkung der Universitätsstudierenden, die Begrenzung der Fachwahl, die Erleichterung des Auslandsstudiums bei gleichzeitiger Verhinderung von Rückkehr und Anstellung. Im Kern befürwortet er die Anwendung „durchgreifender Maßnahmen auf allen Ebenen“.¹⁸⁷

Zusätzlich sollen palästinensische Anführer und politische Aktivisten, die „mutmaßliche Unruhestifter“ seien, durch gemäßigtere Führer ersetzt werden.¹⁸⁸

Infolge dieses Memorandums wurden mehrere Pläne im Bereich der ländlichen Besiedlung und Landenteignung erstellt. Der Aufbau neuer Städte sollte die Veränderung der demographischen Strukturen sowie die Isolierung und intensive Kontrolle der palästinensischen Gemeinden durchsetzen. Die neuen Siedlungen wurden deshalb „Aufsichtspunkte“ genannt.¹⁸⁹

Die Beschlagnahmepraxis dauert bis heute an und konzentriert sich vor allem auf die Umgebung von Nazareth. So genannte „Entwicklungsbedürfnisse“ oder die „Entwicklung Galiläas“ ließen die Besiedlung von palästinensischen Gebieten notwendig erscheinen. Schon während des Golfkrieges im Januar/Februar 1991 nahmen die Enteignungen sprunghaft zu, insbesondere nach der neuerlichen Massenimmigration der Juden aus Russland.¹⁹⁰

Hinzu kam die Errichtung von 20 neuen Siedlungen in der Umgebung von Nazareth, Dreieck und Negev.¹⁹¹

¹⁸⁷ Vgl. Lilienthal a.a.O. 124; auch vgl. Lustick a.a.O. 68f

¹⁸⁸ vgl. Koenig Report. Top Secret. A Proposal for the Treatment of the Arabs of Israel, in: JPS, Vol. 6, No. 1 (1976), S. 190-200.

¹⁸⁹ Im Zuge der „Judaisierung Galiläas“ sind seit 1977, als Kern künftiger jüdischer Siedlungen, siebzig sog. Aufsichtspunkte (Mitzpin) errichtet worden. Vgl. dazu Jerusalem Post (15.-21.3.1981).

¹⁹⁰ Am 14. Februar 1991 wurden z.B. Ländereien in Reineh, Mashad, Kufrkana, Einmahel und Nazareth konfisziert. Vgl. dazu International Co-Ordinating Committee for NGO's on the Question of Palestine (I.C.C.P.), News Letter Nr. 38 (15. November 1991), Geneva, S. 11ff.; vgl. auch Dar-Al-Sharara (Hg.), a.a.O., S. 11-25.

¹⁹¹ vgl. Dar-Al-Sharara (Hg.), a.a.O., S. 4f.

Nach einer der letzten Planungen in der Region von Araba, Sachnin und Deir Hanna sollen 183.000 Quadratmeter enteignet werden. Erklärtes Ziel dieser Planung ist – wie üblich – die Entwicklung der Region. Verdecktes Ziel ist, die Besiedlungsräume für die Einwanderer zu schaffen, Parks sowie Erholungs- und Sportflächen zu errichten.¹⁹²

Bei der Änderung der Besitzverhältnisse zugunsten der jüdischen Siedler werden heute andere Maßnahmen ergriffen. So wurden beispielsweise Straßen so angelegt, dass nur palästinensischer Boden zu diesem Zweck enteignet werden konnte. Die sog. Straße Nr. 9, die ganz Israel von Norden bis Süden durchquert, ist ein treffendes Beispiel.

Die erzwungene Trennung der Palästinenser von ihrem Boden führte zur Politisierung der palästinensischen Minderheit in Israel, und das Land wurde zum wichtigsten Symbol kollektiver Identität.

So wurde der Boden zum Vehikel der Selbstbehauptung und der Verbleib im Lande zum Symbol der nationalen Loyalität.¹⁹³ Daher ist es erklärbar, warum die Patrioten in den Jahren 1959 bis 1964 ihre Organisation Al-Ard (Der Boden) benannt hatten. Es ist auch unbestritten, dass die Mehrheit der Palästinenser in Israel das Komitee zur Verteidigung des arabischen Bodens für die beste Organisation zur Verteidigung ihrer Interessen hielt.¹⁹⁴ Darüber hinaus ist klar geworden, weshalb sie den Tag des Bodens seit 1976 jährlich als Tag des Widerstandes begehen. Der Tag des Bodens „wurde auf der politischen Ebene zum Symbol der Einheit“¹⁹⁵ und der „kollektiven Erinnerung“ aller Palästinenser.¹⁹⁶

Israels Politiker waren sich immer darüber uneinig, wie mit der palästinensischen Minderheit in Israel zu verfahren sei. Einige haben sich für einen relativ positiven, integrativen Umgang ausgesprochen; andere ha-

¹⁹² vgl. Al-Manar, November 1995.

¹⁹³ vgl. Suleiman, Dagasch, *Meine Identität: das Land*, Akko 1973, S. 5.

¹⁹⁴ vgl. Smooha, *Arabs and Jews in Israel*, a.a.O., S. 123.

¹⁹⁵ vgl. Schölch, A., *Zum Selbstverständnis und zu den politischen Bestrebungen der Palästina-Araber seit 1967*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 29, Bd. 50 (1979), S. 39.

ben für schärfere und strengere Methoden votiert. Tatsache ist, dass es seit 1969 unter den Palästinensern in Israel ein erwachendes Selbstbewusstsein gibt, das sehr linear mit den regionalen Ereignissen verbunden ist. Dieses kann man *Palästinensierung* der Araber in Israel bezeichnen. Die Palästinenser in Israel haben ihre Wurzeln wieder entdeckt und wiederbelebt.

Diese neue Bewusstwerdung der palästinensischen Minderheit in Israel hat in den 80er Jahren ständig zugenommen. Israels Invasion im Südbanon schmiedete die Palästinenser, trotz der militärischen Niederlage der PLO, überall zusammen und steigerte ihr Bewusstsein.

Der Vernichtungsanschlag zog auch praktische politische Folgen für die palästinensische Minderheit in Israel nach sich. Sie fürchteten, dass ihr Anspruch auf Anerkennung ihres Status als nationale Minderheit mit der militärischen Niederlage der PLO niemals erhoben werde. Dies bedeutete, dass sie ihre nationale Identität und ihre Zielsetzung als gleichberechtigte Staatsbürger aufgeben mussten. Dabei wird auch deutlich, dass es unter Umständen auch zu ihrer Vertreibung kommen könnte, denn der Gedanke eines „Transfers der Palästinenser aus Israel“ wurde in den 80er Jahren verstärkt und öffentlich geäußert. Nach den Umfragen von Smooha betrachteten 22% der jüdischen Interviewpartner die Entfernung oder Vertreibung der palästinensischen Araber aus Israel als Lösung für die Palästinafrage.¹⁹⁷

Am 17. September 1982, nachdem die palästinensischen Kämpfer den Libanon verlassen hatten, überfielen christliche Falangisten, unterstützt von den israelischen Streitkräften, die palästinensischen Flüchtlingslager Zabra und Shatila und richteten ein Blutbad an.¹⁹⁸ Das Massaker hat die

¹⁹⁶ Rekhess, Elie, Israeli Arabs and the Arabs of the Westbank and Gaza, in: Journal of Asian and African Studies, Vol. 23, No. 2-3 (1989), S. 138.

¹⁹⁷ vgl. Smooha, Arabs and Jews ..., Vol. 2, S. 188f.; vgl. auch ders., A Typology of Jewish Orientation towards the Arab Minority, in: Asian and African Studies, Vol. 23, No. 2-3 (1989), S. 176.

¹⁹⁸ „Vom Abend des 16. September bis zum 17. September erlaubte die israelische Armee, die die Lager abgeriegelt hatte, der Phalangen-Miliz, Zivilisten brutal zu ermorden, zu vergewal-

Palästinenser, einschließlich der in Israel lebenden, zurück in alte traumatische Ereignisse versetzt und führte zur Retraumatisierung ihres Bewusstseins. Wirksame Vergangenheit, wie das Nakba-Trauma im Jahre 1948, Deir-Yassin Blutbad, Kufur Kassem Massaker 1956, Schwarzer September 1970, Tel-Asater im Libanon 1976, wird durch die Gegenwart (Zabra und Shatila) verstärkt. Alle diese Ereignisse haben für die Palästinenser die gleiche Bedeutung: Machtlosigkeit, Verfolgung und Einsamkeit.¹⁹⁹

Alle Spekulationen der israelischen Regierung, dass die militärische Niederlage der PLO auch eine Niederlage für die Nationalbewegung in den Besetzten Gebieten wie auch eine Schwächung der Widerstandsfähigkeit der Palästinenser in Israel bedeuten könnte, haben sich als Fehlkalkulationen erwiesen.

Die Retraumatisierung der Ereignisse führte dazu, dass die Palästinenser in Israel Selbstabwehrmechanismen entwickelten, um physisch wie auch politisch und gesellschaftlich mit dieser Wiederaufnahme des Trauerspiels fertig zu werden. Sie brachten ihren Zorn und Wut durch Protestaktionen, Demonstrationen, Gedenkfeiern, Hissen der palästinensischen Fahne sowie durch starke Identifizierung mit der PLO und anderen Teilen des palästinensischen Volkes zum Ausdruck. So stieg z.B. die Prozentzahl der Palästinenser, die in der PLO ihre Vertreterin sahen von ca. 49% im Jahre 1980 auf 66% im Jahre 1985.²⁰⁰

Außerdem förderte die Ermordung vieler Zivilisten und die militärische Invasion der Israelis im Libanon bei der palästinensischen Bevölkerung ein Misstrauen gegen Israel und führte zur Verschlechterung der sozialpolitischen Verhältnisse zwischen Juden und Palästinensern in Israel.²⁰¹

tigen und zu verstümmeln. Die Zahl der gefundenen Toten betrug 328. 991 Bewohner der Flüchtlingslager wurden vermißt.“ Schreiber; Wolffsohn, Nahost ..., a.a.O., S. 40f.

¹⁹⁹ Wolffsohn, Israel ..., a.a.O., S. 40f.

²⁰⁰ vgl. Smootha, Arabs and Jews ..., a.a.O., S. 120; vgl. auch Rekhess, Israeli Arabs and the Arabs ..., a.a.O., S. 141ff.

²⁰¹ vgl. Smootha, Arabs and Jews ..., a.a.O., 208.

Auch in Bezug auf ihre nationale Identität hat sich ein Wandel ergeben. Während sich im Jahre 1976 nur 46% der Palästinenser in Israel als Palästinenser bezeichneten, waren es 1985 68%.²⁰² Nach einer Untersuchung von Rouhana im Jahre 1984 fühlten sich 70% der Befragten als palästinensische Araber, nur 7% sahen sich als Israelis.²⁰³

Das politische Bewusstsein und die Unzufriedenheit mit der israelischen Politik fanden ihren Niederschlag auch in der Gründung neuer politischer Parteien, in der Änderung ihrer politischen Einstellung und ihres Wahlverhaltens.

Die Gründung der „Progressiven Bewegung für Frieden“²⁰⁴ im Jahre 1983 in Nazareth sowie der „Islamischen Bewegung“ sind zweifellos ein Meilenstein und Beginn einer neuen Epoche in der politischen Partizipation der palästinensischen Minderheit in Israel.

Die starke Identifizierung der palästinensischen Minderheit mit und auf politischer Ebene intensivierte sich mehr und fand erneut ihren Ausdruck in der hohen Beteiligung bei den Wahlen. So stieg die Wahlbeteiligung bei den Knessetwahlen von 68% im Jahre 1981 auf 77% im Jahre 1984. Es kam auch zur Abwanderung großer Wählermassen von zionistischen Parteien zur Kommunistischen Partei und der Progressiven Liste für Frieden.²⁰⁵

Der Einfluss der regionalen Konflikte auf das nationale Bewusstsein sowie die politische Orientierung reicht bis in die Gegenwart und ist während der ersten Intifada von 1987 und der zweiten vom September 2001 erheblich verstärkt worden.

²⁰² ebd., S. 78.

²⁰³ Rouhana, Nadim, *The Arabs in Israel. Psychological, Political and Social Dimensions of Collective Identity*, Detroit, M.N. 1984;, S. 168.

²⁰⁴ Im Jahre 1983 trennte sich eine Gruppe nicht kommunistischer, palästinensisch-arabischer Akademiker in Nazareth von der Israelischen Kommunistischen Partei (ICP) sowie von ihrer Front (DFPE) und gründeten die „Progressive Bewegung für Frieden“ (Progressive Movement for Peace, PMP). Mit jüdischen Bürgern, wie z.B. Uri Avnery, schlossen sie sich 1984 zur „Progressiven Liste für Frieden“ (Progressive List for Peace, PLP) zusammen, die bei der Knesset-Wahl 1984 zwei Sitze erhielt. Vgl. Mouhamed, Jibril, a.a.O., S. 133ff.

²⁰⁵ vgl. Smooha, *Arabs and Jews ...*, a.a.O., S. 216ff.

3.3 Zurück zu den Wurzeln - Palästinensierung Kontra Israelisierung

Die Wahlbeteiligung und Abstimmungsergebnisse der palästinensischen Minderheit haben 1988 einen Wendepunkt erreicht. Die so genannten „Sattelitenparteien“ verschwanden von der politischen Landschaft, die Abwanderung der Wähler von den zionistischen Parteien ist deutlicher geworden. Die Gründung neuer palästinensischer Parteien mit einem neuen Typ der politischen Elite an der Spitze hat die politische Partizipation der Palästinenser in Israel in anderes Licht gerückt.

1988 bildete der Abgeordnete Darawshe durch Abspaltung von der Arbeiterpartei die erste von zionistischen „Mutter“-Parteien unabhängige, ausschließlich arabische Partei in der Geschichte Israels, die Arabische Demokratische Partei (ADP). Bis dahin hatte man befürchtet, dass exklusive palästinensische Parteien, die keine Satellitenparteien waren, illegalisiert werden würden. Die ADP durchbrach diese Barriere und machte den Weg frei für die Gründung neuer palästinensischer politischer Bewegungen wie die „Altajamua Alwatanie“ (Die Patriotische Ansammlung), ein Zusammenschluss mehrerer palästinensischer politischer Bewegungen und Persönlichkeiten. Dieser politische Block stellt sogar die jüdische Identität des Staates Israel in Frage und förderte eine kulturelle Autonomie für die palästinensischen Minderheit in Israel. Die Führung der Ansammlung lässt keine Gelegenheit aus, um ihre palästinensische patriotische Haltung und ihre arabische nationale Identität zu betonen.

Politik und Sozialwissenschaftler in Israel sind sich uneins über die Bedeutung dieser Veränderungen unter den Palästinensern in Israel. Einige betrachten sie mit Sorge als einen Prozess der „Palästinensierung“, an-

dere als ein positives Anzeichen der Integration oder „Israelisierung“: Die arabischen Bürger Israels seien politisch gereift, sie sähen sich als Teil der israelischen Gesellschaft und seien nicht länger willens, sich mit einer zweitklassigen Staatsangehörigkeit zufrieden zu geben²⁰⁶

3.3.1 Die Intifada - ein Meilenstein in der Palästinensierung des politischen Bewusstseins

„Wir sind ein Teil der Intifada, aber wir werden nicht zur Gewalt greifen, sondern den demokratischen Weg in Israel gehen, um unsere Ziele zu erreichen“²⁰⁷. So erklärten zahlreiche politische Führer der palästinensischen Minderheit in Israel ihr Verhältnis zur Intifada.

Die Intifada hat die Gefühle der Araber in Israel mehr als jede Krise seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 aufgewühlt. Sie konnten und sie wollten nicht unbeteiligt zusehen, was mit ihren Brüdern in den Besetzten Gebieten geschieht. Auf der einen Seite waren sie wütend und betroffen von den Bildern der Ermordeten und Verletzten, auf der anderen Seite waren sie stolz über den Mut ihrer Brüder und die Standhaftigkeit mit der sie der israelischen Armee gegenüber stehen.²⁰⁸

Mit dem Ausbruch des Aufstandes der Palästinenser am 7. Dezember 1987 in den von Israel seit 1967 Besetzten Gebieten hat sich im Bewusstsein der palästinensischen Minderheit in Israel ein deutlich wahrnehmbarer Wandel vollzogen. Akzentuiert durch den Golfkrieg im Januar 1991, haben sich das Selbstwertgefühl, Hoffnung in die Zukunft sowie Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl mit der palästinensischen Bevölkerung auf der Westbank und im Gazastreifen massiv verstärkt. Daraufhin betrachten sich die Palästinenser in Israel intensiver als vor

²⁰⁶ Avishai Ehrlich in Margret, Johannsen und Claudia Schmid (Hrsg), Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost; S. 116, Baden-Baden, 1997

²⁰⁷ Zitat nach Z. Shif und I. Yiari, Intifada, Tel Aviv 1990, S. 237; arabische Ausgabe

²⁰⁸ ebd.

der Intifada als Teil des palästinensischen Volkes und setzen sich für die Gründung eines palästinensischen Staates ein.²⁰⁹

Die Identifikation mit der Intifada und ihren politischen Zielen, bzw. die Bestätigung der nationalen Zugehörigkeit und das immer deutlich werdender politische Bewusstsein der palästinensischen Minderheit in Israel kann man an zahlreichen Beispielen vorführen. Am 21. Dezember 1987, schon zwei Wochen nach dem Ausbruch der Intifada, kam es zu einem Generalstreik im palästinensischen Sektor in Israel. Dieses Ereignis hat eine doppelte Bedeutung. Zum einen artikulierte die palästinensische Bevölkerung in Israel ihren Zorn und Missbilligung des jüdisch-israelischen Staates. Zum anderen wurde an diesem Tag ihre Solidarität mit der Intifada und ihren Zielen demonstriert.²¹⁰ Die Unterstützung der Intifada reichte von dem Besuch der palästinensischen Knesset- Abgeordneten bei den politischen Häftlingen aus den Besetzten Gebieten und der Teilnahme einiger Abgeordneter an Solidaritätsveranstaltungen im In- und Ausland bis hin zur logistischen Hilfe bei der Druckherstellung der Aufrufe und der Bereitstellung von Telekommunikationsmöglichkeiten, nachdem die Israelis der Vereinigten Führung der Intifada diese Möglichkeiten zerstörte.²¹¹

Die Bewusstseinsverstärkung und der Palästinensierungsprozess wurde durch zahlreiche soziologische und politische Untersuchungen festgestellt. Die Umfrageergebnisse von Smooha im Jahre 1988 belegen, dass die nationale (arabische und palästinensische) Komponente der Identität im Bewusstsein der palästinensischen Minderheit in Israel das Übergewicht behält. Für 88% der Befragten ist die arabische Identität wichtig, und für 87% die palästinensische.²¹²

²⁰⁹ vgl. Dar-Al-Sharara (Hg.), Arabische Bevölkerung in Israel. Im Schatten des Golfkrieges und der Intifada, Jerusalem 1991, S. 19.

²¹⁰ Rekhess, Israeli Arabs and the Arabs ..., a.a.O., S. 149.

²¹¹ Vgl. a.a.O. Z. Shif und I. Yiari, Intifada, S. 238f.

²¹² vgl. Smooha, Arabs and Jews ..., a.a.O., S. 77; vgl. auch Meári, Die religiöse Identität ..., a.a.O., S. 69f.

Mit der Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Intifada, daraufhin der Zunahme der internationalen Kritik an der israelischen Regierung, steigerte sich bei den Palästinensern in Israel das Selbstwertgefühl und vertieften sich Solidarität und Mitleidsgefühl mit den Palästinensern auf der Westbank und im Gazastreifen. So erklärte Tarik Abdel-Hei, der Bürgermeister von Tira (eine palästinensische Stadt in Israel): „Wenn ein Mann in Tulkarm stirbt, Tira ist also in Trauer.“²¹³

Für Israel brachte die Intifada Verwirrung in die Reihen seines Volkes wie seiner Regierung. Sie wurden überrascht. Die israelische Führung hatte die arabische Mentalität sorgfältig studiert; sie ging davon aus, dass sie genau wusste, wie mit ihnen umzugehen sei und wie sie unter Kontrolle zu halten seien. Der Aufstand machte einen Strich durch all diese Vorkehrungen. Das langfunktionierende Kontrollsystem, das sich in der Vergangenheit als so erfolgreich erwiesen hatte, war nun gescheitert. Die Palästinenser in Israel haben große Einheit und Solidarität gezeigt. Die von der israelischen Politik bewerkstelligte geographische Segmentierung hat sich als unfähig erwiesen, ihre hohe Moral zu unterdrücken. Ihr geistiger Sinn für Identität hat die physischen Grenzen der Westbank und des Gazastreifens überschritten und ist weit darüber hinaus gegangen.²¹⁴

Die zunehmende Unzufriedenheit der palästinensischen Minderheit in Israel mit den brutalen Maßnahmen gegen die Intifada sorgte auch für eine Änderung der politischen Orientierung vieler Palästinenser, die in den zionistischen Parteien aktiv sind. Ein besonderes Ereignis verzeichnete der Austritt des Knesset-Abgeordneten Abd-al-Wahab Darawscha aus der Israelischen Arbeiterpartei (IAP) und die Gründung einer rein arabischen Partei: „Die Arabische Demokratische Partei“ (ADP). Bei den Wahlen von November 1988 errang sie ein Mandat und bei den letzten Knessetwahlen im Juni 1992 zwei Mandate.²¹⁵ Ein Jahr später, im No-

²¹³ zitiert nach Rekhess, *Israeli Arabs and the Arabs ...*, a.a.O., S. 148.

²¹⁴ Vgl. Naim, S. Ateek, *Rechts nicht als Rechts..*; a.a.O. S. 72f.

²¹⁵ vgl. *Jerusalem Post*, Jerusalem, 26. Juni 1992.

vember 1989, beschlossen die drei größten palästinensischen Parteien, „Die Arabische Demokratische Partei“ (ADP), „Israelische Kommunistische Partei“ (ICP) und „Progressive Liste für Frieden“ (PLP), bei den Histadrut-Wahlen auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren.²¹⁶ Ihr erklärter Wille war, Solidarität und Zusammenarbeit zu demonstrieren. Zusätzlich entwickelte sich eine andere politisch-religiöse Gruppe, die Islamische Bewegung, die zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen Anfang 1989 beachtliche Erfolge in sechs arabischen Dörfern errang.²¹⁷

Die zunehmende Sympathie mit der Intifada führte außerdem zur Stärkung des nationalen Stolzes bei vielen Palästinensern in Israel, die unter anderen Umständen völlig unpolitisch waren. Sie nehmen heute in verschiedener Form am politischen Leben teil oder interessieren sich wenigstens dafür. Dieses fand seinen Niederschlag in der Gründung der „Volkskomitees zur Unterstützung der Intifada“, die an jedem Ort zu finden war. Die Komitees organisierten Sammlungen von Geld, Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischen Geräten und anderen wichtigen Gütern. Alle Schichten und Altersgruppen nahmen an diesen Komitees teil.²¹⁸

In verstärktem Maße sind die Palästinenser in ihrer Rolle als nationale Minderheit in den letzten fünf Jahren sensibilisiert worden. Trotz zum Teil sehr gegensätzlichen politisch-ideologischen und methodischen Auffassungen zeichnen alle palästinensischen politische Kräfte gemeinsame charakteristische Merkmale aus: alle erstreben die Einheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ihre Anerkennung als nationale Minderheit und gleichzeitig als Teil des palästinensischen Volkes sowie der arabischen Nation. Außerdem ist die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung in Israel für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen

²¹⁶ vgl. Wolffsohn, Israel ..., a.a.O., S. 290.

²¹⁷ vgl. ebd., S. 289f.; vgl. auch Paz, Reuven, The Islamic Movement in Israel following the Election for the Local Authorities. Review and Analysis, Tel Aviv 1989.

²¹⁸ vgl. Rekhess, Israeli Arabs and the Arabs ..., a.a.O., S. 150; vgl. auch Smooha, Arabs and Jews ..., a.a.O., S. 230f.

Volkes und die Gründung eines palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gazastreifen. Mehrheitlich lehnen sie auch den zionistisch-jüdischen Charakter des Staates Israel ab, und fordern die Abschaffung des Rückkehrgesetzes, das nur Juden erlaubt, nach Israel zurückzukehren.²¹⁹

Der Übergang in diese Epoche schuf die Voraussetzung für die Verbundenheit aller Palästinenser in Israel in ihrem Kampf auch für Gleichberechtigung mit der jüdischen Bevölkerung. Diese Umstände verstärkten unter ihnen die Einsicht, dass es ohne Anerkennung der PLO und der Gründung eines unabhängigen Staates für die Palästinenser in den Besetzten Gebieten keine Erleichterung ihrer Lebensumstände geben wird.

Die in der Studie von Smooha angeführten Befragungsergebnisse nach der Intifada zeigen, dass 67% der Interviewpartner für eine gemeinsame Lösung des Palästina-Problems und ihrer Probleme in Israel sind.²²⁰ Mit der Betonung des Zusammenhanges zwischen dem Palästina-Problem und ihrem sozio-ökonomischen sowie politisch-nationalen Status in der israelischen Gesellschaft, halten die Palästinenser in Israel an ihrer Zugehörigkeit zum palästinensischen Volk fest. Was zählt, ist nicht nur der Realitätsgehalt dieser nationalen Verbundenheit, sondern auch ihr erhoffter innenpolitischer Effekt.

Dies hängt sicherlich auch mit der sich im Gang befindlichen Diskussion des Palästina-Problems im Rahmen einer Lösung des nahöstlichen Konflikts zusammen, besonders nach dem Beginn des Friedensprozesses am 13. September 1993.

²¹⁹ Vgl. Smooha, Arab and Jews..., a.a.O., S. 50-123

²²⁰ ebd. S.116

4. Die palästinensische Minderheit im jüdischen-ethnischen Staat

Nach seinem politisch-ideologischen Selbstverständnis ist Israel ein jüdischer Staat. Dieses Selbstverständnis wird dargestellt durch Symbole, Rituale und Gesetze, die die jüdische Identität des Staates ausdrücken. Die Fahne mit dem Davidstern, die Nationalhymne, und die offizielle Staatsfeiertage sind nur einige Beispiele für den exklusiven jüdischen Charakter des Staates Israel.

Die Begrifflichkeit, die auf palästinensische Israelis angewendet wird, reflektiert ihren Status und die Entwicklung des israelisch-arabischen Konfliktes. Für den größten Zeitraum nach 1948 war ihr offizieller Name „Minderheiten“. In offiziellen Statistiken sind sie noch immer nicht als Palästinenser oder Araber klassifiziert, sondern in drei religiöse Kategorien eingeteilt: Muslime, Christen, Drusen – unterschieden von „Juden“.²²¹

Im Verlauf der Zeit traten die Palästinenser in Israel im gesellschaftlichen Rahmen nur durch Formen der Negation und Verweigerung in Erscheinung. Sie wurden als arbeitswillige nützliche Objekte betrachtet,²²² zu nichts anderem zu gebrauchen als Häuser und Straßen zu bauen, sauber zu machen und Teller in israelischen Hotels und Restaurants zu waschen. Umgangssprachlich wird das Adjektiv „arabisch“ gleichgesetzt mit schmutzig, primitiv, dumm und unfähig.²²³

In der Unabhängigkeitserklärung von 1948 wurde festgehalten, dass Israel ein jüdischer Staat ist. Zahlreiche israelische Gesetze haben diesen Charakter untermauert und widerspiegelt. Israel hat keine umfassende zivilbürgerliche Identität für alle seine Bürger entwickelt, die alle, ohne

²²¹ Avishai Ehrlich, Die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozess in Margret Johannsen u. Claudia Schmid (Hrsg), Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost, Baden Baden, 1997; S. 111

²²² Vgl. Elon, Amos; Hassan, Sana; Between Enemies, New York 1974, S.12.

²²³ Vgl. Bednarz, Dieter; Lüders, Michael, Palästina-Protokolle, Hannover 1981, S. 22; vgl. auch Smootha, S., Arabs and Jews..., a.a.O. S.141f.

Betrachtung der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, gleichstellt.²²⁴ Auch die säkulare-bürgerliche Kultur, die in Israel im Laufe der vergangenen 50 Jahren entwickelt und gepflegt wurde, hat ihre Wurzel in der jüdischen Religion und wurde sehr mit den historischen Erfahrungen der Juden vermischt und heraus kristallisiert²²⁵. Deshalb ist die zivilbürgerliche Identität in Israel kongruent mit der ethnisch-religiösen Identität. Aus diesen Tatsachen heraus lässt sich leicht ableiten, dass die bürgerliche Zugehörigkeit für Nicht-Juden in Israel niemals vollständig sein kann. Die israelische Identität der Nicht-Juden bleibt beschnitten. Die Eingliederung der palästinensischen Minderheit im Rahmen der israelischen bürgerlichen Gesellschaft stand von Anfang an in Widerspruch zu den ideologischen Fundamenten des Zionismus. Sie stand auch in Widerspruch zu den Normen und Grundsätzen der israelischen Staatsgründung als die Vollendung und Verkörperung des Rechtes der Juden im Heiligen Land. Dies bedeutet nicht anderes als dass die ethnische-jüdische Zugehörigkeit eine existenzielle Voraussetzung für die volle Eingliederung in der politischen Gesellschaft ist und die Teilnahme an der „jüdischen-ethnischen Befreiung“ ist ein Teil des zivilbürgerlichen Charakter des Staates ist²²⁶.

Diese Dialektik hat vieles bei der politischen Orientierung und dem politischen Bewusstsein der palästinensischen Minderheit im jüdischen-ethnischen Staat bewegt. Der Einfluss dieser Tatsachen bestimmt in erster Linie die politische Orientierung und die Intensität der Partizipation der Palästinenser.

²²⁴ Vgl. E. Cohen; Citizenship, Nationality and Religion in Israel and Thailand, in Baruch, Kimmerling (ed.) *The Israeli State and Society: Boundaries and Frontiers* (Albany: State University of New York Press, 1989).

²²⁵ Mehr dazu in B.S. Turner, *Capitalism and Class in the Middle East: Theories of Social Change and Economic Development* (New Jersey and London: Heinemann Educational Books and Humanities, 1984).

²²⁶ Vgl. Y. Peled; *Ethnic Democracy and Legal Construction of Citizenship: Arab Citizen of Jewish State*, *American Political Science Review*, Vol. 86, No. 2, 1992, S. 435f.

4.1 *Der staatsbürgerliche Status der palästinensischen Minderheit in Israel*

Theoretisch sah und sieht der Staat Israel die Mitglieder der palästinensische Minderheit als gleichberechtigte „nicht-jüdische“ Bürger an. Diese Gleichberechtigung vor dem Gesetz wurde wörtlich in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 festgehalten. Diese Lippenbekenntnisse von der Zusicherung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung erfuhren die Palästinenser bereits umgehend nach der Staatsgründung, als man sie kurzerhand für die ersten 17 Jahre unter Militäradministration gestellt hat und ihnen sämtliche bürgerlichen Rechte mit Ausnahme des Wahlrechts auf ein Minimum einschränkte.

Die Militärverwaltung brachte zudem ein System von Patron-Klienten-Beziehungen hervor, das auf Kollaboration und eingeschränkter politischer Aktivität der Oppositionsparteien basierte²²⁷. Mit den Hinterlassenschaften dieser Epoche hat die politische Elite der palästinensischen Minderheit bis heute zu kämpfen.

Sie werden in ihrem eigenen Land, in dem sich eine ganze neue Gesellschaft etabliert hat, an den Rand gedrängt, zum großen Teil ihrer Lebensgrundlagen beraubt und geographisch weit zerstreut und zersplittert. Alle Möglichkeiten der Selbstbestimmung wurden und werden ihnen auch weiterhin vorenthalten²²⁸.

Die Situation wird gerechtfertigt, weil die palästinensische Minderheit in ihrer nationalen Gesamtheit ein Teil der arabischen Nation darstellt und aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft als Israelis von ihrer israelischen Regierung zu vertreten sei. Von besonderen politisch-kollektiven und damit

²²⁷ a.a.O. Avishai Ehrlich, Die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozess ... S. 112

²²⁸ Flores, Alexander, Zu den Wurzeln der palästinensischen Identität... in: Schneider, Karlheinz (Hg) Araber in Israel... Berlin 1986 S. 69

nationalen Rechten als Teil des palästinensischen Volkes auszugehen, war und ist bis jetzt für die Israelis undenkbar.

Diese Tatsache kommentierte Sammy Smooha wie folgt: „Die israelische Politik zielt bis heute darauf, den nationalen Charakter der arabischen Minderheit zurückzudrängen. Die offizielle Politik war, die Araber als sprachliche und religiöse Minderheit anzusehen und ihnen daher das Recht auf sprachliche und kulturelle Institutionen und die Beibehaltung eigener religiöser Gemeinschaften zuzugestehen.“²²⁹

Die israelischen Regierungen haben sich strikt an dem Britischen Kolonialismus bei der Herrschaft über andere Bevölkerungsgruppen orientiert. „Teile und Herrsche“, mit diesem Motto versuchen die Israelis nicht nur die konfessionellen und Verwandtschaftsgruppen gegeneinander auszuspielen, sondern man hofft auch mit dieser Politik, dass die Araber ein Konglomerat von Minderheiten werden,(....), den Kontakt zur übrigen palästinensischen Bevölkerung verlieren und sich ein neues israelisches Bewusstsein aneignen.²³⁰

Nicht allein die israelische Exekutive und ihre verschiedenen Institutionen und Mittel waren und sind daran beteiligt, die palästinensische Minderheit am Rande des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens im Lande zu halten, sondern auch die Legislative hat seit der Gründung des israelischen Staates zahllose Gesetze verabschiedet, die den jüdischen exklusiven Charakter des Staates betonen sollen und die palästinensische Minderheit benachteiligen. Das Einbürgerungsrecht von 1952 und die Ergänzungen von 1980 ist ein Paradebeispiel dafür. Es garantiert jedem Palästinenser, der innerhalb der jetzigen Staatsgrenzen vor 1948 oder später geboren wurde, das Recht, eine israelische Staatsbürgerschaft im Sinne der Unabhängigkeitserklärung, zu bekommen²³¹. Dies führt allerdings bis heute nicht zu einer vollständigen und gleichbe-

²²⁹ Smooha, Sammy, Die Orientierung....., a.a.O., S. 205

²³⁰ ebd., S. 205

²³¹ Das israelische Gesetzbuch 1980, Ausgabe 984, S. 3-222

rechtigten Bürgerschaft der palästinensischen Minderheit und dies aus zwei wesentlichen Gründen:

1. Der Charakter des Staates wurde als jüdisch festgelegt. Mehr noch: nämlich als „Staat des jüdischen Volkes“ und genau das ist die Verkörperung des Wesens des Zionismus. Der entscheidende Grundstein der israelischen Existenz und eine Rechtfertigung für das notwendige Dasein in den Augen der Israelis. Dieses dominiert über alle anderen umfassenden Grundsätze und Prinzipien, wie die Gleichberichtigung, Demokratie, und Bürgerrechte. Die Realisierung des jüdischen Charakters bedeutet im Grunde genommen nicht anderes als dass oberste Priorität immer die Einwanderung, Besiedlung und Sicherheit sein wird. Elemente, die der jüdischen Mehrheit dienen sollen und in krassem Widerspruch zu den Interessen der palästinensischen Minderheit stehen.²³²

Das Erlangen der vollständigen Rechte und Gleichberechtigung für die palästinensischen Minderheit in Israel setzt die Änderung der Prioritäten im israelischen politischen Selbstverständnis voraus. Diese Aufgabe kann nur im Rahmen des demokratischen Kampfes der Politik geschehen. Die Tatsache aber, dass die Palästinenser in Israel eine Minderheit sind, ihre parlamentarischen Vertreter im Knesset ebenso und ihr Einfluss auf der politischen Bühne dadurch sehr eingeschränkt ist, macht deutlich, daß diese Änderung in absehbarer Zeit nie auftreten können.

2. Die Unabhängigkeitserklärung hat keinen zwingenden juristischen Stellenwert. Sie wurde auch vom Knesset nie juristisch aufgewertet, deshalb sind die darin formulierten Versprechen für keine Regierung zwingend, sie könnten jederzeit durch andere Gesetze wertlos gemacht werden²³³. Nach langen politischen und juristischen Kämpfen hat der Staat Israel bei der Anerkennung von Rechtsansprüchen der Bürger an den Staat die religiöse Definition des „Jüdischseins“ angenommen. Solange soziale und politische Rechte mit religiösen Definitionen verknüpft sind,

²³² Aziz Haidar, *The Palestinian in Israel and the Oslo Agreement*, (arabische Ausgabe) Institut of Palestinam studies, Beirut 1997, . 40f

können Nicht-Juden niemals voll gleichberechtigte Bürger des jüdischen Staates sein. Dieser Tatbestand gilt unabhängig von der Fortsetzung oder dem Ende des israelisch-arabischen Konflikts²³⁴.

Diese juristische Schieflage in Israel hat dazu beigetragen, dass man mit diesem Widerspruch seit der Staatsgründung lebt. Einige existenzielle Faktoren untermauern diesen Widerspruch und die dadurch festgelegten Prioritäten auf Kosten der Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz:

- Israel hat keine Verfassung, die die Bürgerrechte im Staat genau definiert, und die der uneingeschränkten Freiheit der Mehrheit im Parlament bei der Verabschiedung von Gesetzen Grenzen setzt. Die Bürgerrechte wurden in zahlreiche Einzelgesetze, je nach Situation, definiert. Ein umfassendes Menschen- und Bürgerrecht wurde in Israel noch nie verabschiedet, obwohl bereits 1985 ein solcher Gesetzentwurf dem Parlament vorlag.
- Das Fehlen eines Grundgesetz, das der Mehrheit im Parlament die Freiheiten bei der Gesetzesverabschiedung einschränkt, die ihr Vorteile verschaffen und in Widerspruch zur Gleichberechtigung stehen können.
- Trotz zahlreicher und zum Teil umfangreicher Regelungen, die die Araber betreffen, und der de facto Behandlung als eine nationale Minderheit, fehlt bis jetzt eine juristische Regelung ihre Stellung und Position als eine nationale Minderheit.
- Unter diesen Umständen fehlt es den Palästinensern an gesetzlichem Rahmen für das Vorgehen gegen kollektive Benachteiligungen. Das israelische Gesetz betrachtet sie als Individuen. Es erkennt sie nicht als Sonderfall unter dem Aspekt der nationalen Minderheit an.
- Der Oberste Gerichtshof in Israel verfügt nicht über die Kompetenz, einzelne Personen oder Personengruppen vor den Notstandsrege-

²³³ ebd S.41

²³⁴ a.a.O. Avishai Ehrlich, Die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozess ... S. 111f

lungen, die seit der Mandatszeit immer noch gelten, gegen das Einführen von „Sicherheitserwägungen“ oder andere Gesetze, die eindeutige Benachteiligungen beinhalten, zu schützen. Auch dann nicht, wenn diese Maßnahmen und Gesetze in Widerspruch zu den Grundsätzen der Unabhängigkeitserklärung stehen.²³⁵

Der staatsrechtliche und bürgerliche Status der palästinensischen Minderheit als eine Gruppe oder einzelne Person sowie die eingeschränkten Möglichkeiten der Selbstbehauptung, stellt die Grundlage ihrer Diskriminierung in den israelischen Gesetzen dar. Direkt oder indirekt. Es würde den Rahmen und den Zweck dieser Arbeit sprengen, wenn ich auf die einzelnen Gesetze und Verordnungen eingehen würde, daher beschränke ich meine Ausführungen auf die Aufteilung dieser Gesetze in vier Kategorien, je nachdem ob sie direkt oder indirekt die Benachteiligung mit sich bringen:

1. Gesetze, die die palästinensische Minderheit direkt benachteiligen, weil sie nur den Interessen der jüdischen Mehrheit dienen. So wie das Rückkehrrecht oder Einwanderungsrecht, das Einbürgerungsrecht, das Besiedlungsrecht, das Landenteignungsgesetz. Eben alle Gesetze, die den jüdische nationalen Organisationen einen besonderen Status einräumen und die Notstandsverordnungen, die nur die palästinensische Minderheit treffen.
2. Gesetze, die eindeutige Diskriminierung beinhalten, weil sie Maßstäbe setzten zur Verteilung der Staatsressourcen, die die jüdische Mehrheit automatisch und explizit bevorzugt. Am wichtigsten sind folgende drei Kriterien: Militärdienst, Ursprung und Wohnort. Diese Kriterien sind entscheidend und bringen viele Vorteile bei den Arbeitschancen, den staatlichen Renten und Sozialleistungen, bei der Eigenheimförderung und Steuer, bei der Bildung und Investitionen in allen Bereichen mit sich.

²³⁵ D. Kretzmer, *The Legal Status of the Arabs in Israel*, Boulder,: Westview Press, 1990. S.8

3. Gesetze, die keine eindeutigen Maßstäbe für die Verteilung von Staatsressourcen setzen. Insbesondere im öffentlichen Sektor, wie die Haushalte der Kommunen, Entwicklungsgebiete, Bildung und soziale Einrichtungen, Baugebiete und Erweiterungsmöglichkeiten für die Kommune. Bei all diesen Bereichen lassen die Gesetze den Beamten und Institutionen der Exekutive viel Spielraum. Es ist nicht selten, dass ein ganzes Dorf vom Gnaden eines einzigen Beamten abhängig ist. Und nicht selten, dass einzelne Gruppen und Ortschaften politisch erpresst werden, um überhaupt in den Genuss von Staatsressourcen zu kommen. Ein Mittel, das gerne vor den Wahlen von Regierungsparteien und ihr Anhängsel gebraucht wird.
4. Gesetze, die jüdischen nationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen bei ihrer Arbeit Vorteile verschaffen. Diese Institutionen schließen die palästinensische Minderheit aus ihren Diensten völlig aus.

Ein besonders interessanter Fall ist die Landfrage. Land befindet sich in Israel zum größten Teil in Staatsbesitz und wird langfristig an Siedlungen verpachtet. Die Landgesetze schließen die Besiedlung des Landes durch Nicht-Juden aus. Darüber hinaus ist nicht-jüdische Arbeit auf diesem Land verboten – was gegenwärtig eine Farce darstellt, da die meisten Landarbeiter in Israel Palästinenser oder ausländische Arbeitnehmer sind²³⁶.

Die Diskriminierung der palästinensischen Minderheit in Israel sowie die Widersprüche und Benachteiligungen, die ihren Status betreffen, sind der Beweis dafür, dass die israelischen Regierungen und die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in dieser Minderheit nur den Feind sehen. Sie be-

²³⁶ a.a.O. Avishai Ehrlich, Die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozess ... S. 111

trachten sie als Teil eines verfeindetes Volkes, das somit nicht loyal sein kann.²³⁷

Diese krassen Widersprüche im staatsbürgerlichen Status der palästinensischen Minderheit war in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Staates für die meisten Palästinenser nicht sehr deutlich. Sie waren schwach, isoliert, standen unter Schock und konnten den Unterschied in den komplizierten Bereichen des Lebens nicht sofort wahrnehmen. Sie waren meist beschäftigt genug, ihre neue Realität zu erkennen. Später und bis heute sind die in vielen Gesetzen und Verordnungen enthaltenen Diskriminierungen ein Bestandteil der politischen Arbeit unter den Palästinensern. Nicht nur die staatsbürgerliche Gleichstellung und die gerechte Partizipation an den Staatsressourcen sind die obersten Ziele der politischen Elite. Inzwischen reden und schreiben einige palästinensischen Politiker über die Identität des Staates und ihren Status als nationale Minderheit. Sie möchten in einem Staat leben, der „Staat seiner Bürger“ ist.

Ehrgeizige Ziele einer neuen Generation der palästinensischen Elite, die die Zukunft des jüdischen Staates in seiner jetzigen Form nicht stillschweigend akzeptiert. Den Status der palästinensischen Minderheit möchten sie aufwerten und vielleicht den israelischen Staat in ein Belgien des Nahen Ostens umstrukturieren. Die Realisierung dieser gewaltigen Aufgaben hängt nicht zuletzt von der Bündelung der palästinensischen politische Kräften in Israel ab.

Die meisten palästinensischen politischen Parteien haben dieses Ziel in ihre Programme aufgenommen. Zahlreiche Umfragen und wissenschaftliche Untersuchungen bekräftigten, dass für die überwiegende Mehrheit der Palästinenser in Israel die Bi-Nationalität und somit die Anerkennung als nationale Minderheit das oberste Ziel der politischen Partizipation sei. Der Weg, einheitlich mit gebündelten Kräften aufzutreten, um dem Ziel

²³⁷ S. N. Eisenstadt, *The Transformation of Isareli Society: an essay in Interpretation*; Boulder, Colo.: Westview Press, 1985, S. 332-333

näher zu kommen, ist unter der palästinensischen politischen Elite bis jetzt nur ein Traum.

4.2 *Wirtschaftliche Desintegration - von einer Agrargesellschaft zu einer Arbeiter-Reservearmee*

Bis 1949 verdienten ca. 85% der palästinensischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Nur ein kleiner Anteil betätigte sich in anderen Berufen wie Baugewerbe, Handel, Fischerei usw.²³⁸

Die Palästinenser waren zum psychischen und ökonomischen Überleben auf die dörflichen Sozialbeziehungen und Subsistenzproduktionsverhältnisse angewiesen. Mit der Umstrukturierung der Besitzverhältnisse durch die israelische Siedlungspolitik erfuhr das Wirtschafts- und Sozialsystem der palästinensischen Gesellschaft in Israel einen Zusammenbruch.²³⁹

Damit bestand durch die Unterwerfung des palästinensischen Bodens unter jüdische Hoheit und seine Umwandlung in jüdisch-israelisches Territorium für die Ökonomie der palästinensischen Minderheit in Israel eine ungünstige Ausgangssituation. Eine neue ökonomische Infrastruktur aufzubauen war unter diesen Umständen nicht möglich. Zum einen wegen der Konkurrenz der jüdischen Landwirtschaftsflächen und industriellen Produktion, die bereits technisch weiter entwickelt waren, zum anderen wegen des Mangels an Boden und Ressourcen, die durch die Enteignungspolitik im Schatten der Notstandsregelungen seitens der Israelis zustande gekommen waren.²⁴⁰

Die palästinensische Minderheit hat mehr als alle anderen Bevölkerungsgruppen unter dem strikten Zentralismus in Israel gelitten. Insbesondere

²³⁸ Vgl. Ginat, J., Beschäftigung als Ursache zum sozialen Wandel im arabischen Dorf, Tel Aviv 1990, S. 3; vgl. auch Eisenstadt, S.N. Die israelische Gesellschaft, Stuttgart 1973, S. 397.

²³⁹ Zureik, Elia, Die Transformation der arabischen Klassenstruktur in Israel, in: Flores, A.; Schlöch, A. (Hg), a.a.O., S. 27-61, hier S. 38; vgl. auch Rouhana, a.a.O., S.88f

im wirtschaftlichen Bereich. Die Regierung hat fast alle Wirtschaftsbereiche einschließlich Export und Import unter ihre direkte Kontrolle gestellt. Die Wirtschaftspolitik wurde im großem Maße von vielen ineinander verschachtelten Faktoren, wie Sicherheit, Aufnahme der Neueinwanderer, Besiedlung und soziale Leistungen, beeinflusst. Diese Umstände und die ideologisch orientierte Politik der Regierenden führten zu einer politisierten Wirtschaft. Die Politik war der einzige Lenker der Wirtschaft.²⁴¹

Der israelische Wirtschaftszentralismus band sämtliche Bevölkerungsgruppen und Personen an die Zentralmacht und machte sie stark von ihr abhängig. Die Zentralmacht stufte jede Bevölkerungsgruppe in ihrem Wirtschaftsprogramm genau ein und beeinflusste somit ihren Lebensstandard und Lebensart immens.²⁴² Die Palästinenser stehen immer noch direkt unter diesem Einfluss, weil sie nicht in der Lage sind, politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben. Die Regierung verteilt die Ressourcen linear nach der Einflussnahme der einzelnen Lobbyisten, die aufgrund wirtschaftlicher oder politisch-ideologischer Maßstäbe gebaut werden. Die stärksten Lobbyorganisationen haben keine Palästinenser unter sich und betrachten die jüdischen zionistischen Interessen als ihre eigenen, ohne Rücksicht auf die Anwesenheit der palästinensischen Minderheit im Land. Diese Lobbyorganisationen sind: Histadrut (Gewerkschaftsbund), Arbeitgeberverbände, Handelsverbände, Kibbuzorganisationen, Organisationen und Vereine der Moshav (hebräisch: Besiedlung), Bauernverbände, politische Parteien und religiöse Organisationen.²⁴³

Diese Art der „besondere Wirtschaftspolitik“ und Aufteilung führt automatisch zu einer Benachteiligung und Diskriminierung jener Bevölkerungsgruppen, die politisch nicht in der Lage sind, Druck auszuüben um mehr

²⁴⁰ Vgl. Saker, Asaad, Arbeiterbewegung in Palästina. Vom britischen Mandat bis 1980, Damaskus 1981, S. 207ff

²⁴¹ Sharkansky, The Political Economy of Israel, New Brunswick, 1987; auch D. Shimshoni, The Israeli Democracy: in The Middle of Journey, New York 1985

²⁴² N. Eisenstadt, The Transformation of Israeli Society: An Essay in Interpretation; Boulder Colo, 1985

²⁴³ mehr dazu in Ya'af Yashai, die Lobbyisten in Israel,(Hebräisch); Tel Aviv, 1987

wirtschaftlichen Gerechtigkeit zu genießen. Das Fehlen der wirtschaftlichen Stützen und Ressourcen, verdammt die palästinensische politische Elite zu einem schwachen, eingeschränkten politischen und sozialen Auftreten. Im allgemeinen gilt in Israel, dass jede Bevölkerungsgruppe, die eine faire Teilhabe an den Staatsressourcen beanspruchen möchte, ein Teil des nationalen jüdisch-zionistischen Kollektivs sein muss. Die Palästinenser sind und können nicht, unabhängig von ihrer Loyalität, Teil dieses Kollektivs werden.

Die israelischen Regierungen nutzten diese „besondere Situation“ aus und führten eine diskriminierende Politik gegen die palästinensische Minderheit. Die israelische Wirtschaftspolitik im palästinensischen Sektor weist folgende Merkmale aus:

- ◆ Landenteignung und Eigentumskonfiszierung: Seit der Gründung des Staates Israel verfolgen alle Regierungen ungeachtet ihrer politischen Farbe, eine ethno-zentristisch ausgerichtete Politik, die eine ethnische Hegemonie realisieren sollte. Das Ziel dieser Politik war und ist der Aufbau und die Festigung des jüdischen Staates einerseits und die Verdrängung der palästinensischen Gesellschaft andererseits.

Für die Neueinwanderer musste Boden und Siedlungsraum geschaffen werden, auf denen sie die Basis einer unabhängigen Wirtschaftsstruktur schaffen sollten. So beriefen sich die israelischen Behörden auf das „Osmanische Landesgesetz“ von 1858 und enteigneten den Boden, der in palästinensischen Händen geblieben war.²⁴⁴ Dadurch wurde ca. 93% des gesamten Landes beschlagnahmt.²⁴⁵ Nach dem Tag des Bodens 1976 änderten die israelischen Behörden ihre Enteignungsstrategien. Sie konfiszierten das Land meist nicht direkt,

²⁴⁴ Vgl. Flores, A., Nationalismus und Sozialismus im arabischen Orient. Das Verhältnis der kommunistischen Parteien zu arabischen Nationalbewegung in Palästina 1919-1949, München 1980, S. 44f. auch Eisenman, Robert H., Islamic Law in Palestine and Israel. Leiden 1978, S. 52ff., 136ff.

²⁴⁵ Schlöch, A., Die historische Dimensionen und die aktuelle Bedeutung des Landproblems in Israel, in: Flores, A.; Schlöch, A. (Hg) a.a.O. S. 11-26, hier S.17. auch Granott, Abraham, Agrarian Reform and the Record of Israel, London 1956, S. 110.

sondern indirekt. Die Zuständigkeit für den Boden wurde den palästinensischen Kommunen entzogen und unter die Kontrolle benachbarter jüdischer Siedlungen gestellt. Die so genannte Umstrukturierung von Kommunen auf Regionen, die Anfang der 90er Jahre bekannt wurde. Diese vermeintliche Übertragung der Zuständigkeiten erlaubt den neuen Zuständigen bis zu 40% des Bodens für öffentliche Projekte zu beschlagnahmen.

- ◆ Die Verweigerung, den palästinensischen Kommunen ausreichende Haushalte für den Ausbau der Infrastruktur zuzusagen. Fast der gesamte palästinensische Sektor ist von den sog. Entwicklungsregionen ausgeschlossen. Diese Regionen genießen viele staatliche Privilegien bei der Infrastruktur, Ausbau und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Jahrelang betrug der für palästinensischen Kommunen vorgesehene Haushalt weniger als 6% des öffentlichen Haushaltes.²⁴⁶ Auf Druck der palästinensischen Massen und politischen Parteien hat die israelische Regierung 1992 beschlossen, mehr Gelder für die Kommunen freizugeben. Bis 1995 betrug der Anteil dieser Haushalte für die Schaffung von Arbeitsplätzen weniger als 5% und der für die Entwicklung des Agrarsektors weniger als 0,4%.²⁴⁷ In den letzten Jahren hat sich die Situation eher verschlechtert.
- ◆ Die israelischen Behörden verweigern und verzögern die Absegnung der Entwicklungspläne für die palästinensischen Kommunen. Zum Teil bis zu 15 Jahren dauert die Bearbeitung eines Entwicklungsplanes, am Ende muss die Kommune zwangsläufig neue Pläne erstellen lassen.²⁴⁸

²⁴⁶ Al-Haj, M. und Resenfeld, R., Arab Local Government in Israel, Boulder, Colo. 1991.

²⁴⁷ Büro des israelischen Ministerpräsidenten, „Die Aktivitäten der einzelnen Ministerien 1994 und ihre Planung für 1995 im arabischen Sektor“ Bericht der Staatssekretäre in den israelischen Ministerien, 1995 (Hebräisch).

²⁴⁸ Khamaise Rasem, „Die Planung und Wohnungsbau im arabischen Sektor in Israel, (Hebräisch), Tel Aviv 1990.

- ◆ Zahlreiche palästinensische Kommunen sind auch nach 53 Jahren immer noch ohne Kommunalverwaltung. 1994 waren es ca. 40.000 Palästinenser, die in fast 40 sog. „Nicht anerkannten Kommunen“ leben²⁴⁹. Diese Kommunen verfügen über keine Haushalte und haben kaum Sozial-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.
- ◆ Die palästinensischen Investoren werden im Vergleich zu ihren jüdischen Kollegen benachteiligt. Sie erhalten weniger Steuererleichterungen und günstige Kredite, weil der palästinensische Sektor kein Entwicklungsgebiet ist. Diese Situation hat sich auch nach der Gesetzesnovelle von 1990 kaum verändert. Wonach die Kleinbetriebe unabhängig von ihrem Standort und Umgebung, Kredite zu günstigen Zinsen, staatliche finanzielle Unterstützung und Steuererleichterungen erhalten sollten.²⁵⁰ Nach offiziellen Angaben erhielten Kleinbetriebe zwischen 1990-1994 ca. 600 Million Shekel (1 Shekel = 0,25 Euro) die palästinensischen Kleinbetriebe erhielten ca. 2,5% davon.²⁵¹ In dieser Zeit waren die palästinensischen politischen Parteien und ihre Abgeordneten im Parlament in der Lage, eine aktive Rolle im politischen Geschehen in Israel zu spielen. Die Regierung Rabins war auf die Stimmen und Unterstützung der palästinensischen Abgeordneten angewiesen. Im Gegenzug zeigte sich die Regierung großzügig bei der Allokation von Ressourcen für den arabischen Sektor in Israel.
- ◆ Die israelische Wirtschaftspolitik und Landenteignungspraktiken haben die Entwicklung und Herausbildung kohärenter und unabhängiger sozio-ökonomischer Strukturen im palästinensischen Sektor verhindert. Strukturen, die als Basis für politische Aktionen hätten dienen können.²⁵² Unter diesen Umständen sahen sich viele palästinensische

²⁴⁹ Israel Statistical Yearbook 1994, Tabelle Nr. 2014.

²⁵⁰ Aziz, Haidar, Die Hindernisse der Wirtschaftsentwicklung im arabischen Sektor, (Hebräisch), Tel Aviv 1993, eine Studie des Institutes für Wirtschaftsentwicklung.

²⁵¹ a.a.O. Israel Statistical...

²⁵² Lustik, Ian, Der stillhaltende Palästinenser, in Flores, A; Schlöch, A. (Hg), a.a.O. S.107-126, hier S.109

Bauern gezwungen, auf dem jüdischen Arbeitsmarkt nach einem Job zu suchen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. So entstand hauptsächlich durch die Beschlagnahmepraxis ein landloses Proletariat, das kaum eine Integrationschance in den israelischen Wirtschaftszweigen bekam.²⁵³ So wurde die palästinensische Bevölkerung von der israelischen Wirtschaft voll abhängig. Die Agrarsektor ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft, teilweise sogar in manchen Ortschaften gänzlich abgeschafft. Die bebauten und kultivierten Ackerflächen pro Kopf schrumpften vom 19 Dunum²⁵⁴ auf 0,86 Dunum²⁵⁵. Die Palästinenser verfügen über 11% der Ackerfläche in Israel, lediglich 22,5% dieser Fläche werden bestellt. Dies ist darauf zurückzuführen, weil unter anderem die Besitzverhältnisse riesiger Ackerflächen im Süden seitens der Regierung in Frage gestellt werden und sie somit Anspruch des Staates darauf erhebt.²⁵⁶ Hinzu kommt, dass die Palästinenser einige Sorten nicht anbauen dürfen bzw. es ihnen verboten ist, Rinder- und Geflügelzucht im großen Stil zu betreiben. Ein Hindernis sind auch die fehlenden Bewässerungsmöglichkeiten. Der Anteil der palästinensischen Minderheit beträgt gerade 2,4% des gesamten Bewässerungsvolumens in Israel. Nicht zuletzt aufgrund der o.g. Punkte ist der wirtschaftliche Ertrag des palästinensischen Bauern im Vergleich zu dem jüdischen sehr niedrig und erreicht in Spitzenzeiten gerade 30% pro Dunum. Der palästinensische Ertrag aus der Land-

²⁵³ Vgl. Lustik, Ian, Arabs in the Jewish State, a.a.O. S.166f.

²⁵⁴ Dunum = 1000 m² oder 1/10 Hektar

²⁵⁵ Vgl. Haidar, Azaz, Die Hindernisse der Wirtschaftsentwicklung im arabischen Sektor, (Hebräisch), a.a.O. und Haidar, Aziz, die Palästinenser in Israel im Schatten des Osloabkommens,(arabisch) Institut for Palestinian Studies, Beirut 1997, S. 58.

²⁵⁶ Mehr zum Thema in Vgl. Yousef, Ben David, Die beduineische Agrarwirtschaft in der Negev: Vorschläge zu einer Strategie!, Jerusalem Institut für israelische Studien, Jerusalem 1988, (arabisch)

wirtschaft beträgt nicht mehr als 6% des gesamten israelischen aus der Landwirtschaft.²⁵⁷

- ◆ Die Berufsausbildung im arabischen Sektor wurde nicht im geringsten vom Bildungs- bzw. Arbeitsministerium beachtet.²⁵⁸ Die Ausbildung blieb im wesentlichen theoretisch und akademisch. Die meisten Absolventen können nichts zur Entwicklung der Wirtschaft beitragen, insbesondere in der Industrie. Die wenigsten Palästinenser, die Naturwissenschaft bzw. Ingenieurwesen studierten, arbeiten auch in ihrem Bereich. Sie üben meistens eine Lehreraufgabe aus, was eine Verschwendung der Kompetenzen ist und zudem eine gezielte Maßnahme, um die arabische Wirtschaft in der Entwicklung einzuschränken.²⁵⁹
- ◆ Die Zerstörung der Landwirtschaft und die primitive, nicht entwickelte Industrie haben dazu beigetragen, dass palästinensische Arbeitskräfte als billige Tagelöhner und Pendlerarbeiter in entfernten jüdischen Ortschaften nach Beschäftigungsmöglichkeiten suchen. Schon 1961 mussten ca. 54% der palästinensischen Arbeitnehmer jeden Tag in entfernte Ortschaften fahren, um ihrer Arbeit nachzugehen.²⁶⁰ Im Jahre 1986 waren es etwa 82%.²⁶¹ Die Palästinenser sind meist auf Baustellen, in Hotels und Restaurants beschäftigt. Anderen qualifizierten Arbeitern, vor allem jungen Akademikern bot und bietet der israelische Arbeitsmarkt kaum Perspektiven²⁶². Viele Arbeitsbereiche bleiben den palästinensischen Arbeitnehmern aus Sicherheitsgründen

²⁵⁷ Vgl. Haidar, Aziz, Die Hindernisse der Wirtschaftsentwicklung im arabischen Sektor, (Hebräisch), a.a.O

²⁵⁸ israelisches Staatscontrollingamt, Bericht des Jahres 1992, Nr. 42, Jerusalem 1993, (Hebräisch)

²⁵⁹ N. Lewin-Epstein, the Arab Economy in Israel: Growing Population-Jobs, Mismatch, Tel Aviv: Pinas Sapir Center for Development, Tel Aviv 1990

²⁶⁰ Vgl. Ben-Porat, Yoram; Arabs Labour Force in Israel, Jerusalem 1966, S. 70.

²⁶¹ Vgl. Statistical Abstract of Israel, Jerusalem 1987, S.322.

²⁶² Vg. Hofman, J., Arab Ethnic Identity in Israel and the Westbank (hebräisch) in: Megamot, No. 20 (1974), S. 316-324, hier S.319ff. auch Aziz Haidar, Die Araber in Israel und die Universitätsausbildung, in Journal of Palestinan Studies, No. 15 Sommer 1993, S. 38-58, (arabisch)

vorenthalten. Eine offizielle Ausrede, die vor allem dann, wenn es um Gleichberechtigung und Chancen geht, vorgeschoben wird. Die Diskriminierung bei der Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Entlohnung der palästinensischen Arbeitnehmer genießt eine gesetzliche Rückendeckung.²⁶³ Dies nicht zuletzt durch das Gesetz für Wehrpflichtleistende von 1984, wonach diese Gruppe, und das sind alle jüdischen Männer und Frauen im Alter von 20-21 Jahren, das Recht hat bei der Stellenvergabe in allen Arbeitssektoren bevorzugt zu werden. Da die Palästinenser keinen Wehrdienst leisten, werden sie automatisch als Arbeitskräfte zweiter Klasse deklariert²⁶⁴. Diese Gesetzesgrundlage zusätzlich zu den Sicherheitsargumentationen bietet genug Gründe zur Diskriminierung der palästinensischen Arbeitskräfte in allen Bereichen und Institutionen. So sind es nur ca. 2% Staatsbedienstete Palästinenser und die meisten von ihnen in niedrigeren Positionen. Die offiziellen Informationen belegen, dass 863 palästinensische Beamte von insgesamt 60.000 in israelischen Ministerien tätig sind.²⁶⁵ Die vorangegangenen Daten machen deutlich, dass Integration und Gleichberechtigung in Israel nur für die jüdische Bevölkerung und Neueinwanderer reserviert ist. Die palästinensische Minderheit ist weitgehend von diesem Prozess ausgeschlossen. Das Regime wollte keine Integration oder Absorption der arabischen Bevölkerung in die jüdische Gemeinschaft und unternahm daher keine diesbezüglichen Anstrengungen.²⁶⁶ Der Zugang der Palästinenser in jüdische Organisationen wurde meist verweigert und wenn dies nicht möglich war, gründeten sie besondere Abteilungen für die Palästinenser, die von Juden verwaltet werden. Wie

²⁶³ Vgl. Die Volks-Berufskomitee zur Untersuchung der staatlichen Institutionen und Dienste: spezialreport über den Status der angehörigen der Minderheiten in staatlichen und öffentlichen Institutionen; 2. Band (Hebräisch), Jerusalem 1989.

²⁶⁴ Vgl. Aziz Haidar, *The Palestinian in Israel and the Oslo Agreement*, (arabische Ausgabe) Institut of Palestinam studies, Beirut 1997, a.a.O. S.60f.

²⁶⁵ Vgl. Jahresbericht der Organisation Sikui 1993-1994, (Hebräisch) Jerusalem, S. 42.

²⁶⁶ Lustik, Ian, *Die Stillhaltenden...*, a.a.O., S. 108.

in den zionistischen politischen Parteien und im Gewerkschaftsbund Histadrut. Diese Trennung hat zum Ziel, die Wege zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufstieg zu versperren und den Kontakt zu den Juden zu verhindern. Außerdem dient die Existenz der „Arabischen Departments“ dazu, die Palästinenser von der parlamentarischen „policy-making-agenda“ fernzuhalten.²⁶⁷

Die geringen Aussichten der Palästinenser auf sozialen Aufstieg führen trotz der relativen Verbesserung ihres Lebensstandards zur Verschärfung ihres politischen Bewusstseins und forcieren ihre Frustrationsgefühle und ihre Unzufriedenheit.²⁶⁸ Die palästinensische Minderheit brachte und bringt immer noch ihr politisches und soziales Bewusstsein durch Protestaktionen, öffentliche Erklärungen und Generalstreiks zum Ausdruck. Alarmierend ist die Situation seit dem Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000. Bei den Solidaritätskundgebungen im Oktober letzten Jahres brach die politische und soziale Frustration der palästinensischen Minderheit aus, die Reaktion der israelischen Sicherheitskräfte spiegelte die offizielle Haltung der Regierung zur palästinensischen Minderheit wider. Bei diesen Auseinandersetzungen erlitten 13 Palästinenser ihren Schussverletzungen. Die miserable wirtschaftliche Lage, die hohe Arbeitslosigkeit und das neue politische Bewusstsein der Palästinenser in Israel sind Faktoren, die ihre politische Partizipation in den nächsten Jahren sehr beeinflussen werden. Dies sind geeignete Grundlagen für Zusammenschlüsse und Kooperationen zwischen den palästinensischen politischen Parteien.

²⁶⁷ Smootha, S. Existing and Alternative Policy Towards the Arab in Israel, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 5, No. 1. (1982), S. 75

²⁶⁸ Vgl. Ginat, Israeli Arabs, Some Recent Social und Political Trends, in: *Journal of Asian and African Studies*, Vol. 23, No. 2-33 (1989), S. 202; vgl. auch Israeli, R., Arabs in Israel, The Surge of an New Identity, in: *Plural Societies*, Voll. 11 No. 3 (1980), S. 23.

5. Die politische Partizipation der palästinensischen Minderheit im jüdischen ethnischen Staat

Die Palästinenser in Israel besitzen seit 1949 das Wahlrecht für die Knesset. Ihre Wahlbeteiligung in den vierzehn Wahlen von 1949 bis 1996 betrug durchschnittlich 78 %. Am höchsten war die Wahlbeteiligung 1955 mit 90 %, am niedrigsten 1981 mit 68 %.²⁶⁹

Die Tatsache, dass die Palästinenser in Israel das Wahlrecht besitzen, bedeutet jedoch nicht generell, dass sie viel Einfluss ausüben. 1992 war die Regierung von Rabin zwar auf die Stimmen der palästinensischen Abgeordneten von der Demokratischen Front für Frieden und Gerechtigkeit (DFFG) und der Demokratischen Arabischen Partei (DAP) angewiesen. Bemerkenswertes hat dieser Vorteil für die palästinensische Minderheit allerdings nicht mit sich gebracht.

Arabische nationale Parteien in Israel, die sich offen gegen den zionistisch-jüdischen Charakter des Staates aussprachen, wurden verboten. Mit Ausnahme der linkszionistischen Vereinigten Arbeiterpartei (Mapam) hatten die zionistischen Parteien bis 1960 keine palästinensischen Mitglieder. Bis 1988 waren arabische Parteien in Israel, bis auf die Kommunistische Partei, „Satellitenparteien“, d.h., Organisationen, die von zionistischen Parteien gebildet wurden. Sie versicherten sich über abhängige arabische Kandidaten, die nach ihrer Wahl immer zusammen mit ihren „Mutter“-Parteien stimmen, der Unterstützung der palästinensischen Israelis.²⁷⁰

Sowohl die Gründung der PLO im Jahre 1964 und ihre Erfolge in den Jahren 1973-1974 auf der internationalen politischen Bühne, als auch die anhaltende israelische Expansionspolitik der Landenteignung und Wohn-

²⁶⁹ Vgl. S. Ozacky-Lazar/ A. Ghanem, *The Arab Vote for the 14th Knesset*, May 29, 1996, The Institut of Peace Reserch, Givat Haviva 1996 (Hebräisch)

²⁷⁰ Vgl. I. Lustick, *Arabs in A Jewish State – Israels Control of a National Minority*, Austin, Texas 1980. Vgl. auch Avishai Ehrlich, *die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozeß*, a.a.O. S. 114f.

raumeinengung im palästinensischen Sektor mit dem Höhepunkt des 30. März 1976, dem Tag des Bodens, haben das politische Bewusstsein der palästinensischen Minderheit in Israel sehr beeinflusst. In den 70er und Anfang der 80er Jahre war die palästinensische Minderheit bedeutsamen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen unterworfen. Im Kampf gegen die Landenteignung bildete sich aus arabischen Spitzen der Kommunalbehörden ein nationaler Rat, der später um alle arabischen Abgeordneten und Gewerkschaftsrepräsentanten erweitert wurde.²⁷¹ Der Rat (The Follow-up Committee for Arab Citizens) repräsentiert die palästinensische Minderheit inoffiziell gegenüber der Regierung. Seine wichtigste Aufgabe ist die Koordinierung der Aktivitäten, die sowohl innenpolitische Fragen als auch die Solidarität mit den Palästinensern in den Besetzten Gebieten betreffen. Die Tatsache, dass Mitgliedschaft und Engagement im Rat auf freiwilliger Basis basieren und das Befolgen der Beschlüsse des Rates vom Willen des einzelnen Mitgliedes abhängig ist, macht Bedeutung und Erfolg des Rates nicht immer glänzend. Nicht nur die politischen und persönlichen Differenzen zwischen den Mitgliedern des Rates verhindern die konstruktive Arbeit. Auch die traditionellen Clan-Strukturen die in den meisten palästinensischen Kommunen herrschen und maßgebend für den Ausgang der Kommunalwahlen sind, tragen zu den Misserfolgen bei. Die Kommunalwahlen basieren auf dieser mittelalterlichen Clan-Struktur, die leicht zu manipulieren ist und seitens der mächtigen zionistischen Parteien des Öfteren wirtschaftlich und politisch beeinflusst wird. Nicht desto trotz hat der Rat in zahlreichen Situationen eine Schlüsselrolle bei der Koordination der Aktivitäten der palästinensischen Minderheit gespielt und sie zum Erfolg geführt. Am 24. Juni 1987 rief der Rat zu einem Generalstreik unter dem Motto „Tag der Gleichberechtigung“ auf und der Tag war ein großer Erfolg für die palästinensische Minderheit. Die Führung triumphierte und der israelischen

²⁷¹ Vgl. auch Avishai Ehrlich, die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozeß, a.a.O. S. 116.

Regierung halfen weder die eingesetzten Sicherheitskräfte noch die Warnung, die Notstandsgesetze in Kraft zu setzen. Der Minister für arabische Angelegenheiten kommentierte die Aktion mit dem Satz: „Das Kontrollsystem über die Minderheiten hat versagt“.²⁷²

Die Kommunistische Partei und die von ihr 1977 gegründete Demokratische Front für Frieden und Gerechtigkeit (DFFG) haben sich stets die abstrakte Gleichberechtigung auf ihre Fahne geschrieben. Die Gleichberechtigung wurde nie richtig definiert, sie beschränkte sich lediglich auf gleiche Haushalte für die Kommunen. Sie bedeutet mehr Rechte und keinesfalls eine wesentliche rechtliche, verfassungsmäßige Gleichberechtigung, die auf gleichwertige Bürgerschaft stützt. Mit anderen Worten, es ist davon auszugehen, dass die Bürgerschaft und nicht die religiöse Zugehörigkeit maßgebend für das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Individuum ist. Die faktische Trennung zwischen der Gleichberechtigung und der nationalen Frage führt zwangsläufig zur stufenweise verstümmelten Israelisierung.²⁷³

Mit der zunehmenden Unzufriedenheit über das politische Programm der Kommunisten, der gleichzeitigen Auflösung der Satellitenparteien und dem Abgang ihrer traditionellen Führung, die 1981 den Wiedereinzug ins Parlament nicht schaffte, begann eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der DFFG mit anderen patriotisch orientierten Akademikern nach einem Ausweg zu suchen. Sie wollten den nationalen Charakter der Palästinenser in Israel hervorheben und das gemeinsame Schicksal mit dem Rest des palästinensischen Volkes betonen. Sie gründeten am 27. November 1981 eine politische Gruppe in Nazareth mit dem Ziel, die Kommunalwahlen zu gewinnen. Die Gruppe änderte ihren Namen im Januar 1982 und hieß fortan „Die Arabische Progressive Bewegung“. Am 24. April des selben Jahres wurde der Name erneut geändert, die Gruppe hieß nun

²⁷² Aziz Haider, Die Formen der politischen Arbeit unter der palästinensischen Araber in Israel, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 18. Ausgabe, Nr.1 1990, S. 7-57 (arabisch)

²⁷³ Vgl. Azmi Bishara, Die Araber in Israel.... , a.a.O, S. 86f (arabisch)

„Progressive Liste für Frieden“, damit wollten sie die Bereitschaft zur Kooperation mit jüdischen Friedensaktivisten signalisieren. Die Liste hat in den Wahlen von 1984, mit Hilfe zahlreicher, kleinerer palästinensischer nationaler Gruppen und zahlreicher linker Juden einen Sieg erreicht und bekam zwei Sitze im Knesset.²⁷⁴ In den Wahlen von 1988 hat die Liste nur einen Sitz bekommen. Für die Niederlage waren sowohl die Gründung der Arabischen Demokratischen Partei als erste arabische Partei in Israel, als auch die internen Unstimmigkeiten über das politische Programm innerhalb der verschiedenen Strömungen der Liste verantwortlich. Die Liste existiert nicht mehr. Zahlreiche Mitglieder engagieren sich jetzt innerhalb der Demokratischen Nationalen Union (DNU).

Neben den politischen Parteien und den überregionalen Organisationen haben sich in der Zeit nach 1967 zahlreiche politische Gruppierungen und Interessenvertretungen gebildet. Die wichtigsten sind:

- Die Bewegung „Söhne des Dorfes“, die in den 70er Jahren gegründet wurde. Sie lehnt den Staat Israel als jüdischer Staat kategorisch ab. Bis zu ihrer Spaltung Anfang der 90er Jahre boykottierte die Gruppe die Parlamentswahlen. Zahlreiche Aktivisten der Bewegung haben sich zusammen getan und sind seit 1996 als eine Gruppe in die DNU eingetreten²⁷⁵.
- Das „Nationale Komitee zu Bodenverteidigung“, wurde 1975 gegründet, um aktiv gegen die Landenteignungspolitik der israelischen Regierung vorzugehen. Es war die erste Organisation, die auf nationaler Basis aufgebaut war. Ihr Aufgabenbereich wird zum größten Teil vom Follow-up Committee abgedeckt.

²⁷⁴ Jacob M. Landau, *The Arab Minority in Israel 1967-1991 political Aspects*, Oxford 1993, S. 116f

²⁷⁵ Mehr dazu in ebd. S. 105-111, auch in Vgl. Aziz Haidar, *The Palestinian in Israel and the Oslo Agreement*, (arabische Ausgabe) Institut of Palestinam studies, Beirut 1997, a.a.O. S.173f.

- Die „Arabische Studenten Union“ hat seit ihrer Gründung 1973 eine wichtige Rolle bei dem Kampf der palästinensischen Minderheit in allen Bereichen des Lebens gespielt. Sie besetzt Vertretungen und Zweigstellen in allen israelischen Universitäten. Die meisten Nachwuchspolitiker der neuen Generation stammen aus den Reihen der Union.

Neben diesen Organisationen sind noch die verschiedenen Gruppen der Duzen zu erwähnen. Wie das „Komitee der Drusischen Initiative“ und die über 100 Nichtregierungsorganisationen, die sich in allen Belangen des Lebens der palästinensischen Minderheit engagieren und erheblich dazu beitragen, das sozialpolitische Bewusstsein zu stärken. Sie ermöglichen indirekt, dass die breite Masse an dem täglichen politischen Geschehen aktiv teilnimmt.

So kommt man zum Ergebnis, dass während der letzten zwei Dekaden die palästinensische Minderheit enormen internen strukturpolitischen Veränderungen ausgesetzt war, insbesondere in der politischen Partizipation und Organisation. Zwei Eigenschaften des politischen Selbstverständnis der palästinensischen Minderheit zeichnen diese Epoche aus. Die erste ist der Wandel von einer fügsamen, orientierungsschwachen Bevölkerungsgruppe zu einer selbstbewussten, starken Minderheit, die das politische Geschehen im Land ernsthaft beeinflussen kann. Die zweite ist die Fähigkeit, sich schnell und koordiniert mit den neuen politischen und sozioökonomischen Ereignissen im Land und in der Region auseinander zu setzen und daran teilzunehmen.²⁷⁶

Deutlich war die Rolle der Kommunalpolitiker und der gesamten Kommunalverwaltung, hinzu kommt das überwältigende Erneuerungspotenzial, das die politische Elite erlebt hat. Neue politische Strömungen und beträchtliche Übereinstimmung in nationalen Fragen haben dazu geführt,

²⁷⁶ Vgl. Aziz Haidar, *The Palestinian in Israel and the Oslo Agreement*, (arabische Ausgabe) Institut of Palestinam studies, Beirut 1997, a.a.O. S.129.

dass die Koalitionen und Zusammenschlüsse auf der politischen Bühne neu positioniert wurden. Es entstanden viele neue Parteien und Unionen.

5.1 Die politischen Parteien und ihren politischen Programme

In diesem Kapitel werden die politischen Parteien behandelt, die sich in den Wahlen von 1996 aufgestellt haben und immer noch, entweder als eigenständige Partei oder in einer Union, aktiv sind. Behandelt werden aber nur überregionale Parteien. Lokale politische Bewegungen werden in diesem Kapitel nicht berücksichtigt.

5.1.1 Die israelische Kommunistische Partei RAKAH (IKP)

Die Gründung der Kommunistischen Partei (KP) in Palästina in den 20er Jahren verlief parallel mit der Formation einer arabischen und jüdischen Arbeiterklasse während der Mandatszeit und im Schatten eines langsam schleichenden Konflikts zwischen den Palästinensern und den jüdischen Immigranten. Die Anhänger der Partei waren die antizionistischen Immigranten und die gebildete palästinensische Elite, insbesondere unter den Christen, und natürlich die engagierten palästinensischen Arbeiter.²⁷⁷ Die binationale Komposition zerbrach 1943 in eine jüdische (Palästinensische Kommunistische Partei) und eine arabische Partei (Die Nationale Liga für Befreiung). Die pro sowjetische Haltung und die marxistisch-leninistische Überzeugung beider Parteien verleiten sie zur Vereinigung nach der Al-nakba 1948. Fortan hieß die Partei IKP-Maki. Die Partei war auf der einen Seite antizionistisch, auf der anderen unterstützte sie die UNO-Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Lösung nationaler Konflikte. Maier Wilner, ein führendes Mitglied der IKP, war einer

²⁷⁷ Ilana Kaufman, *Arabb National Communism in the Jewish State*, Gainesville, 1997, S. 23

der ersten Unterzeichner der israelischen Unabhängigkeitserklärung.²⁷⁸

Die geopolitische, nationale Auseinandersetzung spaltete die Partei 1965 erneut. Am Ende entstand die IKP-RAKAH mit einer arabischen Mehrheit und einer jüdischen Minderheit. Ideologisch fühlt sich die IKP, auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Marxismus-Leninismus verbunden. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien im Nahen Osten hat die IKP weder ihr politisch-ideologisches Ziel noch ihren Namen nach dem Ende des kalten Krieges geändert.

Seit 1967 kämpft die Partei an vorderster Front gegen die Besatzung und für die Errichtung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Die Gleichberechtigung zwischen Palästinensern und Juden in Israel ist das Hauptziel der Partei seit den 50er Jahren. Bis 1976 hat die Partei quasi eine Monopolstellung unter der palästinensischen Intelligenz. Sie war der Gegenpol zu den Satellitenparteien. Ihr verdankt die palästinensische Minderheit die Bewahrung ihrer nationalen Identität in den ersten 20 Jahren nach der Staatsgründung. Die IKP erlebt seit ihrer Gründung 1965 einen heiklen Widerspruch zwischen der Akzeptanz der kolonialistischen, expansionistischen Politik der zionistischen Bewegung, der Anerkennung des Staates Israel ohne definierbare Grenzen und zwischen dem Wesen der Partei, dem ideologischen, revolutionären Charakter. In diesem Dilemma bewegt sich die IKP immer noch. Dieser Widerspruch hat den Weg der Partei im jüdischen Sektor versperrt und die palästinensische Minderheit sah in ihr nur eine Verfechterin ihrer täglichen Interessen. Mit dem aufkeimenden nationalen Erwachen innerhalb der palästinensischen Minderheit verlor die IKP ihre Monopolstellung. Die Unklarheit zwischen den nationalen und den integrativen ethnonationalen Zielen der Partei bewegte zahlreiche Aktivisten und Anhänger zum Wechsel zu den neu gegründeten Parteien mit deutlich patriotischem Charakter. Der

²⁷⁸ Jibriel, Mohamed, Die Palästinenser in den Gebieten von 1948, dauerhafter Widerstand 1948-1988, Jerusalem 1990, S. 195. (arabisch)

Einfluss der Partei verschwand auch in den Kommunen, wo sie ihre Stärke jahrelang gezeigt hat.

5.1.2 Die Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung HADASH (DFFG)

Nach einem Beschluss des 18. Parteitages der IKP RAKAH in März 1977 wurde eine „lockere“ Union mit dem Namen DFFG ins Leben gerufen. Dies geschah kurz vor den 9. Parlamentswahlen und zwei Jahre nach einem erfolgreichen Modelversuch auf kommunaler Ebene in der Stadt Nazareth. Und auch genau ein Jahr nach dem „Tag des Bodens“ und der dadurch entstandenen nationalen Wiedergeburt und der neuen patriotischen Entschlossenheit der palästinensischen Minderheit in Israel, für ihre Rechte als nationale Minderheit zu kämpfen.²⁷⁹

Die Gründungsgruppen der HADASH DFFG waren: die IKP RAKAH, die Schwarzen Panther²⁸⁰, die Demokratische Nazareth Front, die Drusische Initiative, einige Kommunalpolitiker und Aktivisten der Studenten- und Arbeiterbewegung sowie zahlreiche palästinensische und jüdische Akademiker.

Die HADASH hat eine organisierte Parteistruktur mit verschiedenen Führungsgremien und zahlreichen Ortsverbänden. Die Mitgliedschaft unterliegt keiner ideologischen Einschränkung. Das politische Programm der HADASH ist weit gefasst und behandelt die einzelnen Problemfelder nur vage. Es reicht von der Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen über den Arbeiterkampf für mehr Rechte und Mitbestimmung bis hin zur Unterstützung der palästinensischen Brüder bei ihren Forderungen nach

²⁷⁹ Beschlusscript des 18. Parteitag der IKP, Nazareth 1977, S. 204f (arabisch)

²⁸⁰ Schwarzer Panther ist eine Protestbewegung orientalischer Juden. Sie wurde in den 60er Jahren gegründet. Die Bewegung hat nur kurz als eine Massenbewegung standgehalten, später zerbrach sie in Kleingruppen, die sich den verschiedensten Parteien anschlossen. Eine kleine Gruppe, geführt von Charly Biton, hat den Namen weiter geführt.

Selbstbestimmung und der Errichtung eines eigenen Staates. Bei genauerer Betrachtung, auch der später hinzugekommenen Verbesserungen und Erneuerungen des politischen Programms, stößt man immer noch auf eine verblüffende Synonymie mit dem politischen Programm der IKP.²⁸¹

Die Motive zur Gründung der HADASH bei der IKP waren vielfältig. In erster Linie sollte der Schritt die patriotische nationalistische Stimmung im palästinensischen Sektor abfangen und sie für den demokratischen Kampf gegen die israelische kolonialistische Politik mit den antiimperialistischen jüdischen Kräften vereinen. Diese Realpolitik, wie die Kommunisten damals ihren Schritt bezeichneten, sollte mit seinem pragmatischen politischen Programm „die Grenze ziehen zwischen denen, die unermüdlich für den echten gerechten Frieden kämpfen und denen, die unüberlegte abenteuerliche Programme vorlegen und sogar denjenigen, die kapitulationalistische Ideen repräsentieren“²⁸².

Die IKP hat HADASH für die engen parteilichen Interessen instrumentalisiert. Saliba H´amis, führendes Mitglied der IKP, hat das Verhältnis folgendermaßen beschrieben: „Die Entscheidung der Partei ist auch HADASH-Entscheidung, die Position der Partei ist auch HADASH-Position, die HADASH-Mitglieder sind mehrheitlich Mitglieder der IKP, HADASH war nicht mehr als ein Schild, das man vor dem IKP Schild aufgehängt hat.“²⁸³. Wegen seiner kritischen Haltung zu dem Verhältnis der Partei zu HADASH und wegen des großen Einflusses der jüdischen Genossen in den Gremien wurde Saliba H´amis 1986 aus der Partei ausgeschlossen.

²⁸¹ Ilana Kaufman, *Arabb National Communism in the Jewish State*, a.a. O., S. 38. Vgl. auch Beschlusscript des 19. Parteitag der IKP, Nazareth 1981, S. 137-38 (arabisch)

²⁸² Beschlusscript des 20. Parteitag der IKP, 1985, S. 74 (arabisch)

²⁸³ Interview mit Salbia H´amis, 10.8.1988 in Haifa, Zitat nach Jibriel, Mohamed, *Die 48-Palästinenser, dauerhafter Widerstand 1948-1988*, a.a.O., S. 120. (arabisch)

Bis 1983 war HADASH in allen Wahlen für das Parlament, die Gewerkschaften und die Kommunalwahlen sehr erfolgreich. Dies ist sicherlich auch ein Ergebnis der starken Rückendeckung, die HADASH durch die Clan-Struktur in den palästinensischen Ortschaften bekommt. Die Kooperation mit den Clans folgt einer einfachen Logik. Die Clans bekommen die Unterstützung der HADASH in den Kommunalwahlen und die HADASH bekommt deren Unterstützung bei den Parlamentswahlen, so wie es die zionistischen Parteien jahrelang mit den Sattelitenparteien gehandhabt hatten.

Die Ziele der HADASH unterscheiden sich kaum von den anderen palästinensischen politischen Kräften. Sie tritt einfach offensiver für die Integration der Palästinenser im Staat auf. Sie hat von Anfang an den Osloer Friedensprozess und die palästinensische Selbstverwaltung unterstützt.

Trotz allem bleibt HADASH die stärkste politische Kraft innerhalb der palästinensischen Minderheit. Dies belegen sowohl die Meinungsforscher als auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre.

5.1.3 Die Demokratische Arabische Partei (DAP)

Die DAP wurde 1988 kurz vor den Parlamentswahlen von dem ehemaligen langjährigen Mitglied der Israelischen Arbeiter Partei, Abdel Wahab Darawshe, gegründet²⁸⁴. An der Gründungsversammlung der Partei nahmen etwa 600 Personen teil: Arabische Bürgermeister und Kommunalpolitiker, Christen und Moslems, drusische Aktivisten und zahlreiche arabische Geschäftsleute. Darawshe kündigte an, dass die Araber früher Juden für den Knesset gewählt hätten und jetzt die Zeit reif für die Araber sei, sich selbst zu wählen.²⁸⁵ Es klingt etwas extremistisch, aber Daraws-

²⁸⁴ J.M. Landau, *The Arab Minority in Israel...* a.a.O. S. 120

²⁸⁵ ebd. 121

he hat immer darauf beharrt, den israelischen Konsens nicht zu verlassen.²⁸⁶ Das politische Programm der DAP unterscheidet sich kaum von dem der MERETZ²⁸⁷, ja sogar von der Arbeiterpartei. Die beiden Parteien sind die größten Konkurrenten der DAP bei den Wählern der palästinensischen Minderheit.²⁸⁸

Die programmatische Nähe, die politische Vergangenheit der Gründer der DAP und die Tatsache, dass gerade 1988 – also in dem Jahr, als die national-patriotische Stimmung wegen der Intifada in der palästinensischen Minderheit ihren Höhepunkt erreicht hatte - Darawshe grünes Licht zur Gründung einer „rein arabische Partei“ bekommt, hat zahlreiche Kritiker veranlaßt an den Absichten der DAP zu zweifeln. In September 1976 veröffentlichte die israelische Zeitung „Al Hamishmar“ ein Geheimdokument des Militärgouverneur des Nordens, Israel Kinng. Dieses Dokument sollte als Leitfaden für die Politik jeder israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Minderheit gelten. Im zweiten Abschnitt der Empfehlungen steht, dass als Offensive zu den patriotischen Tendenzen innerhalb der palästinensischen Minderheit die Gründung einer arabischen Partei als Tochter der Arbeiterpartei angestrebt werden sollte. Ihre Schwerpunkte sollten bei Gleichberechtigung, Frieden, Integration, Sprache und Kultur liegen²⁸⁹. Die Frage, die immer wieder und bis heute gestellt wird, ist, ob die DAP diese vermeintliche arabische Partei ist?

Das Wesen des politischen Programms, das Darawshe des Öfteren betont, ist dieses: Die Araber in Israel waren immer loyale Bürger, ihr einfa-

²⁸⁶ ebd. 121

²⁸⁷ eine jüdische linksgerichtete Partei, die für einen Frieden mit den Palästinenser wirbt. Ihre Anhängerschaft kommt meistens aus der Mittelschicht. Die Partei hat viele palästinensische Mitglieder. Die erste palästinensische Frau im Knesset kam in den Wahlen von 1999 als MERETZ-Abgeordnete hinein.

²⁸⁸ Aziz Haider, Die Palästinenser in Israel im Schatten..... a.a.O. S. 169f

²⁸⁹ Jibriel, Mohamed, Die 48-Palästinenser... a.a.O., S. 104f. (arabisch), auch Al Hamishmar, 7.September 1976, auch R. Pedatzur in Ha'aretz (Magazin), 4.Februar. 1983

cher Wunsch ist nur die Errichtung eines palästinensischen Staates neben Israel.

In den Wahlen von 1996 kooperierte die DAP mit einem Teil der islamischen Bewegung in Israel, was ihr Image und die Wahlergebnisse steigern ließ.

Die DAP besitzt keine eindeutige Parteistruktur. In der Basis arbeitet die Partei mit einzelnen Personen, die Einfluss auf ihre Umgebung ausüben können, wie Geschäftsleute, mächtige Clanchefs u.a.. Nur kurz vor den Wahlen werden die so genannten Ortsgruppen und Verbände aktiviert.

5.1.4 Die Arabische Bewegung für Erneuerung (ABE)

Die ABE wurde 1992 von dem persönlichen Berater Arafats für israelische Angelegenheiten, Dr. Ahmed Tibi, gegründet. Das Ziel war, mit Hilfe der pragmatischen Fraktion in der islamischen Bewegung, mit dem Scheich Abdallah Nimir Darwish und Aktivisten der progressiven Bewegung an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Die islamische Bewegung hat ihre Strategie geändert und eine Koalition mit der DAP geschmiedet, so musste Tibi seine Pläne verschieben und sagte die Teilnahme seiner Partei an den Wahlen ab. 1999 gelang es ihm durch Koalition mit der DNU ein Mandat in der Knesset zu gewinnen.

Die ABE ist eine Ein-Mann-Partei, die zwar einen hohen Bekanntheitsgrad und Akzeptanz in der palästinensischen Minderheit hat, aber dies ist nur durch die Popularität des Vorsitzenden Tibi zustande gekommen. Basisarbeit und Parteistrukturen sind weitgehend unbekannt. Das politische Programm der Partei ist eine Mischung aus dem der HADASH und DAP.

5.1.5 Die Demokratische Nationale Union (DNU)

Die DNU ist ein Zusammenschluss linker patriotischer Gruppen und Intellektueller. Die meisten von ihnen waren früher engagierte Anhänger der IKP. Die Integrationspolitik der IKP, ihre verbalen Gleichberechtigungsforderungen und die labile Haltung gegenüber der israelischen Regierung haben den Anstoß zur Gründung gegeben. Die Ethnonationalisierung der Politik in Israel seit Anfang der 90er Jahre hat die Weichen gestellt für das laute Nachdenken zur Ethno-Formierung der palästinensischen Minderheit.

5.1.6 Die Demokratische Nationale Union (DNU)

Die DNU ist ein Zusammenschluss linker, patriotischer Gruppen und Intellektueller, von denen die meisten früher engagierte Anhänger der IKP waren. Die Integrationspolitik der IKP, ihre verbale Gleichberechtigungsforderungen und die labile Haltung gegenüber der israelischen Regierungen haben den Anstoß zur Gründung gegeben. Die Ethnonationalisierung der Politik in Israel seit Anfang der neunziger Jahre hat die Weichen für das laute Nachdenken zur Ethno-Formierung der palästinensischen Minderheit in Israel gestellt.

Die zentralen Forderungen der DNU - außerdem die Eckpfeiler ihres politischen Programms - sind:

- Israel sollte ein demokratischer Staat werden. Staat seiner Bürger, jüdischer und palästinensischer. Dafür muss zuerst der jüdische, zionistische exklusive Charakter des Staates und alles, was damit an Gesetze und Verordnungen verbunden ist, abgeschafft werden.
- Die Palästinenser in Israel sollten als eine nationale Minderheit anerkannt werden und die international anerkannten Rechte der Minderheiten voll genießen.

- Die palästinensischen Minderheit hat das Recht auf eine kulturelle Autonomie.²⁹⁰

Die DNU betont, dass die nationale Formierung der palästinensischen Minderheit in Israel keinesfalls als Bremse oder gar als Schädigung der jüdisch-arabischen Zusammenarbeit in Fragen der Gesellschaft und des Staates verstanden werden sollte. Das politische Programm beinhalte keine separatistischen Forderungen. Die nationale Formierung untersteht denselben staatlichen Gesetzen, mit denen man weiterhin im selben Parlament für einen demokratischen Staat arbeiten wird. Ein Staat seiner gleichgestellten Bürger.²⁹¹

Der Weg zu einer nationalen Minderheit muss unbedingt zur direkten Wahl eines nationalen Repräsentantengremiums für die palästinensische Minderheit führen. Die Finanzierung des Gremiums ist genauso wichtig wie die freie demokratische Wahl. Sie sollte entweder direkt von den palästinensischen Bürger erhoben werden oder indirekt durch einen Teil der allgemeinen Steuer, die an den Staat bezahlt wird. Ohne Finanzierung bleibt die Rolle dieses Gremium beschnitten.²⁹²

Die DNU hat an den letzten beiden Parlamentswahlen teilgenommen, jeweils mit einem anderen Partner. 1996 war sie Partner der HADASH und es gelang, einen Abgeordneten ins Parlament zu schicken. 1999 ging sie eine Koalition mit der ABE ein und wiederum gelang es, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen.

In ihrer Parteiorganisation und Basisarbeit geht die DNU den Weg der HADASH. Basisorientierte Struktur und Massenmobilisierung sind die Grundbausteine der Parteiarbeit bei der DNU. Bei der vorgezogenen Wahl zum Ministerpräsidenten Anfang 2001 kündigte der Parteivorsitzender Dr. Azmi Bishara seine Kandidatur an. Ein historischer Schritt in der politi-

²⁹⁰ Khaled Aied, Die israelische Wahlen, Ergebnisse und Zusammenhänge, in Institut for Palestine Studies. Vol. 27, Sommer 1996 S. 26-34 hier S. 28.

²⁹¹ Vgl. Azmi Bishara, Die Araber in Israel..., a.a.O, S. 134 (arabisch)

²⁹² ebd. S. 133

schen Bewusstseinsentwicklung der palästinensischen Minderheit in Israel. Trotz des Verzichts des Kandidaten kurz vor der Wahl erlangten die DNU und ihre Funktionäre einen gigantischen Bekanntheitsgrad in Israel und im gesamten Nahen Osten. Die unaufhaltsame Mobilisierung der DNU gegen die israelischen Besatzung Südlibanons, des Gaza Streifens und der Westbank und das dauerhafte Engagement für die Unterstützung der Palästinenser in den Autonomen Gebieten hat den Zorn der israelischen Sicherheitskräfte auf die DNU und ihre Führung verstärkt. Die Solidaritätsäußerungen waren Anlass zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Abgeordneten Bishara, um anschließend gegen ihn eine Anklage zu erheben. Erstmals in der 53-jährigen Geschichte des Staates Israel wird die Immunität eines Abgeordneten wegen seiner politischen Meinung aufgehoben. Ein Zeichen für die Grenze der politischen Partizipation der Palästinenser im jüdischen Staat.

Die DNU hat den Osloer Friedensprozess beschränkt unterstützt. Des Öfteren hat sie ihre Bedenken über die Zerstückelung der palästinensischen nationalen Interessen geäußert. Vor allem hat sie die Abkopplung der Interessen der palästinensischen Minderheit in Israel seitens der PLO und später der Autonomiebehörde von den restlichen Interessen des Palästinensischen Volkes kritisiert.

5.1.5. Die Islamische Bewegung (IB)

Die Renaissance der Islamisten und die Gründung der IB begann mit der Besetzung der Westbank und des Gaza Streifens. Kurz nach dem Krieg 1967 begann sowohl bei den Moslems als auch bei den Juden in Israel eine ähnliche Wiedererweckung der nationalen und religiösen Identität.²⁹³

Die Aktivitäten der IB begannen Ende der 70er, Anfang der 80er im Dreieck, ein Gebiet das an die Westbank angrenzt, später erreichten sie auch Galiläa.²⁹⁴

Zuerst arbeitete die IB in kleinen Gruppen auf lokaler Ebene. Meistens beschränkte sich ihr Engagement auf karitative Einrichtungen und missionarische Tätigkeiten. Ihre sozialpolitischen Botschaften waren einfach und wirksam: Die Jugend muss wieder auf den richtigen Weg finden, Das Kranken der islamischen Gesellschaft und das herrschende Elend ist ein Resultat des Eindringens der materiellen, atheistischen, imperialistischen, westlichen Kultur. Sie hält die Menschen davon ab, ihr Leben so zu richten, wie es die Lehre des Islams verlangt.²⁹⁵

Die IB hat eine kraftvolle, mächtige politische Botschaft. Nämlich, dass der Verlust Palästinas – heiliges, islamisches Land(Waqf) – an den Juden 1948 als Ergebnis des Verlustes des religiösen Vertrauens der Araber geschah.²⁹⁶

Mit dem Ausbruch der ersten Intifada Ende 1987 hat die soziopolitische Arbeit der IB deutlich zugenommen. Den Kontakt zu den islamischen Brüdern in der Westbank und im Gaza Streifen wurde intensiviert. Das Engagement der IB blieb nicht nur bei der humanitären Hilfe, die alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen der palästinensischen Minderheit unterstützte, sondern sie half zudem beim Druck der Flugblätter der Intifada, als die vereinigte Führung der Intifada unter massivem

²⁹³ Zeitschrift für Internationale Angelegenheiten, Vol. 1, 1.Jahrgang Um El-fahim-Israel 1994, S.75 (arabisch)

²⁹⁴ mehr dazu in Mayer, Tomas. Das Erwachen der Moslems in Israel, Institut for Arab Studies, Givat Haviva 1988 (hebräisch)

²⁹⁵ Ilana, Kaufman. Arab National Communism in the jewish State, Gainesville, 1997, S. 117f

²⁹⁶ ebd. S.188

Druck der Israelis stand. Die Flugblätter mit dem No. 11 und 12 wurden in Um El Fahim im arabischen Dreieck und Hochburg der IB gedruckt.²⁹⁷ Von nun an waren einige Persönlichkeiten der IB dafür, dass die IB sich mehr der Politik widmen sollte. Die israelischen Behörden versuchten die IB ins Rampenlicht zu rücken, um den Einfluss der patriotischen Kräfte in Schach zu halten, einzuschränken.²⁹⁸ Der Gründung einer islamischen Fakultät in Um El Fahim ist nur ein Indiz von vielen dafür.

1989 hat die IB die Kommunalwahlen in mehreren Kommunen gewonnen. Auch in Ortschaften, in denen die IKP den Bürgermeister stellte.

Kurz vor den Parlamentswahlen 1992 äußerte sich der Scheich Nimir Darwish positiv zur möglichen Teilnahme der IB an diesen Wahlen. Die Mehrheit der IB war aber dagegen. Den Kompromiss fand man in einer vagen Empfehlung an die Mitglieder, an den Wahlen teilzunehmen, ihnen aber die Wahl der Partei zu überlassen.²⁹⁹

In der IB sind drei Richtungen deutlich sichtbar, die nicht unbedingt politisch auf einer Linie sind. Die erste ist eine pragmatische, einflussreiche Gruppe, geführt vom Scheich Nimir Darwish. Sie vermeidet jegliche Konfrontation mit den israelischen Behörden und tritt für die Integration in der israelischen Realität ein. Sie ist für die Beteiligung der IB an den Parlamentswahlen. Die Fraktion verfügt über sehr gute Kontakte zur palästinensischen Autonomiebehörde und spricht sich offen für den Friedensprozess aus. Die zweite Fraktion innerhalb der IB wird vom zweiten Mann geführt, Scheich Raid Salah. Auf kommunaler Ebene pflegt er sehr gute Kontakte zu den israelischen Behörden, um den Zugang zu den staatlichen Ressourcen für Dienstleistungen und Infrastrukturentwicklung aufrecht zu erhalten. Die guten Kontakte zu den islamischen Parteien in den Autonomen Gebieten haben dazu beigetragen, dass die Fraktion sich immer bedeckt hielt, wenn es um den Friedensprozess ging. Die dritte

²⁹⁷ Ziv, Sheef, und Ahud Yaari. Intifada, Tel Aviv 1990, S. 237f.

²⁹⁸ Jibril, Mohamed. Die 48er Palästinenser a.a.O. S.141

²⁹⁹ Ilana, Kaufman. Arab National Communism in the jewish State, a.a.O. S. 119

und kleinste Fraktion ist eine konservative, strenge Gruppe und wird geführt vom Scheich Kamal Khatib. Sie war immer für den Boykott der israelischen Wahlen.

Der Richtungskampf innerhalb der IB hat seinen Höhepunkt kurz vor den Wahlen 1996 erreicht und verursachte eine scheinbare Spaltung innerhalb der IB, die mit der Zeit deutlicher wurde.

5.2 Der Friedensprozess und die palästinensische Minderheit

Die Palästinenser, Bürger des Staates Israel, leben in einem Staat, der sich nicht als der ihrige ausgibt. Gleichzeitig ist dieser ein Staat vieler Menschen, die nicht seine Bürger sind. Mehr noch, die Palästinenser sind Bürger eines Staates, der auf den Ruinen seines Volkes errichtet wurde. Sie sind ein Teil des Volkes, dem der Staat Israel mit allen Mitteln versucht, seine nationalen Rechte zu nehmen und seines Boden und seiner Kultur zu berauben. Aber: die Palästinenser in Israel sind die Ureinwohner des Landes. In diesem Land möchten sie leben und an ihm teilhaben. Viele von ihnen glaubten, dass die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes den Weg ebnen würde, ihren bürgerrechtlichen Status im Staat aufzuwerten, sie mit anderen Augen und nicht mehr länger als den potenziellen Feind zu sehen. Die meisten der politischen Parteien und Bewegungen plädierten Jahrelang für die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Besetzten Gebieten neben dem israelischen Staat. Für sie war die Forderung eine Antwort auf die nationale Frage, die gleichzeitig auch die Tiefe der nationalen Identität und die Realität der Palästinenser in Israel aufweist. Viele glaubten, die Forderung nach einem palästinensischen Staat ist die Erfüllung der nationalen Wünsche der Araber in Israel an sich, so wie der israelische Staat die nationa-

len Wünsche der Juden in Amerika ausdrückt³⁰⁰. Die Befürworter dieser politischen Manöver achteten nicht auf die damit verbundene Israelisierung.

Diese kurzsichtige politische Betrachtungsweise und oberflächliche nationale Strategie der palästinensischen politischen Elite führte zu einer programmatischen Krise schon kurz nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge zwischen der PLO und der israelischen Regierung. Der Unterschied zwischen den linken zionistischen Parteien und den arabischen Parteien verschwand. Die Massen interpretierten das Engagement der Arbeiterpartei im Osloer Prozess und die Unterzeichnung der Verträge als eine deutliche Zusage für einen palästinensischen Staat. Vor diesem Hintergrund entstand eine Krise im politischen Bewusstsein der palästinensischen Minderheit.³⁰¹ Die Menschen stellten von nun an die Frage, warum sie nicht direkt die zionistischen linken Parteien wählen sollen? Ihre politischen Forderungen decken sich mit denen der arabischen Parteien. Der einzige Unterschied ist, dass die zionistischen Parteien eher einen Einfluss auf die Regierung nehmen können als die arabischen Parteien, die bis jetzt noch nie in eine Regierungskoalition aufgenommen wurden.³⁰² Spätestens da begannen einige laut über ein neues politisches Programm für die palästinensische Minderheit in Israel nachzudenken. Das Programm sollte aus der Realität entspringen um diese zu ändern³⁰³. Der Friedensprozess hat die Palästinenser in Israel in eine tiefe Krise gestürzt. Ihre nationale Identität und ihre kollektive Zugehörigkeit zum palästinensischen Volk und zur arabischen Nation wurden stark erschüttert. Der Osloer Prozess hat von Anfang an die palästinensische Minderheit in Israel ignorant behandelt. Ihre Hoffnung, eine „Brücke des Friedens“ zu bilden, verblühte bevor sie überhaupt Realität wurde. Diese

³⁰⁰ Vgl. Azmi Bishara, Die Araber in Israel... , a.a.O, S. 86 (arabisch)

³⁰¹ ebd. S.87

³⁰² ebd. S. 87f

³⁰³ ebd. S.87

Gratwanderung im politischen und nationalen Bewusstsein der Palästinenser in Israel drückt sich in ihrem Wahlverhalten in den Wahlen seit 1992 deutlich aus.

5.2.1 Das Wahlverhalten der palästinensischen Minderheit - Zwischen Euphorie und Realität

In der letzten Dekade war das Wahlverhalten in Israel zum größten Teil vom Friedensprozess abhängig. Besonders deutlich war die Abhängigkeit bei der palästinensischen Minderheit zu beobachten. Sie hat ihre politische, sozioökonomische und bürgerrechtliche Zukunft eng mit dem Frieden zwischen Israel und den Palästinensern verknüpft. In den Wahlen von 1992 hatte Arafat die palästinensischen Israelis dazu aufgerufen, für das von der Arbeiterpartei geführte Friedenslager zu stimmen. Dies erklärt, warum die Araber bei dieser Wahl 51 Prozent ihrer Stimmen für zionistische Parteien abgaben – so viel wie nie zuvor.³⁰⁴ Zwischen 1992 und 1996 verfügte Rabins Regierungskoalition über eine sehr knappe Mehrheit, und als Shas³⁰⁵ die Koalition Mitte der Regierungszeit verließ, verlor Rabins Regierung ihre absolute Mehrheit in der Knesset. Rabin hatte keine andere Wahl, als sich auf die IKP (drei Sitze) und die DAP (zwei Sitze) zu stützen. Dies war der einzige Weg, den Oslo-Prozess fortzusetzen. Aber sogar dann wurden die arabischen Parteien nicht zu einem Teil der Koalition.³⁰⁶ Der rechts gerichtete Likudblock und zahlreiche religiöse jüdische Politiker zogen in den Wahlkampf 1996 mit der Parole: „Die Zukunft des jüdischen Staates liegt in den Händen von Goie-

³⁰⁴ Avishai, Ehlich. Israel: die Wahlen 1996... a.a.O. S. 117

³⁰⁵ eine orthodoxe, religiöse Partei die 1983/84 als eine Abspaltung von dem religiösen Lager Agudat Israel abspaltete. Diese Partei die hauptsächlich von marokkanischen Juden unterstützt wird, wird vom sephardischem Oberrabbiner Ovadia Josef geleitet.

³⁰⁶ Avishai, Ehlich. Israel: die Wahlen 1996... a.a.O. S. 117

em(Nichtjuden)³⁰⁷. Dies war nicht zuletzt eine der Ursachen für die Niederlage der Arbeiterpartei in den israelischen Wahlen vom Mai 1996.

Die palästinensischen Abgeordneten haben die Regierung Rabins blind und ohne jegliche Verbesserung ihres Status und der der palästinensischen Minderheit unterstützt. Ihnen blieb die Teilnahme in verschiedenen wichtigen Ausschüssen untersagt und bei den Verhandlungen mit den palästinensischen Oberbürgermeister über die Haushalte für die Kommunen wurden sie regelrecht übergangen. Diese Situation der Demütigung und Hingabe hat sowohl bei den Palästinensern als auch bei der Führung der Regierungsparteien eine ähnliche Überzeugung hinsichtlich der Zusammenarbeit:

- Die arabischen Massen waren davon überzeugt, dass der direkte Weg zu den zionistischen Parteien vielversprechender sei, um persönliche Vorteile zu erlangen, als der über die palästinensischen parlamentarischen Fraktionen und Abgeordneten.
- Sowohl bei der Arbeiterpartei als auch bei ihrem Koalitionspartner, der linkszionistische Mertz-Partei, hat sich folgende Strategie durchgesetzt: Nämlich, sich direkt mit den arabischen Angelegenheiten zu befassen und ihre Institutionen und Repräsentanten zu übergehen. Dies würde die Loyalität und Hingabe der Araber sichern und den Vorwurf der Rechten, dass sie die jüdische Mehrheit nicht repräsentieren und auf die Unterstützung der arabischen Abgeordneten angewiesen sind, etwas mildern³⁰⁸.

In dieser Zeit war die größte und Einflussreichste Gruppe innerhalb der palästinensischen Minderheit jene, die mit ganzer Überzeugung den jüdischen Staat als eine „fassbare Realität“ und als „normalen Zustand“ akzeptierten. Sie haben die Trennung zwischen der kulturellen nationalen Identität und der staatsbürgerlichen Identität verinnerlicht, und sahen darin keinen Widerspruch. Aus dieser Überzeugung heraus engagierten sie

³⁰⁷ Aziz Haider, Die Palästinenser in Israel... a.a.O. S. 184f

³⁰⁸ ebd. S. 149

sich, um die Gleichberechtigung im Staat zu erlangen, und zwar nicht durch Widerstand sondern durch Integration und Teilnahme an Aktionen und politischen Aktivitäten. Ihr Motto war die Forderung nach politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten im Staat bei gleichzeitiger Bewahrung ihres kulturellen nationalen Charakters.

Diese Tendenz fand ihren Ausdruck innerhalb der zionistischen Parteien insbesondere in der Arbeiterpartei und in MEREZ. Die Zahl der arabischen Mitglieder in der Arbeiterpartei betrug 55.000 und die bei der MEREZ erreichte 7.000 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder bei der Likud und anderen zionistischen Parteien ist unbekannt. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die arabische Gruppe innerhalb der Arbeiterpartei die größte ethnische Gruppe ist.³⁰⁹

Die Ermordung Rabins rief gemischte Reaktionen unter den palästinensischen Israelis hervor. Viele nahmen an den Trauerfeiern und Massenversammlungen nach dem Begräbnis teil.³¹⁰

Das Besondere an den Wahlen zum 14. Knesset 1996 sind zwei Erneuerungen in der Art und die Inhalte der Wahlen:

- Die Direktwahlen für das Amt des Ministerpräsidenten ermöglichten es den Wählern, ihre Stimme zu splitten. Dies hatten auch die meisten Israelis, Palästinenser wie Juden, genutzt und ihre Unterstützung der Partei gegeben, die ihre Interessen am deutlichsten vertritt. Die Ethnonationalisierung und Lobbyisierung der Politik vollzog sich in einer noch nie dagewesenen Art.
- Die zweite Erneuerung betraf die Wahlthemen. Es drehte sich fast alles um die jüdische Identität des Staates. Die Integration der palästinensischen Minderheit im Staat, ihr bürgerrechtlicher Status und die Integration Israels im Nahen

³⁰⁹ ebd. 179f

³¹⁰ Avishai, Ehlich. Israel: die Wahlen 1996... a.a.O. S. 117

Osten waren die Streitthemen zwischen den beiden großen politischen Blöcken, die Arbeiterpartei und der Likudblock³¹¹. Der Rat der arabischen Führer der Lokalbehörden bildete ein besonderes Komitee, das der Gefahr der Zersplitterung unter den arabischen Parteien begegnen sollte und zwischen den Fraktionen vermittelte: Zwei Zusammenschlüsse und der Rückzug eines Kandidaten führten dazu, dass sich zwei Hauptblöcke bildeten, ein mehr traditioneller und islamischer, der andere eher säkular: ein Teil der islamischen Bewegung ging einen Block mit der DAP ein. Sie nannte sich nun Vereinigte Arabische Liste. Bis 1996 war die islamische Bewegung gegen die Teilnahme als Partei an nationalen Wahlen, weil dies als Legitimierung des jüdischen Staat betrachtete und weil sie nicht an die Möglichkeit von Arabern glaubte, das zionistische politische System zu beeinflussen.³¹² Die Demokratische Nationale Union (DNU), ein loser Zusammenschluss linker, nationalistischer Gruppen und Intellektueller, bildete einen Block mit den Kommunisten. Die DNU startete eine öffentliche Diskussion über notwendige demokratische Veränderungen in der israelischen Gesellschaft und forderte Israel auf, ein Staat für alle seine Bürger zu werden. Sie plädierte gegen den Militärdienst palästinensischer Araber in den israelischen Streitkräften und für kulturelle nationale Autonomie für Palästinenser in Israel – Forderungen die weiter gingen und ambitionierter waren als die der Kommunisten, die den Kampf für individuelle Gleichberechtigung voran getrieben hatten.³¹³

Das Wahlverhalten der palästinensischen Minderheit in den Wahlen 1996 wurde maßgebend bestimmt durch die Ereignisse, die den Wahlen vo-

³¹¹ Aziz Haider, Die Palästinenser in Israel... a.a.O. S. 183

³¹² E. Rekhess, The Islamic Movement in Israel: The Internal Debate over Representation in the Knesset, in: Data an Analysis, Nr. 2, April 1996: The Program on Arab Politics in Israel, Tel Aviv University

³¹³ S. Ozacky-Lazar/ A. Ghanem, Autonomy to the Arabs in Israel. A Discussion at ist Start, in: Surveys on the Arabs in Israel, No. 5, Givat Haviva 1990 (hebräisch); ferner: Programm von HADASH und BALAD für die Wahlen zur 14. Knesset (hebräisch)

rausgingen. Es gab aufgrund der langen Abriegelung der Besetzten Gebiete viel Zorn auf die Regierung der Arbeiterpartei. Die miserable wirtschaftliche Situation und die Hoffnungslosigkeit in den Besetzten Gebieten haben die Gemüter der palästinensischen Minderheit in Israel strapaziert. Im April 1996 begann Israel die Operation „Früchte des Zorns“ im Libanon. Hunderttausende von Libanesen und palästinensischen Flüchtlingen wurden aus ihren Häusern vertrieben. Die Operation kulminierte in der Greuelthat in Kafer Kannah, als israelische Artillerie Flüchtlinge bombardierte, die Schutz bei einem UN-Posten gefunden hatten³¹⁴.

Die zurückhaltende Wahlwerbung der zionistischen jüdischen Parteien im palästinensischen Sektor, die zahlreichen Abmachungen mit den palästinensischen Politikern über bessere Haushalte für die Kommunen und die Zukunft der Minderheit im Land haben die Palästinenser nicht dazu bewegt ihre zweite Stimme – die für den Ministerpräsidenten - immer abzugeben. Die Wahlbeteiligung der Palästinenser war niedriger als die der jüdischen Wahlberechtigten und der Anteil ungültiger Stimmen lag bei den palästinensischen Wählern weitaus höher als bei den jüdischen Wählern. Etliche der ungültigen Stimmen waren aber sicherlich Proteststimmen.

Die zionistischen Parteien, die 1992 noch 53 Prozent erhalten hatten, erhielten 1996 nur 33 Prozent. Dies reflektiert auch die Enttäuschung über die Regierungskoalition. Trotzdem fielen von den gültigen Stimmen der palästinensischen Minderheit 94,8 Prozent an Peres, der Kandidat der Arbeiterpartei, und 5,2 Prozent an Netanyahu als zukünftigen Ministerpräsidenten³¹⁵.

Die Wahlergebnisse im jüdischen Sektor machen deutlich, dass die Mehrheit entschlossen ist, die Araber auszuschließen. Ihre Integration in

³¹⁴ Avishai, Ehlich. Israel: die Wahlen 1996... a.a.O. S. 118

³¹⁵ mehr zu den Wahlergebnissen im palästinensischen Sektor in: Benjamin Neubrig, Die Knessetwahlen bei den Arabischen und Drusischen Bevölkerung, Tel Aviv Universität- Dayan Zentrum -, Tel Aviv 1996 (Hebräisch)

der israelischen Gesellschaft und eine aktive Rolle im politischen Geschehen ist nicht erwünscht. Der Verzicht auf den jüdischen Charakter des Staates ist undenkbar. Der jüdische Sektor hat die Grenze der israelischen Demokratie für die palästinensische Minderheit wieder einmal deutlich skizziert. Sie liegt im Rahmen der Wahlberechtigung und Repräsentation in der Knesset und nicht mehr³¹⁶.

Die Wahlergebnisse von 1996 haben die Euphorie und den Optimismus, den die Araber in Israel in den letzten drei Jahren ausgestrahlt haben, verdrängt. Sie haben weiterhin die These bestätigt, dass der bürgerrechtliche Status als eine nationale Minderheit für die Palästinenser weit entfernt und mit ihrer politischen Kraft alleine schwer realisierbar ist. Diese Überzeugung und die Haltung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung zu diesem Thema haben das politische Klima seitdem sehr beeinflusst³¹⁷.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Mai 1999 haben die Tendenz zu mehr nationalem Bewusstsein innerhalb der palästinensischen Minderheit in Israel bestätigt. Bis auf wenige Umstrukturierungen innerhalb der palästinensischen Parteienlandschaft gab es kaum etwas Neues. 13 Palästinenser wurden in das neue Parlament gewählt. Zwei von der Arbeiterpartei, einer vom Likudblock, eine Abgeordnete von MEREZ, fünf von der Vereinigten Arabischen Liste, zwei von HADASH und zwei Abgeordnete der DNU.

Die politischen Programme der drei palästinensischen Parteiblocke sind bis auf einige kleine Punkte deckungsgleich³¹⁸. Insbesondere bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes waren sich fast alle einig: mit einem Regierungschef aus dem konservativen Lager wird es im Friedensprozess kaum Fortschritte geben. So unterstützte auch die Mehrheit der Palästinenser den Kandidaten der Arbeiterpartei, Ehud Ba-

³¹⁶ Aziz Haider, Die Palästinenser in Israel... a.a.O. S. 188

³¹⁷ ebd. S.189

³¹⁸ vgl. Journal of palestinian Studies, No. 39, Sommer 1999, Institut for Palestine Studies, Beirut 1999; S. 162ff (arabisch) aber auch in der englischen Ausgabe.

rak, mit ca. 95 Prozent³¹⁹. Bei der Zukunft der palästinensischen Minderheit in Israel und ihres bürgerrechtlichen Status forderten alle Parteien Israel auf, zu einem Staat aller seiner Bürger zu werden und sich nicht mehr ausschließlich als jüdischer Staat zu definieren.

Die erhofften Fortschritte im Friedensprozess blieben auch in den ersten Monate aus. Der ehemalige General entpuppt sich als Falke. Seine Hinhaltepolitik und taktischen Manöver haben die Palästinenser in Israel genau wie den Rest der Welt enttäuscht. Die Solidarität mit den Brüdern in den Besetzten Gebieten stieg und erfasste breite Spektren der palästinensischen Gesellschaft in Israel. Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000 begann auch eine neue Ära der Beziehungen der palästinensischen Bürger Israels zu ihrem Staat.

³¹⁹ mehr zu den Wahlergebnisse von 1999 in <http://elections99.Netvision.net.il>

Anfang Oktober 2000 folgten die Massen einem Aufruf zu Solidaritätsdemonstrationen mit ihrem arabischen palästinensischen Volk in der Westbank und im Gaza Streifen. Das Follow up Komitee für die palästinensische Minderheit rief den Generalstreik als ein Zeichen des politischen Protestes und der uneingeschränkten Solidarität mit den Aufständischen aus³²⁰. Die Aussage des Protestes hatte aber eine andere Dimension als in den vergangenen 25 Jahren. Es war viel mehr als das reine Demonstrieren und Protestieren für eine bessere Lebensqualität. Sie protestierten gegen den provokativen Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Tempelberg und die anschließende Reaktion der israelischen Sicherheitskräfte, die mehrere Tote unter den Palästinensern gefordert hat. Sie gingen auf die Straßen für einen Frieden mit zwei Staaten, für einen Frieden zwischen ihrem Staat und ihrem Volk.

Die Absicht und die spätere Kandidatur des Vorsitzenden der DNU, Dr. Azmi Bishara, zum Amt des Ministerpräsidenten in Israel kurz nachdem der damalige israelische Ministerpräsidenten Barak seine Mehrheit im Parlament verlor und neue Wahlen ankündigen musste, war ein Dorn im Auge eines jeden jüdischen Politikers in Israel. „Ein Araber für das Amt des Regierungschefs!“ „Das Ende des jüdischen Staates!“ So oder ähnlich lauteten die Titel der Tageszeitungen in Israel und die Eröffnungsansprachen der Moderatoren in Funk und Fernsehen. In diesem Wahlkampf hat die palästinensische Minderheit und ihre politische Elite ruhige Hand gezeigt und ließ sich weder von leeren Versprechungen der Arbeiterpartei noch von den Einschüchterung der Rechten beeinflussen. Diese Wahlen standen im Schatten der Ereignisse vom Oktober 2000. Es begann

³²⁰ Azmi Bishara, ein neues Kapitel in der Geschichte der arabischen Bevölkerung in Israel, in . Journal of Palestinian Studies, No. 44, Herbst 2000, Institut for Palestine Studies, Beirut 2000; S. 5ff (arabisch) aber auch in der englischen Ausgabe.

eine neue Ära der Beziehungen der palästinensischen Minderheit zu dem jüdischen Staat Israel.

5.2.2. Die Revolte von Oktober 2000 –

Ein neues Kapitel in der Geschichte der Palästinenser in Israel

Viel interessanter und für die Zukunft der politischen Partizipation der palästinensischen Minderheit im jüdischen ethnischen Staat von großer Bedeutung, sind nicht die Ursachen, sondern viel mehr das Ereignis als solches. Die Ursachen sind gleichermaßen alt wie umstritten:

1. Die ethnische Diskriminierung, die die Palästinenser in Israel erleben.
2. Die Enttäuschung durch Barak und seine Regierung .
3. Der Hass auf die israelische Polizei, die die Demütigung der Palästinenser in Israel als normales Geschäft sieht.
4. Die nationale und religiöse Tragweite der Solidarität mit den Ereignissen auf dem Tempelberg und der Intifada.

Das Phänomen ist neu, weshalb es nicht immer ratsam ist, die Ursachen als alleinige Grundlage für die Interpretation des Phänomens in Betracht zu ziehen. Das Neue ist:

- a. Die palästinensischen Massen sind als Solidaritätszeichen mit ihren Brüdern in den Besetzten Gebieten auf die Straße gegangen. Es war ein politischer Protest und keine Demonstration für mehr Rechte und Teilhabe an Staatsressourcen. Trotzdem ist es zu einer Revolte und Zusammenstoß mit den Sicherheitskräften gekommen. Die beiden Folgedemonstrationen waren ein Protest auf das barbarische Vorgehen der israelischen Polizei, das 13 Opfer gefordert hat. Es waren

keine Trauermärsche für die ersten Opfer, wie es einige israelische Spezialisten behaupteten.³²¹

- b. Die israelischen Sicherheitskräfte haben die Revolte als einen feindlichen Akt, mit allem was dieser Ausdruck beinhaltet, betrachtet. Es schien deutlich, dass sie eine genau studierte Taktik durchführten, die aus der Kenntnis über die Widerstandsbereitschaft der Palästinenser in Israel abgeleitet wurde. Die Taktik sah zunehmenden Einsatz von polizeilichen Gewalt gegen die Massen vor. Auch Schießen um zu töten war vorgesehen. In den vergangenen zwei Jahren spitzte sich die Diskussion zwischen dem politischen Apparat und der Sicherheitsinstitution in Israel über die Strategie des Umgang mit der palästinensischen Minderheit im Land, die sich mehr und mehr politisch artikuliert und organisiert hat, zu. Die israelische politische Elite war meist für die Integration der Palästinenser im Staat. Die Sicherheitsexperten dagegen waren für mehr Kontrolle und Unterdrückung. Während der Revolte und danach – so scheint es – hat wohl die Strategie der Sicherheitsexperten gesiegt und sie haben nunmehr freie Hand. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte hat eine Brutalität erreicht, die seit 1976 nur gegen Araber angewandt wurde. Sie haben nicht nur auf unbeteiligte Passanten scharf geschossen und verhaftete Jugendliche gelyncht, sie haben die Palästinenser im Staat als Feinde behandelt. Die israelische Demokratie hat in der nationalen Frage versagt.³²²
- c. Die israelischen Sicherheitskräfte haben die Palästinenser außerhalb des Gesetzes gestellt. Und dies mit einer linkszionistischen Regierung unter Beteiligung des so genannten Friedenslagers an der Macht. Der israelische Rassismus wurde entfesselt. Anhänger des rechten zionistischen Lagers haben tagelang Jagd auf Palästinenser in den jüdischen Städten gemacht und ihre Geschäfte geplündert. Die israelische Meinungsforschungsergebnisse, die seit Jahrzehnten die zu-

³²¹ ebd. S.5ff

³²² ebd. S. 6

nehmenden rassistischen Tendenzen aufzeigten, wurde von den Tabellen auf die Straße übertragen.

- d. Die kritische Stimmen verschwanden aus den so berüchtigten israelischen Diskussionsrunden im Fernseher und Rundfunk. Die liberalen Akademiker der letzten Epoche tauchten unter. Sie waren enttäuscht von ihren „arabischen Freunden“. Viele von ihnen haben sich bei der Hetzkampagne gegen die palästinensische Autonomiebehörde, die ihren Frieden abgelehnt hat, und gegen die palästinensischen Minderheit, die ihre „Grenze“ überschritten hat, beeinflussen lassen.

Die Revolte entsprang nicht in einer Atmosphäre aus Wut und auch nicht aus einer Welle der Solidarität, es war lediglich die Spitze eines Akkumulationsprozesses, zur Wiederherstellung der palästinensischen Identität, die im Israelisierungsversuch verstümmelt wurde. Das Schmücken mit israelischen Fahnen am Tag der israelischen Unabhängigkeit ist in den letzten drei Jahren deutlich zurückgegangen, dafür ist aber eine deutliche Zunahme der Gedenkfeiern für die Opfer der Alnakba, der palästinensischen Tragödie von 1948, zu verzeichnen.

Die Revolte wurde von fast allen politischen Kräften innerhalb der palästinensischen Minderheit unterstützt, auch von den Konservativen und traditionellen Kräften. Die Einheit der palästinensischen Minderheit war verblüffend. Auch die Verbundenheit mit dem Rest des palästinensischen Volkes hinter der Grünen Linie und im Ausland hat eine noch nie da gewesenes Maß erreicht. Es entstand eine lineare Abhängigkeit zwischen der Bereitschaft zum Widerstand und dem politischen Bewusstsein.

Die Revolte hat gezeigt:

1. Es gibt keine Alternative zu den organisierten und basisorientierten palästinensischen politischen Bewegungen.
2. Das harte Vorgehen der Polizei beruht nicht auf der Tatsache, dass die Demonstrationen politische Motive hätten und eng mit der Palästinafrage verbunden waren. Die tödlichen Schüsse und das barbari-

sche Benehmen der Beamten ist dadurch begründet, dass die Demonstranten Araber sind, und die Polizei einfach rassistisch ist.³²³

3. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte ist keine Ausnahme. Es spiegelt lediglich die Befremdung wider, die der Palästinenser in Israel täglich durchlebt. Man kann das Verhältnis des Staates zu der palästinensischen Minderheit nicht als eine Diskriminierung der Bürger der zweiten oder dritten Klasse bezeichnen, vielmehr sollte man deutlich sagen, dass der jüdische Staat, besonders in Krisensituationen, die Palästinenser nicht als seine Bürger betrachtet.

Die Revolte hat das Zusammenleben, das auf Abhängigkeit der palästinensischen Minderheit vom jüdischen Staat aufgebaut ist, erschüttert. Professor Mosche Liesak hat die Situation folgendermaßen beschrieben: „Die gesamte akademische Arbeit von der Israelisierung und Integration der palästinensischen Minderheit in dem Staatsgebilde ist auf einmal zusammengebrochen und hat seine Gültigkeit plötzlich verloren.“

Die offiziellen Institutionen des Staates, mit Hilfe einiger Wissenschaftler, suchen die Verantwortung für den Ausbruch der Oktoberrevolte in der Vernachlässigung, der die palästinensische Minderheit seit Jahren ausgesetzt war. Sie betraf ihre täglichen Rechte und Bedürfnisse. Die offizielle Verlautbarung offerierte, dass diese Situation von einigen palästinensischen politischen Kräfte ausgenutzt wurde, um gegen den Staat und das Zusammenleben zu hetzen. Die Lösungsansätze findet man in den politischen Programmen aller zionistischen Parteien.

Sie lauten:

1. Verbesserung des Lebensstandards der palästinensischen Minderheit, bei gleichzeitiger Aufwertung der Beziehung der Regierung zu ihr.

³²³ ebd. S.11

2. Isolierung der „extremistischen“ Strömungen innerhalb der palästinensischen politischen Elite und Verbesserung des Status der „Gemäßigten.“

Die Logik dieser Politik liegt in der Tatsache, dass entweder die palästinensische politische Elite das offizielle Zusammenleben und die Integration in dem jüdischen Staat unterstützt, oder sie als Unruhestifter und Gegner des friedlichen Zusammenlebens gebrandmarkt wird. Die Gleichberechtigung im Staat, die auf volle Bürgerschaft in einem Staat seiner Bürger aufgebaut ist, liegt nach dem Selbstverständnis der jüdischen zionistischen politischen Elite außerhalb der Grenzen des Zusammenlebens und der jüdisch-palästinensischen Bruderschaft.

6. Fazit

Annähernd 17.0000 Palästinenser blieben in dem Teil Palästinas, der am 14. Mai 1948 zum Staat Israel erklärt wurde. Der Großteil der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite der palästinensischen Gemeinschaft hatte das Land in Richtung West Bank, Gazastreifen oder der arabischen Nachbarstaaten verlassen. Israels Palästinenser waren verblüfft, als sie innerhalb kurzer Zeit zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land geworden waren. Am 21. Oktober 1948 stellt die neue israelische Regierung die palästinensische Minderheit kurzerhand unter Militärverwaltung. Diese verfolgte das Ziel, die Bewegungs- und Organisationsfreiheit der Palästinenser zu kontrollieren und einzuschränken. Zusätzlich zur Militärverwaltung hielt Israel auch an den Ausnahmeregelungen aus der britischen Mandatszeit fest, welche die Rechte des Einzelnen außer Kraft setzten. Die Militärverwaltung dauerte bis 1966, die Ausnahmeregelungen gelten zum Teil bis heute.

Jeder Versuch politischer Organisation der palästinensischen Minderheit in Israel wurde sofort unterdrückt. Das politische Stillhalten und die

scheinbare Fügsamkeit der Palästinenser schienen den Beobachtern auf den ersten Blick verwirrend. In seiner Untersuchungen fand Ian Lustick heraus: „Das Versagen der arabischen Minderheit in Israel, <sich zu organisieren> und die bisher minimale Bedeutung der kommunalen Segmentierung der israelischen Gesellschaft für das Funktionieren und die Stabilität des politischen Systems in Israel sind auf das Bestehen eines hocheffektiven Kontrollsystems zurückzuführen, das 1948 zu Überwachung der israelischen Araber aufgebaut worden ist“.³²⁴

Am Ende der ersten Dekade nach der Gründung des Staates Israel waren die ernüchternden und deprimierenden Tatsachen überdeutlich: Die Welt betrachtete das Palästinenserproblem als ein Flüchtlingsproblem. Die in Israel lebenden Palästinenser waren von ihren palästinensischen Landsleuten und ihrer arabischen Nation isoliert und hatten sich selbst dem Leben und dem Status einer unerwünschten Minderheit ergeben.

Trotz des historischen Einschnittes von 1948 und der damit verbundenen Einbürgerung der im Land gebliebenen Palästinenser in den neuen jüdischen Staat sowie der gezielten Verhinderung der nationalen Identitätsweiterentwicklung, hat sich eine Kontinuität im palästinensischen Bewusstsein bewahrt. Das war möglich durch die Wenigen, die geblieben sind und aktiv teilgenommen haben, entweder an der Revolution von 1936-39 oder bei der Verteidigung ihrer Dörfer im Krieg von 1948. Sie haben aber eine eher nostalgische Kontinuität garantiert und keinesfalls eine mit der Vergangenheit organisierte. Sie haben die Erinnerung an Vergangenes, die palästinensische patriotische Erinnerung, wachgehalten. Diese war aber äußerstentscheidend für die Wiederentdeckung der eigenen nationalen Identität Mitte der Siebziger Jahre.

Trotz der geographischen und physischen Trennung der im Land gebliebenen Palästinenser von ihren arabischen Brüdern wurde das politische Bewusstsein und die politische Orientierung maßgebend von dem Geschehen und der Entwicklung, sowohl in der arabischen Welt als auch

³²⁴ vgl. Ian, Lustick, Arab in the Jewish State, Austin 1980, S.283

speziell innerhalb der PLO, beeinflusst. Sowohl nationale Tendenzen wie der Nasserismus, patriotische Bewegungen wie die Strömungen innerhalb der PLO als auch religiöse Gruppierung wie die Islamische Bruderschaft, fanden immer Anhänger und Unterstützer in der palästinensischen Minderheit. Der Einfluss von Außen auf die politische Partizipation der Palästinenser in Israel lässt sich leicht anhand der Wahlergebnisse zum Knesset nachvollziehen. In den letzten zwei Dekaden, insbesondere nach dem Beginn der Friedensverhandlungen in Madrid im Jahre 1991 und der Aufhebung des Kontaktverbots mit der PLO 1993, bemerkte man eine deutliche Einflussnahme von Außen auf das politische Leben der Palästinenser.

Ende der siebziger Jahre begann eine neue Ära der Politik in Israel. Der Staat, der bis dahin die Institution einer Partei war, wurde in einen "Zweiparteien Staat" umgewandelt. Dies brachte mehr Manövriermöglichkeiten für die palästinensische Minderheit in der israelischen Politik mit sich. Denn bis dato war die israelische politische Gesellschaft ein Netz aus den Institutionen der Arbeiterpartei, dem Gewerkschaftsbund Histadrut, den öffentlichen Wirtschaftssektoren und dem Staat, insbesondere der Armee. Die israelische politische Elite wanderte auf dem Weg zur Spitze der Partei von einer Institutionen zur Anderem. Die Verbindung der Palästinenser zur Arbeiterpartei war damals in erster Linie eine Verbindung zum Staat und zum Machtapparat. Es war das Bedürfnis einer designierten, besiegten Minderheit nach mehr Sicherheit und nicht Ausdruck für ein Bündnis mit der Arbeiterpartei gegen die rechte Opposition, bestehend aus der Likud und anderen Nationalisten.

Seitdem Israel in zwei Lager unterteilt ist, Likudblock und Arbeiterpartei, ist die Stimmabgabe der palästinensischen Kleinparteien nicht nur eine Proteststimme, sondern sie hat eine israelische Dimension mit der Möglichkeit die Stärke eines Lagers zu beeinflussen, auch wenn sie nur für die palästinensischen Parteien abgegeben wird. Wie wichtig und entscheidend die palästinensische Stimme bei den israelischen Wahlen ist,

hat sich seit den Wahlen von 1996, wo der Premierminister direkt vom Volk gewählt wird, gezeigt.

Wenn man die palästinensische politische Engagement und Organisation in Israel kaleidoskopartig Revue passieren lässt, dann spürt man, wie nah Licht und Schatten beieinander liegen. Das politische Bewusstsein und die Partizipation befinden sich in ständiger Dynamik. Sie sind einem kontinuierlichen Erneuerungsprozess ausgesetzt. Diese Dynamik ist nicht nur als Ergebnis der politischen Turbulenzen und Entwicklungen, die die Region und insbesondere die palästinensische Frage ständig erleben, zu sehen, sondern sie hat ihre Wurzeln in der politischen Arbeit der palästinensischen Minderheit selbst. Bezeichnend für diese Arbeit war die Tatsache, dass es keine politische Kraft geschafft hat, eine eigene unabhängige politische Philosophie und Strategie zu entwickeln. Sie sind ideologisch und materiell von politischen Akteuren außerhalb der Grünen Linie abhängig³²⁵. Die DNU ist die erste politische Bewegung, die diese Mauern zu durchbrechen scheint. Dies erklärt auch den heftigen Widerstand, den diese Bewegung seitens der israelischen Behörden erlebt. Kürzlich wurde dem Vorsitzenden der DNU, Azmi Bishara, die parlamentarische Immunität entzogen. Er hat in einer Kundgebung das Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen die israelischen Besatzung untermauert und seine Freude über die Befreiung Südlibanons von den Israelis deutlich ausgedrückt. Es war das erste Mal in der Geschichte Israel, dass die parlamentarische Immunität eines Abgeordneten wegen seiner politischen Äußerungen entzogen wurde. Seit dem 27. Februar 2002 steht er wegen Solidarität mit terroristischen Organisationen und anderen politischen Aktivitäten vor einem israelischen Gericht.

Die Knessetwahlen von 1992 haben deutlich gezeigt, dass die Palästinenser in Israel ein starkes Interesse und den Drang für die Integration in der israelischen Gesellschaft haben. Sie akzeptierten den jüdischen

³²⁵ Aziz Haider, Die Palästinenser in Israel... a.a.O. S. 176

Staat als eine bestehende Tatsache, allerdings sind sie der Überzeugung, dass man in diesem Staat auch gleichberechtigt leben kann. Die Unterzeichnung der Interimsabkommen zwischen Israel und den Palästinensern hat diese Tendenzen gestärkt. Es gab kaum Kritik an dem neuen Kurs, es war vielmehr so, dass die Position der Befürworter der bedingungslosen Integration sehr gestärkt wurde. Sie waren deutlich in der Mehrheit. Sie haben sogar die Bedingungen der jüdischen Mehrheit für die Integration und Teilhabe im Staat stillschweigend akzeptiert. Die Osloer Verträge haben bei der palästinensischen Minderheit in Israel das Gefühl erweckt, eine Randgruppe im palästinensischen Volk zu sein. So wie sie eben seit 1948 in israelischer Gesellschaft sind. Sie sind kein Teil des Politischen in der Region und sie haben keinerlei Einfluss auf das Geschehen, weder als Israelis noch als Palästinenser.

Der Friedensprozess hat die Verknüpfung zwischen der Lösung der Palästinafrage und der Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation der Palästinenser in Israel aufgelöst. Diese logische Folge war ein wesentlicher Bestandteil des politischen Denkens in der politischen Elite und der Organisationen.

Diese Situation hat die Palästinenser in Israel in ein tiefes politisches Chaos und eine ernste Identitätskrise gestürzt.

Die Oktoberrevolte hat die Theorien des Zusammenlebens in Israel, die auf der totalen Abhängigkeit der palästinensischen Gesellschaft vom jüdischen Staat aufgebaut war, erschüttert. Es begann eine neue Ära der Beziehungen zwischen dem israelischen Staat und seinen palästinensischen Bürgern.

Es ist deutlich genug geworden, dass auch die uneingeschränkte Gleichberechtigung für Alle in Israel nicht den Beginn der Formierung einer gemeinsamen Nation im Staat bedeuten kann. Denn in Israel gibt es zwei Ethnien. In absehbarer Zeit wird man nicht von einer israelischen Nation, bestehend aus Palästinensern und Juden, sprechen.

Die Palästinenser in Israel haben eine nationale arabische palästinensische Identität. Und wenn sie über Gleichberechtigung im Sinne der demokratischen Rechte eines Bürgers sprechen, so müssen diese Rechte auch die nationale Besonderheit der Palästinenser als Teil des palästinensischen Volkes berücksichtigen. Damit ist die besondere kulturelle Identität und das kollektive Recht einer nationalen Minderheit gemeint.

Das politische Programm, das von der Mehrheit der politischen Elite der palästinensischen Minderheit mittlerweile getragen wird und von dem Gründer der DNU und Verfasser dieses Programms auf den Namen „Staat seiner Bürger“, getauft wurde, ist für die palästinensische Minderheit der einzige Weg, zu einer echten Gleichberechtigung zu gelangen. Eines scheint sicher zu sein: Das Programm „Staat seiner Bürger“ öffnet Tür und Tor zur Diskussion einiger Grundsteine im israelischen Staat wie zum Beispiel: Religion und Staat, die zionistische Dimension des Staates, der Widerspruch zwischen der liberalen Demokratie und der Definition der Aufgabe des Staates als Staat einer Nation/Religion. etc.

„Staat seiner Bürger“ hat den Weg geebnet für die Kandidatur eines Palästinensers zum Amt des Ministerpräsidenten im jüdischen ethnischen Staat und hat eine riesige Lawine ausgelöst. Es könnte der wahre Weg zu einem friedlichen Zusammenleben sein!

Der deutsche Philosoph Schopenhauer schrieb: Jede Wahrheit durchläuft drei Stadien: Erst ist sie lächerlich dann erregt sie gewaltsamen Widerstand, zuletzt wird sie als selbstverständlich akzeptiert.

In Israel ist man zur Zeit im zweiten Stadium auf dem Weg zur Wahrheit. Und diese Wahrheit ist. Der Wahre Frieden.

Literaturverzeichnis

Das schwarze Buch 30.3.1976, Haifa: 1976 (arabisch).

"Mitzpin," *Jerusalem Post* 15 - 21.3.1981, 1981, .

"Jerusalem Post," *Jerusalem Post* 26.Juni 1992, 1992, .

Statistical Abstract of Israel, Jerusalem: 1995.

"Die Zeit ist reif für normale Beziehungen," *Süddeutsche Zeitung*
23. September 1997, 1997, .

A.K., "Koenig Report. Top secret. A Proposal of the Treatment of the Arabs of Israel," *JPS*, 1976, 190-200.61.

Abdul Asis, Omar, *Studien in moderner arabischer Geschichte*, Beirut: 1975.

Aied, Khaled, "Die israelischen Wahlen, Ergebnisse und Zusammenhänge,"
JPS, 1996 (arabisch), 26-34.27 Sommer 1996.

Al-Haj, Majid, "Arabische Flüchtlinge in Israel,," *Al-Mawakib (arabisch)*, 1988,
12-22.55-6.

Al-Haj, M. and Resenfeld, R., *Arab Local government in Israel*,
Boulder, colo: 1991.

Alloush, Naji, *The Palestine National Movement*, Beirut: 1974.

Alloush, Naji, *Der arabische Widerstand in Palästina 1917-1948*, Beirut: 1975
(arabisch).

Ansprenger, Franz, *Juden und Araber in einem Land*, München: 1978.

Ateek, Stifan, Naim, *Recht, Nichts als Recht!*, Fribourg/Brig: 1990.

Avnery, *Israel without Zionism*, New York: 1971.

Baumgarten, Helga, "Die palästinensische Nationalbewegung von Anfang des
Jahrhunderts bis Mitte des 60er Jahre," in Bernstein; Hamdan; Schneider, Hg.,
Der Palästina-Konflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven, Bad Wörish-
ofen, 1983, .

Bednarz, Dieter and Lüders, Michael, *Palästina-Protokolle*, Hannover: 1981.

- Begin, Menahem**, *The Revolt. Story of the Irgun*, New York: 1951.
- Ben David, Yousif**, *Die beduinische Agrarwirtschaft in der Negev*, Jerusalem: 1988 (arabisch).
- Ben Gurion, David**, *Zionistische Außenpolitik*, Berlin: 1937.
Ben Gurion, David, *Rebirth and Destiny of Israel*, New York: 1954.
- D. Ben Gurion** (Ed.) *Tagebücher*, Tel Aviv, 1971-1972 (hebräisch).
- Ben-Porat, Yoram**, *Arabs Labour Force in Israel*, Jerusalem : 1966.
- Bethell, N.**, *Das Palästina Dreieck*, Frankfurt/M: 1984.
- Bishara, Azmi**, *Die Araber in Israel*, Beirut: 2000 (arabisch)
- Bishara, Azmi**, "Ein neues Kapitel in der Geschichte der arabischen Minderheit in Israel," *Journal of Palestine Studies*, 2000, 3 -26.44 (arabisch).
- Botschaft des Staates Israel in Deutschland**, *Die Unabhängigkeit des Staates Israel*, <http://www.israel.de/botschaft/unabhängigkeit.html>: 2001.
- Bretholz, Wolfgang**, *Aufstand der Araber*, München, Wien, Basel: 1960.
- Büro des israelischen Ministerpräsidenten**, "Die Aktivitäten der einzelnen Ministerien im Jahre 1994 und ihre Pläne für 1995 im arabischen Sektor," Jerusalem, 1995 (hebräisch), .
- Caplan, Neil**, *Palestine Jewry and the Arab Question, 1917-1925*, London : 1978.
- Cattan, Henry**, "Wem gehört Palästina?," in E. Atiya and H. Cattan, Hg., *Palästina Versprechen und Enttäuschung*, Rastatt, 1970, .
- Chaliband, Gerad**, *Kann Israel noch besiegt werden? oder die Kanonen kämpfen weiter*, Hamburg: 1971.
- Cohen, E.**, "Citizenship, Nationality and Religion in Israel an Thailand," in B. Kimmerling, Hg., *The Israeli State and Society*, New York, 1989, .
- Collins, Christopher**, *Cross Roads to Israel*, London: 1965.
- Dagash, Suleiman**, *Meine Identität: Das Land*, Akko: 1973 (arabisch).
- Dar-Al-Sharara**, *Die arabische Bevölkerung in Israel im Schatten des Golfkrieges und der Intifada*, Jerusalem: 1991 (arabisch).

Dinner, Dan, *Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser*, Hamburg: 1982.

Ebba, Augustin, *Jordanien im Spannungsfeld des Palästinakonfliktes*, Kiel: 1987.

Ehrlich, Avishai, "Die Wahlen 1996 und der israelisch-palästinensische Friedensprozeß," in M. Johansen and C. Schmid, Hg., *Wege aus dem Labyrinth, Friedenssuche im Nahen Osten*, Baden Baden, 1997, .

Eisenstadt, S. N., *Die israelische Gesellschaft*, Stuttgart: 1973.

Eisenstadt, S. N., "The Transformation of Israeli Society," *Interpretation*, 1985, .

Elon, Amos and Sana, Hassan, *Between enemies*, New York: 1974.

Farjoun, Emanuel, "Palästinensische Araber in Israel. Eine Arbeiterreservarmee," in A. Flores and A. Schlöch, Hg., 0000, .

Flapan, Simcha, *Zionism and the Palestinians*, London: 1979.

Flapan, Simcha, *Die Geburt Israels, Mythos und Wirklichkeit*, München: 1988.

Flores, A., *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Orient*, Münster: 1980.

Flores, Alexander, "Zu den historischen Wurzeln der palästinensischen Identität und ihrem aktuellen Stand," in K. Schneider, Hg., *Identität und Geschichte*, Berlin, 1986, .

Frank, E. Manuel, *The Realities of American-Palestine Relations*, Washington: 1949.

Ginat, "Israeli arabs. Some Recent Social and political Trends," *Journal of Asien and African studies*, 1989, 232-33.

Ginat, J., *Beschäftigung als Ursache zum sozialen Wandel im arabischen Dorf*, Tel Aviv: 1990 (hebräisch).

Granott, Abraham, *Agrarian Reform and the Record of Israel*, London: 1956.

S. Hadawi (Ed.) *Bittere Ernte, Palästina 1948-1967*, Rastatt, 1969.

S. Hadawi (Ed.) *Brennpunkt Palästina, Palästina Monographien 2*, Rastatt, 1969.

Hagopian, Edward, and Zahlan, A.B., "Palestinian's Arab Population," *Journal of Palestine Studies*, 1974, 34.

- Haidar, Aziz**, *Die Hindernisse der Wirtschaftsentwicklung im arabischen Sektor*, Tel Aviv: 1999 (arabisch)
- Haidar, Aziz**, "Die Formen der politischen Arbeit unter den palästinensischen Arabern in Israel," *Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1990 (arabisch), 7-57.181.
- Haidar, Aziz**, "Die Araber in Israel und die Universitätsausbildung," *JPS*, 1993 (arabisch), 38-58.15 , Sommer 1993.
- Haidar, Aziz**, *Die Palästinenser in Israel im Schatten des Osloabkommens*, Beirut: 1997.
- Hamdan, Yasmin**, "Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO," in Bernstein; Hamdan; Schneider, Hg., *Der Palästina-Konflikt: Geschichte und Perspektiven*, Bad Wörishofen, 1983, .
- Hartung**, *Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt*, Berlin: 1978.
- Hegazi, Awad**, *Zionismus und palästinensische Araber*, Bremen: 1983.
- Herzel, T.**, *Der Judenstaat*, Berlin: 1, 1934.
- Herzel, ,** *Der Judenstadt*, Tel Aviv: 1978. (hebräisch)
- Hirs, David**, *The Gun and the Olive Branch*, London: 1977.
- Hofman, J.**, "Arab Identity in Israel and the Westbank," *Megamot*, 1974 (hebräisch), 316-324.20.
- Hollstein, Walter**, *Vettern und Feinde. Der Palästina-Israel-Konflikt*, Basel: 1983.
- Husain, Hammed**, *Die politische Konzeption der palästinensischen Nationalbewegung während der Mandatzeit 1918-1939*, Berlin: 1983.
- IKP**, "Beschlusscript des 19. Parteitages der IKP," *19. Parteitag der IKP*, Nazareth, 1981 (arabisch), .
- IKP**, "Beschlusscript des 20. Parteitages der IKP," *20 Parteitag der IKP*, Nazareth, 1985 (arabisch), .
- Israelisches Statistikamt (Ed.)** *Israel Statistical Yearbook 1994*, Jerusalem, 1994.
- Israeli, R.**, "Arabs in Isarel, The Surge of a new Identity," *Plural Societies*, 1980, 113.

Israelische Kommunistische Partei IKP, "Beschlusscript des 18. Parteitages," *18. Parteitag der IKP*, Nazareth, 1977 (arabisch), .

Ivanof, Yori, *Wachsamkeit, Zionismus*, 1969.

Jibril, Mouhamed, *The Palestinian of 1948. Continued Struggle 1948-1988*, Jerusalem : 1990.

Kahwaji, habib, *Die Araber im besetzten Palästina seit 1948*, Damaskus: 1976 (arabisch).

Kaufman, Ilana, *Arab National Communism in the Jewish State*, Gainesville: 1997.

Khaldi, Walid, *Das Palästina Problem*, Rastatt: 1972.

Khalifa, Ahmed, "Die israelischen Wahlen vom Mai 1999," *Journal of Palestine Studies*, 1999 (arabisch), 104 -170. Ba.39.

Khamaise Rasem, *Die Planung und Wohnungsbau im arabischen Sektor in Israel*, Tel Aviv: 1990 (hebräisch).

Kretzmer, D., *The Legal Status of the Arabs in Israel*, Boulder: 1990.

Landau, M. Jacob, *The Arab Minority in Israel 1967 -1991*, Oxford: 1993.

Laqueur, Walter, *A History of Zionism*, London: 1972.

Lewin-Epstein, N., *The Arab Economy in Israel*, Tel Aviv: 1990.

Lilienthal, A. M., *The Zionist Connection: What Price Peace*, New York: 1978.

Lüders, Michael, *PLO, Geschichte, Strategie, Aktuelle Interviews*, Hannover: 1982.

Lustick, I., *Arab in a Jewish State - Israel Control of a National Minority*, Austin, Texas: 1988.

Masalha, Nur-Eldeen, *The Concept of "Transferring" the palestinian Arabs in zionist thinking, Planing and Action 1882-1948*, Beirut: 1992.

Masalha, Nur-Eldeen, *Maximum Land and Minimum Arabs 1949-1996*, Beirut: 1997.

Matter, Philip, *The Mufti of Jerusalem, Al-Haj Amin al-Husayni and the Palestinian National Movement*, New York: 1988.

Mayer, T., *Das Erwachen der Moslems in Israel*, Givat Haviva: 1988 (hebrä-

isch).

Meari, *Identity of Arab Academics in Israel*, Jerusalem: 1978.

Menuhim, M., *The Decadence of Judaism in our Time*, New York: 1965.

Moris, benny, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949*, Cambridge: 1987.

Muhareb, Abdul Hafiz, *Haganah, Ezel, Lehi, Relation Between the Zionist Armed Organisations 1937-1948*, Beirut: 1981.

Neubrig, Benjamin, *Die Knessetwahlen in der arabischen und drusischen Bevölkerung*, Tel Aviv: 1996 (hebräisch).

Ozacky-Lazar, A.:Ghanem, A., *The Arab Vot for the 14th Knesset, May 29. 1996*, Givat Haviva: 1996 (hebräisch).

Pappe, Ilan, *The Making of the Arab-Israeli Conflikt, 1947-1951*, London: 1992.

Paz, Reuven, *The Islamic Movement in Israel following Election for the Local Authorities*, Tel Aviv: 1989.

Paz, Reuven, *The Islamic Movement in Israel following the Election for the Local Authorities*, Tel Aviv: 1998.

Pedatzur, R., *Haa´retz(Magazin) 4.2.1983, 1983, .*

Peled, Y., "Ethnic Democracy and Legal Construction of Citizenship: Arab Citizens in Jewish State," *American Political Science Review*, 1992, 862.

Phillipps-Heck, U., "Rassisten gegen Terroristen," *Israel & Palästina*, 1992, 29.

Porat, Yehoschua, *The Emergence of the Palestinian Arab National Movement 1919-1929*, London: 1, 1974.

Porat, *The Palestinian Arab National Movement 1929-1939*, London: 2, 1977.

Rekhess, Elie, *The Israeli Arab after 1967. A Sharpening of the Question of Orientation*, Tel Aviv : 1976.

Rekhess, Elie, "Israeli Arabs and the Arabs of the Westbank and Gaza," *Journal of Asian and African Studies*, 1989, 232-3.

Rekhess, E., "The Islamic Movement in Israel," *Data an Analysis*, 1996, April 19962.

- Rodinson, Maxime**, *Israel and the Arabs*, London: 1969.
- Sabri, Jiryis**, "The Arab in Israel 1973-1979," *Journal of Palestinian Studies JPS*, 1979, 84.
- Said, Edward**, *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung*, New York: 1979.
- Said, Jawad**, *Das palästinensische Nationalerwachen der Westbank, Gaza-Streifen und Galiläa 1974-1978*, Beirut: 1979 (arabisch).
- Saker, Asaad**, *Arbeiterbewegung in Palästina. Vom britischen Mandat bis 1980*, Damaskus: 1981 (arabisch).
- Sayegh, Fayez**, *Die Vereinten Nationen und die Palästinafrage. Der zionistische Kolonialismus in Palästina*, Rastatt: 1968.
- Sayegh, F.A., Smith, J.C., Harkabi, . and Monroe, E.**, *Time Bomb in the Middle East*, New York: 1969.
- Sayigh, Rosemary**, *Palestinians from Peasants to Revolutionaries*, London: 1979.
- Schlöch, A .**, "Zum Selbstverständnis und zu den politischen Bestrebungen der Palästina-Araber seit 1967," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1979, 50/29.
- Schlöch, Alexander**, *Palestinian over the Green line*, Kairo: 1986 (arabisch).
- Sharkansky**, *The Political Economy of Israel*, New Brunswick: 1987.
- Shif, Z and Yiari, I**, *Intifada*, Jerusalem, Tel Aviv: 1990 (arabisch).
- Shipler, K., David**, *Arabs and Jews*, New York : 1986.
- Sikui**, "Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Sikui 1993-1994," 0000, .
- Smootha, Sami**, "Existing and Alternative Policy Towards the Arab in Israel," *Ethnic and Racial studies*, 1982, 51.
- Smootha, S.**, "A Typology of Jewish Orientation towards the arab Minority," *Journal of Asian and african Studies*, 1989, 232-3.
- Smootha, Sami**, *Arab an jews in Israel*, Colorado: 2, 1992.
- Staatscontrolingsamt (Ed.)** *Bericht des Jahres 1992*, Jerusalem, 1992.
- Stein, Leonard**, *The Balfour Declaration*, London: 1963.

Tessler, M., "Israeli Arab and the Palestinian Problem," *Middle East Journal*, 1977, 313-329.33.

Toma, Emile, *Roots of the Palestine Problems*, Beirut: 1973.

Touma, Emil, *60 Jahre arabisch-palästinensische Nationalbewegung*, Beirut: 1978 (arabisch).

Turner, B.S., *Capitalism and Class in the Middle East: Theories of Social Change and Economic Development*, London, New Jersey: 1984.

Walz, Viktoria, *Die Erde habt uns weggenommen*, Berlin: 1985.

Watzal, Ludwig, *Friedensfeinde*, Berlin: 1998.

Wehr, Hans, *Englisch-französische Mandatspolitik im Nahen Osten und arabischen Nationalismus*, Greifswald: 1941.

Weinstock, Nathan, *Das Ende Israels?*, Berlin: 1975.

Weizman, Chaim, *Trail and error*, London: 1950.

Wild, Stefan, "Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität," in H. Mejcher and A. Schlöch, Hg., *Die Palästina Frage 1917-1948*, Paderborn, 1981, .

Wolfsohn, Michael, *Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik*, Opladen: 1991.

Yashai, Yaa'1, *Die Lobbyisten in Israel*, Tel Aviv: 1987.

Zangwill, Israel, *The Voice of Jerusalem*, London: 1920.

Zureik, e.T., *The Palestinians in Israel*, London : 1979.